

Impulse für ein nachhaltiges NRW

Nachhaltige Partizipation von älteren
Menschen – Soziales Engage-
ment in jedem Alter

Gefördert durch

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Impulse für ein nachhaltiges NRW

Nachhaltige Partizipation von älteren
Menschen – Soziales Engage-
ment in jedem Alter

Henrik Riedel
Project Manager
Programm „Nachhaltig Wirtschaften“

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81266
Fax 05241 81-681266

henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Stand: 05.11.2014

Inhalt

Zusammenfassung	2
1 Was sind die Inhalte des Gesamtprojekts?	5
1.1 Ziele und Bausteine des Gesamtprojekts	5
1.2 Impulspapiere für ein nachhaltiges NRW	6
2 Was ist das Thema dieses Papiers?	9
2.1 Nachhaltige Partizipation	9
2.2 Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen	11
2.3 Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter	17
3 Wo steht NRW heute?	21
3.1 Ausgangslage.....	21
3.2 Aktuelle Aktivitäten	24
3.3 Weiterer Handlungsbedarf.....	27
4 Welche guten Beispiele gibt es?	32
4.1 Überblick	32
4.2 Oberösterreich: Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF)	33
4.3 Berlin: Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)	35
4.4 Bayern: Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Seniorengenossenschaften“	37
4.5 Sachsen: Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften	39
4.6 Deutschland: Wohnen für Hilfe	41
4.7 Frankreich: ensemble2générations.....	43
5 Welche Lösungsansätze für NRW sind denkbar?	45
5.1 Überblick	45
5.2 Aufbau und Betrieb einer Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen	46
5.3 Entwicklung eines Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit.....	50
5.4 Förderung intergenerationeller Wohngemeinschaften	54
Anhang	58
Anlage 1: Ergebnisse der Fokusgruppensitzung	58
Anlage 2: Ergebnisse der repräsentativen Befragung	64
Anlage 3: Ergebnisse der Datenanalyse	72
Anlage 4: Literaturverzeichnis	82

Zusammenfassung

Das Land NRW ist auf dem Weg, eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Mit diesem Papier sollen Impulse für eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Partizipation geleistet werden. Die Lösungsansätze basieren auf guten Beispielen aus dem In- und Ausland.

Nachhaltig ist Partizipation dann, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen, also z. B. Menschen unterschiedlichen Alters oder in besonderen Problemlagen, beteiligt werden. Nachhaltige Beteiligung findet zudem in allen relevanten Feldern, d. h. beispielsweise im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich statt. Schließlich leistet nachhaltige Partizipation auch direkt oder indirekt einen Beitrag zur ökonomisch, ökologisch und vor allem sozial nachhaltigen Entwicklung. Die nachhaltige Partizipation älterer Menschen ist von besonderer Bedeutung, da die Gruppe der älteren Menschen – im Zuge der demographischen Entwicklung – sowohl absolut als auch relativ weiter zunehmen wird, aufgrund dieser quantitativen Entwicklung das Engagementpotenzial der älteren Menschen weiter anwachsen wird und das Alter daher eher als „Chance“, denn als „Risiko“ für die Gesellschaft und insbesondere das bürgerschaftliche Engagement betrachtet werden sollte. Der Grad der Partizipation älterer Menschen ist von dem Umfang und der Intensität ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und sonstigen Partizipation abhängig. In diesem Papier soll ein Fokus auf die Partizipation im sozialen Bereich gelegt werden, da die Unterstützung dieses Bereichs große Chancen in einem – im Verhältnis zur politischen und wirtschaftlichen Partizipation – noch relativ wenig bearbeiteten Feld bietet, da sich die soziale Partizipation positiv auf die anderen Beteiligungsbereiche auswirkt, und da die staatliche Ebene im sozialen Bereich den erforderlichen Rahmen schaffen, Maßnahmen fördern und Impulse setzen kann.

Der Sozialbereich ist in NRW der Bereich, in dem sich die älteren Menschen am stärksten engagieren. Insgesamt gesehen ist die Engagementquote der Seniorinnen und Senioren zuletzt jedoch leicht rückläufig gewesen. Allerdings steigt die Engagementbereitschaft der älteren Menschen weiter an. Die seniorenpolitischen Aktivitäten des Landes NRW erstrecken sich über eine Vielzahl an Themen. Hierzu gehören u. a. die Unterstützung von Seniorenvertretungen, gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit, Freiwilligenarbeit sowie altengerechter Stadt- und Quartiersentwicklung. Handlungsbedarf besteht aber noch bei der Ausschöpfung der Potenziale vorhandener Engagementbereitschaft, der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen (also z. B. auch der älteren Ausländer bzw. Migranten oder der älteren Menschen mit Behinderungen), der Partizipation älterer Menschen in städtischen Ballungsgebieten sowie der Entwicklung einer umfassenden, transparenten und partizipativen Strategie zur Stärkung der sozialen Partizipation älterer Menschen.

Im In- und Ausland findet sich eine Reihe guter Beispiele zur Förderung der sozialen Partizipation. So wurde in Oberösterreich ein Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF) aufgebaut. In Berlin wurde als Referenzmodell das Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen) ins Leben gerufen. Die Freistaaten Bayern und Sachsen haben Programme zur Unterstützung von Seniorengenossenschaften entwickelt. Und in Frankreich, aber auch bereits in Deutschland sowie anderen Staaten gibt es interessante Konzepte für intergenerationelle Wohngemeinschaften. Auf Grundlage dieser Beispiele werden drei Lösungsansätze für NRW erarbeitet:

- Aufbau und Betrieb einer Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen;
- Entwicklung eines Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit;
- Förderung intergenerationeller Wohngemeinschaften.

Vom 1. bis 23. September 2014 hat das Meinungsforschungsinstitut infas – im Auftrag der Bertelsmann Stiftung – eine telefonische Befragung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Die Befragung ist repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren in NRW, die in Privathaushalten mit Festnetzanschluss lebt. Insgesamt wurden 1.000 Personen befragt; die Interviews dauerten im Schnitt 15 Minuten. In der Erhebung wurden allgemeine Themen, wie die Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik und die größten Probleme für die Landespolitik in NRW, sowie spezifische Themen, wie die nachhaltige Partizipation von älteren Menschen, angesprochen.

Im Ergebnis halten es neun von zehn Befragten für sehr wichtig oder eher wichtig, dass sich die Landespolitik in NRW nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit richtet. Zu den am häufigsten genannten Problemen, um die sich die Landespolitik in NRW stärker als bisher kümmern sollte, zählen die Bereiche „Bildung, Kinderbetreuung“ (36 %), „Infrastruktur“ (20 %), „Umweltbelastung, Klimawandel“ (14 %), „Arbeitslosigkeit“ (14 %), „Armut“ (10 %), „Energieversorgung“ (9 %), „Gesundheit, Pflege“ (8 %) sowie „öffentliche Schulden“ (6 %), wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Das Thema dieses Impulspapiers „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter“ weist u. a. Schnittmengen mit den Bereichen „Arbeitslosigkeit“, „Armut“ sowie „Gesundheit, Pflege“ auf und befasst sich insofern mit einem aus Sicht der Bevölkerung wichtigen Thema.

Im spezifischen Teil der Erhebung wurde u. a. danach gefragt, wie wichtig es ist, dass sich auch ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen sozial engagieren können, wie wichtig es ist, dass auch für ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen mehrsprachige Informationen angeboten werden, wer ein solches Angebot bereitstellen sollte und für wie geeignet die o. g. Maßnahmen gehalten werden.

Dass sich in NRW auch ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen im sozialen Bereich engagieren können, halten neun von zehn Befragten für wichtig. Von den jüngeren Befragten sind sogar 100 Prozent der Auffassung, dass das soziale Engagement von älteren Menschen mit geringen Deutschkenntnissen sehr wichtig oder eher wichtig ist.

Die Bereitstellung von Informationen über die Möglichkeiten des sozialen Engagements älterer Menschen nicht nur auf Deutsch, sondern auch in anderen Sprachen halten acht von zehn Befragten für wichtig. Bei den jüngeren Befragten sind es 97 Prozent, die mehrsprachigen Informationen über soziale Engagementmöglichkeiten eine hohe Bedeutung beimessen.

Die Verantwortung für die Bereitstellung von Informationen über die Möglichkeiten des sozialen Engagements schreiben die Befragten am ehesten gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Arbeitsgemeinschaften (90 Prozent) – gefolgt von den Kommunen (82 Prozent), der Landesregierung (80 Prozent) und der Bundesregierung (68 Prozent) – zu.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden jeweils von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung als sehr geeignet oder eher geeignet eingestuft, um die Partizipation älterer Menschen mit geringen Deutschkenntnissen (als eine der Zielgruppen des inklusiven Beteiligungskonzeptes) zu erhöhen. Die finanzielle Förderung von Projekten oder Organisationen, in denen Senioren sich gegenseitig helfen, halten 93 Prozent der Befragten für sehr geeignet oder eher geeignet; bei der finanziellen Förderung von Wohngemeinschaften zwischen älteren und jüngeren Menschen sind dies 85 Prozent und bei

der Finanzierung einer zentralen Einrichtung, die Fördermaßnahmen zum sozialen Engagement älterer Menschen koordiniert, 81 Prozent.

Eine ausführliche Beschreibung der Befragungsergebnisse kann der Anlage 2 des Impulspapiers entnommen werden.

1 Was sind die Inhalte des Gesamtprojekts?

1.1 Ziele und Bausteine des Gesamtprojekts

Die **Ziele des Projekts** „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ der Bertelsmann Stiftung bestehen darin, Best Practices für Nachhaltigkeitsstrategien im In- und Ausland zu identifizieren, in Deutschland länderübergreifend bekannt zu machen und exemplarisch auf Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie ggf. andere Länder zu übertragen (Bertelsmann Stiftung 2014).

Nachhaltigkeitsstrategien können als koordinierte, partizipative und iterative Prozesse verstanden werden, um ökonomische, ökologische und soziale Ziele in ausgewogener und integrierter Weise zu erreichen (UNDESA 2002: 1). Im Projekt stehen politische Nachhaltigkeitsstrategien auf regionaler Ebene im Vordergrund; es werden allerdings auch Strategien auf nationaler oder supranationaler Ebene analysiert.

Mit **Best Practices** werden die Beispiele bezeichnet, die – gemessen an der allgemeinen Definition von Nachhaltigkeitsstrategien sowie im Vergleich der untersuchten Fälle – besonders positiv auffallen (Bertelsmann Stiftung 2013-1: 13-14). Best Practices sollten nach Möglichkeit ein klar formuliertes Ziel, definierte Adressaten, ein Umsetzungskonzept sowie Umsetzungserfolge oder zumindest die notwendige Kapazität zur erfolgreichen Umsetzung aufweisen (Bertelsmann Stiftung 2013-2: 22).

Das **Projekt** wird gefördert durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV). Das Land NRW ist derzeit dabei, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Geplant ist, bis Ende 2015 – mit Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft – eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten (MKULNV 2013). Drei Phasen gliedern das Projekt der Bertelsmann Stiftung:

- In der **ersten Phase** geht es um die Identifikation und Analyse von Best Practices. Zu diesem Zweck werden die vorhandenen Nachhaltigkeitsstrategien und -prozesse in Deutschland (auf Länder- und Bundesebene) sowie auf EU-Ebene analysiert. Darüber hinaus werden weitere Fälle auf internationaler Ebene untersucht.
- In der **zweiten Phase** werden die Best Practices in einer länderoffenen Expertengruppe bekanntgemacht. Des Weiteren ist vorgesehen, ausgewählte Best Practices auf das Land NRW zu übertragen. Zu diesem Zweck werden themenspezifische Impulspapiere im Rahmen eines partizipativen Verfahrens erarbeitet.
- In der **dritten Phase** wird die Übertragung von Best Practices auf das Land NRW sowie ggf. weiterer Länder evaluiert. Auf Basis der Evaluation sollen schließlich Erfolgsfaktoren für die Entwicklung oder Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien abgeleitet und beschrieben werden.

Die Untersuchungen von Nachhaltigkeitsstrategien sind 2013 durchgeführt worden. Die länderoffene Expertengruppe wurde Anfang 2013 ins Leben gerufen und wird seitdem halbjährlich durchgeführt. Die Erstellung der Impulspapiere für die Nachhaltigkeitsstrategie NRW ist 2014, die Evaluation im 1. Halbjahr 2015 und das Projektende für Mitte 2015 geplant.

1.2 Impulspapiere für ein nachhaltiges NRW

Im Jahr 2014 sollen **Impulspapiere** für die Nachhaltigkeitsstrategie NRW erarbeitet werden. Die Impulspapiere sind themenspezifisch ausgerichtet, enthalten eine Beschreibung der Probleme bzw. Herausforderungen für NRW, gute Beispiele aus dem In- und Ausland sowie spezifische Lösungsansätze. Adressaten der Impulspapiere sind die zuständigen Ministerien auf Landesebene sowie weitere fachspezifische Stakeholder.

Insgesamt werden Impulspapiere zu folgenden **Themen** erstellt: „Nachhaltiger Konsum von Kindern und Jugendlichen – Eine Frage der Kompetenz“, „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter“ und „Nachhaltige Haushaltspolitik in Zeiten der Schuldenbremse – Konsolidieren, aber richtig“. Die Themen wurden aus Themenfeldern abgeleitet, die zu Projektbeginn zwischen der Bertelsmann Stiftung und dem MKULNV vereinbart worden waren:

- Aus dem Themenfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ wurden das Thema „Nachhaltiger Konsum“, die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie der Aspekt der Konsumkompetenz näher betrachtet.
- Aus dem Themenfeld „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ wurden das Thema „Nachhaltige Partizipation“, die Zielgruppe der älteren Menschen sowie das soziale Engagement genauer untersucht.
- Aus dem Themenfeld „Nachhaltige Finanzpolitik“ wurden das Thema „Nachhaltige Haushaltspolitik“, die rechtlichen Regelungen der Schuldenbremse sowie die Frage der Konsolidierung des Landeshaushalts fokussiert.

Die Funktion der Impulspapiere besteht darin, konkrete **Lösungsansätze** zu den o. g. Themen für eine nachhaltige Entwicklung vorzulegen und in die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW einzubringen. Die o. g. Themen erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr geht es darum, an „neuralgischen“ Punkten Impulse für eine nachhaltige Entwicklung auf Landesebene zu setzen. Aus diesem Grund sollten die Lösungsansätze – im weiteren Verlauf – in einen breiteren Kontext gestellt und um zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden. Die guten Beispiele, auf deren Basis die Lösungsansätze entwickelt worden sind, geben möglicher Weise Anregungen für weitere Vorschläge. In jedem Fall sind die Lösungsansätze im Laufe der Strategieentwicklung um Ziele bzw. Indikatoren sowie detaillierte Maßnahmenpläne zu ergänzen.

Die **guten Beispiele** stammen i. d. R. nicht aus NRW. Zwar gibt es auch in NRW eine Vielzahl an guten Beispielen (z. B. in Form von Modellvorhaben), die im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie verstetigt bzw. flächendeckend eingeführt werden könnten. Mit den Impulspapieren sollen jedoch bewusst Lösungsansätze auf Grundlage von guten Beispielen außerhalb NRW's erarbeitet werden, um die Diskussion in NRW durch Vorschläge auf Basis von externen Beispielen zu befruchten. Die Beispiele aus dem In- und Ausland sind zum Teil den Studien entnommen worden, die in der ersten Phase des Projekts erstellt worden sind. Zum Teil sind die Beispiele aber auch – im Hinblick auf die definierten Spezialthemen – neu recherchiert worden.

Die **Probleme** oder Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung in NRW werden möglichst anhand von Quellen aus anerkannten Institutionen dargestellt.

Die **Struktur** der Impulspapiere ist wie folgt gestaltet:

- In **Kapitel 1** werden die wesentlichen Grundlagen des Gesamtprojekts sowie der Impulspapiere für ein nachhaltiges NRW diskutiert.
- In **Kapitel 2** wird das Thema näher zugeschnitten. Nach einer allgemeinen Definition des übergreifenden Themas erfolgt eine erste Eingrenzung – mit entsprechender Begründung sowie einem groben Kausalmodell. Abschließend wird ein bestimmter Einflussbereich definiert, der im Folgenden näher betrachtet wird.
- In **Kapitel 3** wird der aktuelle Stand in NRW bei dem fokussierten Thema kurz dargestellt. Konkret geht es dabei darum, die spezifische Ausgangslage anhand von Zahlen, Daten und Fakten zu betrachten, die aktuellen Aktivitäten zu beschreiben und den konkreten Handlungsbedarf in NRW zu definieren.
- In **Kapitel 4** werden gute Beispiele aus dem In- und Ausland präsentiert. Die Darstellung findet anhand des folgenden Kriterienrasters statt: Bezeichnung – Land / Region – Ziel – Adressaten – Umsetzung – Kapazität – Quelle.
- In **Kapitel 5** werden auf Basis der für Kapitel 4 recherchierten gute Beispiele aus dem In- und Ausland spezifische Lösungsansätze entwickelt, um dem in Kapitel 3 skizzierten Handlungsbedarf in NRW – zumindest teilweise nachzukommen.

Der **Prozess** zur Erstellung der Impulspapiere gliedert sich in fünf Schritte:

- Im **ersten Schritt** (bis April 2014) werden die ersten Fassungen der Impulspapiere erarbeitet und durch eine Projektgruppe – bestehend aus Mona Treude (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH), Herrn Dr. Klaus Jacob (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Harald Heinrichs (Leuphana Universität Lüneburg), Yves Michels (PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) und Dr. Marc-Oliver Pahl (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW) – kommentiert.
- Im **zweiten Schritt** (bis Mai 2014) werden die ersten Fassungen der Impulspapiere jeweils von einer themenspezifischen Fokusgruppe diskutiert und weiterentwickelt. Die Fokusgruppen sind i. d. R. aus einzelnen Vertretern des Landes, der Kommunen, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengesetzt.
- Im **dritten Schritt** (bis Juli 2014) werden die zweiten Fassungen der Impulspapiere erstellt und wiederum durch die Projektgruppe kommentiert. Die Ergebnisse aus den Sitzungen der Fokusgruppen werden hierbei berücksichtigt.
- Im **vierten Schritt** (bis Oktober 2014) werden die Inhalte der Impulspapiere zum Gegenstand einer repräsentativen Befragung gemacht. Die repräsentative Befragung wird durch infas (Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH) durchgeführt.
- Im **fünften Schritt** (bis Dezember 2014) werden die finalen Fassungen der Impulspapiere erarbeitet und abermals durch die Projektgruppe kommentiert. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung fließen in die Finalisierung der Impulspapiere mit ein.

Die Verantwortung für die Erstellung der Impulspapiere liegt bei der Bertelsmann Stiftung. Die Projektgruppe hat eine beratende Funktion. Die Fokusgruppen sowie die repräsentative Befragung stellen die wesentlichen Erhebungsschritte im Rahmen des gesamten Verfahrens dar.

2 Was ist das Thema dieses Papiers?

2.1 Nachhaltige Partizipation

In dem „**Handbuch zur Partizipation**“, den die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt herausgegeben hat, heißt es: „Jede Demokratie ist auf die Mitbestimmung der an ihr beteiligten Personen angewiesen. Sie kann nur lebendig werden, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger dazu bereit sind, sich einzubringen. Der Oberbegriff Partizipation fasst sämtliche Initiativen, Maßnahmen, Modelle und Methoden, die eine Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglichen, zusammen“ (SenStadtUm 2014: 14). Aus dieser Definition wird zweierlei deutlich:

1. Partizipation setzt einerseits „Nachfrage“ (Bürgerinnen und Bürger, die dazu bereit sind, sich einzubringen) und andererseits „Angebot“ (Initiativen, Maßnahmen, Modelle und Methoden, die eine Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglichen) voraus.
2. Partizipation wird – häufig – aus einer politischen Sicht betrachtet und auf die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen fokussiert.

In diesem Sinne hat die Bertelsmann Stiftung auch den **Reinhard Mohn Preis 2011** zum Thema „Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken“ vergeben. Auf Basis einer internationalen Recherche sind dabei fünf Faktoren für eine erfolgreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im politischen Bereich definiert worden (Bertelsmann Stiftung 2011: 160-165):

- „Erfolgreiche Beteiligung setzt an den ‚kleinen Problemen‘ des alltäglichen Lebens an – aber nicht nur“;
- „Beteiligung ist nicht nur eine Bring-, sondern auch eine Holschuld“;
- „Beteiligung bedeutet Teilen von Macht und Einfluss“;
- „Angemessene und differenzierte Verfahren sind wichtig – letztlich geht es aber um den Aufbau einer Beteiligungskultur“;
- „Bürgerbeteiligung muss frühzeitig, kontinuierlich und im gesamten Entscheidungsprozess erfolgen“.

Im Bereich der Nachhaltigkeit spielt Partizipation ebenfalls eine entscheidende Rolle. So steht schon in der **Agenda 21**, die in der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet worden ist: „Ausschlaggebend für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen, die von den Regierungen in allen Programmbereichen der Agenda 21 gemeinsam beschlossen worden sind, ist das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen“ (Vereinte Nationen 1992: 276).

„Formen der Beteiligung“ ist insofern auch als eines von vier Kriterienfeldern für die internationale Recherche im Rahmen des **Reinhard Mohn Preises 2013** zum Thema „Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft“ definiert worden. Das Qualitätskriterium zu „Strukturen der Beteiligung“ beispielsweise lautet: „Bürger, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Akteure und andere Betroffene oder Interessierte werden in allen Phasen des Strategieprozesses eingebunden. Sie können sich ergebnisoffen, sachlich und effektiv einbringen. Verhandlungs- und Konfliktlösungsmechanismen sind genuiner Teil des Partizipationsprozesses. Eine Vielzahl von Menschen nutzt die Möglichkeiten zur Beteiligung“ (Bertelsmann Stiftung 2013-3: 209).

In Anlehnung an das o. g. Qualitätskriterium ist die „Partizipation nicht staatlicher Akteure“ zudem bei den Untersuchungen im **Projekt „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“** berücksichtigt worden. Im Beteiligungskontext wurden des Weiteren die Schwerpunktthemen „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ und „Jugendbeteiligung“ analysiert:

- Das Schwerpunktthema „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ wurde allgemein und spezifisch in Bezug auf die Teilhabe von Frauen und älteren Menschen bearbeitet.
- Das Schwerpunktthema „Jugendbeteiligung“ war auf die Beteiligung von Jugendlichen bei der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien ausgerichtet.

In der Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und auf EU-Ebene wurde z. B. festgestellt, dass Partizipation teilweise als Fachthema und teilweise als Querschnittsthema innerhalb der Strategien angelegt ist. So finden sich in einzelnen Nachhaltigkeitsstrategien gesonderte Kapitel zur Beteiligung nicht staatlicher Akteure oder zum bürgerschaftlichen Engagement. In anderen Strategien werden Beteiligungsaspekte in die jeweiligen fachbezogenen Kapitel – als Lern-, Kooperations- oder Vernetzungsaspekte – integriert (Bertelsmann Stiftung 2013-2: 201).

Partizipation und Engagement können als zwei Seiten ein und derselben Medaille bezeichnet werden. Partizipation soll im Rahmen dieses Papiers umfassend als „Beteiligung von der Anhörung und Artikulation von Interessen in Entscheidungsprozessen über die Mitentscheidung und Beteiligung an der Umsetzung bis zur Selbstorganisation und Selbstgestaltung“ verstanden werden (Olk/Roth 2007: 19). Mit Partizipation wird somit ein Prozess verstanden, in dem Organisationen offen auf Menschen zugehen, herausfinden und anbieten, was Menschen benötigen, um an Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, etc. teilzuhaben. Engagement – die „Kehrseite“ der Medaille – ist gekennzeichnet durch das aktive Sich-Einbringen im politischen, gesellschaftlichen bzw. sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Bereich. Bürgerschaftliches Engagement zielt insbesondere auf den Zusammenhang zwischen Engagement und Bürgerschaft ab, findet im öffentlichen Raum statt und erstreckt sich vor allem auf den politischen, sozialen und kulturellen Bereich; der aktivierende oder ermöglichende Staat schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements möglichst umfassend ausgeschöpft werden (Bundestag 2002: 24-25).

Im Rahmen dieses Papiers soll „Nachhaltige Partizipation“ als Querschnittsthema definiert werden, das für alle Fachthemen relevant ist. Nachhaltige Partizipation ist inklusiv, d. h. auf alle gesellschaftlichen Gruppen, wie z. B. verschiedene Altersgruppen oder Menschen in besonderen Lebenslagen, ausgerichtet. Nachhaltige Partizipation findet zudem nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Bereich statt. Nachhaltige Partizipation schafft die Voraussetzungen für vielfältiges Engagement in unterschiedlichen Bereichen und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien. Auf diese Weise trägt nachhaltige Partizipation direkt oder indirekt zu einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung bei.

2.2 Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen

Nachhaltige Partizipation wird in diesem Papier u. a. als „inklusiv“ definiert, d. h. es sind prinzipiell alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen. Im weiteren Verlauf soll allerdings – aus folgenden Gründen – vor allem die **nachhaltige Partizipation von älteren Menschen** betrachtet werden:

- Die Gruppe der älteren Menschen wird – aufgrund des demographischen Wandels – sowohl absolut als auch relativ zu anderen Altersgruppen weiter zunehmen.
- Allein aufgrund dieser quantitativen Entwicklung wird das Engagementpotenzial der älteren Menschen weiter anwachsen.
- Das Alter könnte und sollte daher eher als „Chance“, denn als „Risiko“ für die Gesellschaft und insbesondere das bürgerschaftliche Engagement betrachtet werden.

Die Zielgruppe der älteren Menschen erstreckt sich auf alle „Senioren“ bzw. Menschen im Ruhestand, d. h. Menschen ab ca. 60 bis 65 Jahren. Im Einzelfall kann dabei eine differenzierte Betrachtung in Bezug auf einzelne Altersstufen sinnvoll sein (z. B. Unterscheidung in „Junge Alte“, „Ältere“ oder „Hochbetagte“). Wichtig ist, dass die Partizipation älterer Menschen – im Sinne der Nachhaltigkeit – nicht isoliert betrachtet, sondern in den Kontext der Beteiligung anderer gesellschaftlichen Gruppen, d. h. insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen / Berufstätigen, gestellt wird. Bei der Fokussierung älterer Menschen sollten die übrigen Altersgruppen möglichst nicht aus den Augen verloren werden – zumal nachhaltige Partizipation „inklusiv“ ist (siehe oben) und daher grundsätzlich auf unterschiedliche Altersgruppen bzw. Generationen, d. h. intergenerationell, ausgerichtet werden sollte. Durch das gemeinsame Engagement von älteren und jüngeren Menschen kann ein besonderer „Mehrwert“ für die nachhaltige Entwicklung im Allgemeinen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Besonderen geschaffen werden.

Für die Partizipation von älteren Menschen werden zunächst Definitions- und Politikansätze der Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission sowie aus Deutschland vorgestellt. Anschließend wird auf dieser Basis ein Kausalmodell für die Partizipation von älteren Menschen erarbeitet.

Im Internationalen Aktionsplan von Wien aus dem Jahr 1982 definieren die **Vereinten Nationen** wesentliche Eckpunkte für die Partizipation älterer Menschen (United Nations 1983: 25): So werden die Beiträge älterer Menschen als wertvoll sowie aner kennens- und unterstützenswert bezeichnet. Die älteren Menschen sollten sich ferner aktiv an der Formulierung und Implementierung von Strategien beteiligen – einschließlich derer, die sie besonders betreffen. Zur Umsetzung des Internationalen Aktionsplans zum Altern formulierten die Vereinten Nationen 1991 fünf Prinzipien (United Nations 1991: 7.-9.): Unabhängigkeit, Partizipation, Pflege / Betreuung, Selbstverwirklichung und Würde. Zur Partizipation heißt es, dass ältere Menschen in der Gesellschaft integriert bleiben und sich aktiv einbringen sollten. Darüber hinaus sollten die älteren Menschen Möglichkeiten nutzen oder entwickeln, Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen und sich als Freiwillige, soweit dies ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht, zu engagieren. Im Internationalen Aktionsplan von Madrid aus dem Jahr 2002 definieren die Vereinten Nationen zwei Ziele zur Partizipation älterer Menschen (Vereinte Nationen 2002: 11-13): die Anerkennung des sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beitrags älterer Menschen sowie die Beteiligung älterer Menschen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen. Zur Umsetzung des Internationalen Aktionsplans von Madrid (2002) veranstaltete die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) MinisterInnenkonferenzen in Berlin (2002), Leon (2007) und Wien (2012). In der Wiener Konferenz beschlossen die MinisterInnen 2012 folgende Maßnahmen zur Partizipation, Nicht-Diskriminierung und sozialen Inklusion älterer Menschen (UNECE 2012: 3):

- Förderung der Partizipation älterer Menschen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich;
- Förderung der Partizipation älterer Menschen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen;
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse älterer Menschen aus ethnischen Minderheiten und älterer Migranten;
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung.

Die **Europäische Kommission** legt in ihrer Europa 2020-Strategie aus dem Jahr 2010 einen besonderen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Partizipation älterer Menschen: „Es geht darum, allen Menschen Zugangsmöglichkeiten und Chancen über ihr gesamtes Leben zu bieten. Europa muss sein Arbeitskräftepotenzial voll ausschöpfen, um die mit einer alternden Bevölkerung und wachsendem weltweiten Wettbewerb verbundenen Herausforderungen zu meistern“ (Europäische Kommission 2012: 21).

Die mehrheitlich mit EU-Fördermitteln finanzierte **AGE Plattform Europe** setzt sich u. a. für die Bekämpfung von Altersdiskriminierung, die Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, angemessene Einkommen im Alter sowie soziale Eingliederung ein (AGE Plattform Europe o.J.). Die AGE Plattform Europe unterstützt des Weiteren freiwillige bzw. ehrenamtliche Tätigkeiten, z. B. durch Erasmus-Programme zu lebenslangem Lernen für alle Altersgruppen („Erasmus for all“), Senioren-Freiwilligen-Projekte („Senior Volunteering Projects“) und eine Senioren-Aktivitäts-Initiative („Seniors in Action“) (AGE Plattform Europe 2012: 38-40).

In der aktuellen Fassung der **Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie** von 2012 geht die Bundesregierung auf Partizipation in allgemeiner Form und somit auch auf die Partizipation älterer Menschen ein:

- „Politisches Ziel der Bundesregierung ist es, die sozialen und ökonomischen Teilhabechancen benachteiligter Personengruppen zu verbessern. [...] Die Maßnahmen der Bundesregierung reichen von Anreizen zur Erwerbstätigkeit und einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis hin zu Infrastrukturmaßnahmen in Bildung und Betreuung [...]“ (Bundesregierung 2012-1: 213-214).
- „Gesellschaftliche Teilhabe findet letztlich aber auf kommunaler Ebene statt. Jugendhilfe, Bildungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote vom Schwimmbad bis zur Stadtbibliothek sind Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge“ (Bundesregierung 2012-1: 214).
- „Eine weitere tragende Säule jedes freiheitlichen, demokratischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesens stellt das freiwillige und bürgerschaftliche Engagement dar. Eine wirksame Engagementpolitik ist daher in unserer Gesellschaft eine wichtige Aufgabe von Politik und Staat“ (Bundesregierung 2012-1: 214).
- „Deutschland sieht sich trotz dieser Maßnahmen weiterhin bestimmten Herausforderungen gegenüber. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich tiefgreifend wie nie zuvor. Der demografische Wandel lässt die Bevölkerung schrumpfen und altern“ (Bundesregierung 2012-1: 215).

Bei dem vorletzten Punkt wird auf die Nationale Engagementstrategie, bei dem letzten Punkt auf die Demografiestrategie der Bundesregierung verwiesen.

In der **Nationalen Engagementstrategie** aus dem Jahr 2010 werden – im Kapitel „Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft: Engagement als eine Antwort auf den demographischen Wandel“ – verschiedene Vorhaben genannt, um die Potenziale für mehr Engagement im Alter zu aktivieren (z. B. die Freiwilligendienste aller Generationen, das Pilotprojekt „Nachhaltige Personalentwicklung und Weiterbildung – Übergänge gestalten, Engagement stärken“ oder das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ (für ländliche Regionen)) (Bundesregierung 2010: 42-45).

In der **Demografiestrategie** aus dem Jahr 2012 setzt die Bundesregierung – im Kapitel „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ – die folgenden Ziele (Bundesregierung 2012-2: 23):

- „Selbstbestimmtes Leben, Aktivität im Alter fördern und das Leitbild der sorgenden Gemeinschaft etablieren“;
- „Gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen und das Engagementpotenzial aller Generationen aktivieren“;
- „Gesundes Altern unterstützen, qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung sichern“.

Zudem wird – aufgrund der demografischen Entwicklung – darauf hingewiesen, dass „neue Formen ambulanter Pflege oder Betreuung einschließlich sozialer Netzwerke und nachbarschaftlicher Hilfen zunehmend an Bedeutung“ gewinnen (Bundesregierung 2012-2: 23). Schließlich wird die Relevanz einer bedarfsorientierten Sozialraumgestaltung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und unter dem Leitbild der „Sorgenden Gemeinschaft“ unterstrichen (Bundesregierung 2012-2: 24).

Die **Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“** des Deutschen Bundestags führt in ihrem Schlussbericht von 2013 u. a. die „Förderung zivilgesellschaftlicher Innovationen“ als Instrument zur „Ermöglichung nachhaltiger Lebensstile“ auf (Deutscher Bundestag 2013: 670). Konkret wird dabei auf Genossenschaften, die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen und Modelle der solidarischen Ökonomie, wie z. B. Tauschringe, Nutzungsgemeinschaften oder Nachbarschaftshilfen, hingewiesen (Bundestag 2013: 670).

Die **Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“** des Deutschen Bundestags definiert in ihrem Schlussbericht von 2002 allgemein: „Bürgerschaftliches Engagement ist eine freiwillige, nicht auf das Erzielen eines persönlichen materiellen Gewinns gerichtete, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft“ (Bundestag 2002: 40). Darüber hinaus wird Bürgerschaftliches Engagement u. a. in ausgewählten Handlungsfeldern betrachtet: Sport, Kultur, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Umwelt und Lokale Agenda 21 sowie Soziales (Bundestag 2002: 90).

Vor dem Hintergrund dieser Definitions- und Politikansätze stellen sich nun die Fragen der Einflussfaktoren und der Auswirkungen einer nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen. Die folgende Abbildung zeigt ein erstes **Kausalmodell**: In den Mittelpunkt des Modells werden die Probleme oder Herausforderungen der (nicht) nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen gestellt. Rechts und links davon werden inhaltliche bzw. strukturelle Rahmenfaktoren eingetragen, die für die (nicht) nachhaltige Partizipation von älteren Menschen relevant sind. Im unteren Bereich werden mögliche Einflussfaktoren, im oberen Bereich mögliche Auswirkungen einer (nicht) nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen dargestellt.

Das Kausalmodell ist lediglich als skizzenhafte Darstellung zu verstehen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nichtsdestotrotz soll es als Orientierungsrahmen für die nachstehenden Überlegungen zu Interventionsmöglichkeiten und später auch zur Abschätzung von Aus- und Wechselwirkungen konkreter Lösungsansätze dienen.

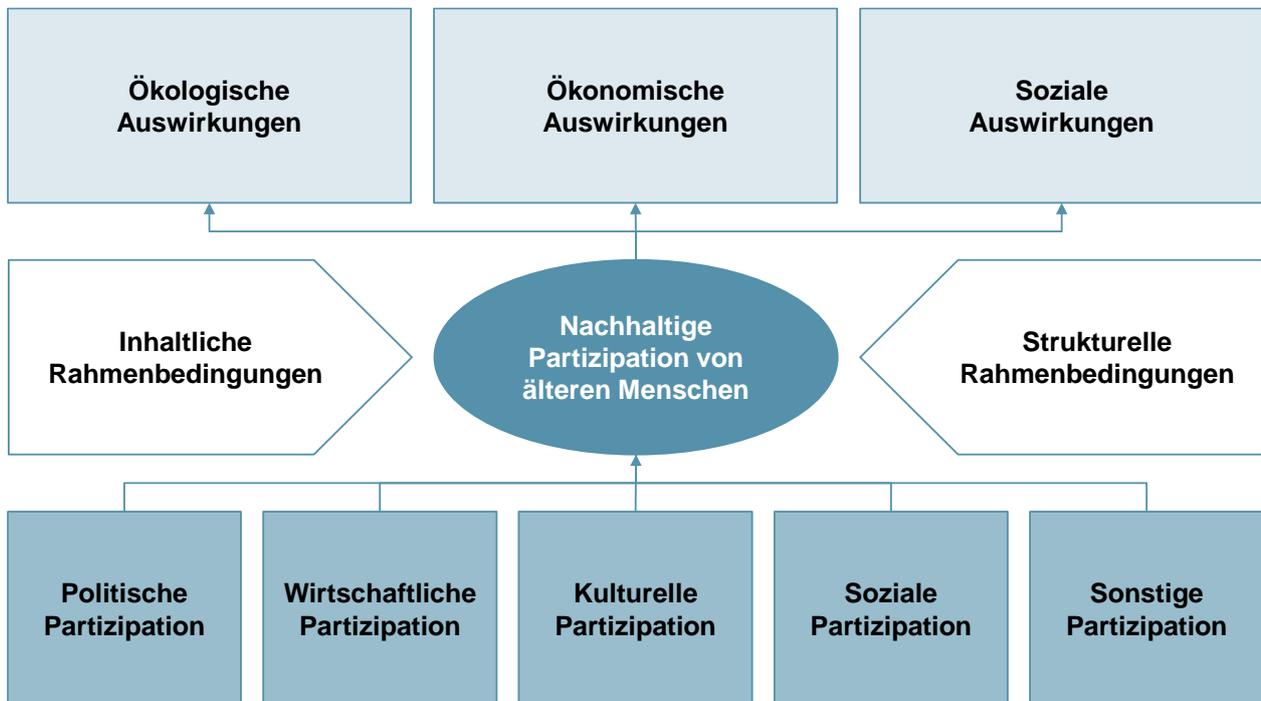


Abb. 1: Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Kausalmodell

Nachhaltige oder auch nicht nachhaltige Partizipation findet vor dem Hintergrund bestimmter, inhaltlicher und struktureller Rahmenbedingungen statt:

- Zu den **inhaltlichen Rahmenbedingungen** zählen ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Aus ökonomischer Sicht ist z. B. die Struktur der privaten Haushalte in Bezug auf Ein- oder Mehrpersonen-Haushalte sowie die Einkommenssituation und -verteilung zu berücksichtigen. Zu den ökologischen oder naturräumlichen Rahmenbedingungen zählen z. B. die Einwohner- oder Siedlungsdichte, zu den sozialen Rahmenbedingungen beispielsweise die Altersstruktur, das Bildungsniveau, das Gesundheitsniveau oder der Migrationshintergrund.
- Als **strukturelle Rahmenbedingungen** kommen u. a. die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bzw. Strukturen in den Bereichen Zivilgesellschaft oder Wirtschaft, die für das Thema „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen“ relevant sind, in Frage. Darüber hinaus ist auch die vorhandene Infrastruktur für die Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Partizipation von Bedeutung (Versorgungsgrad und -sicherheit in Bezug auf Öffentlichen Personen-Nah-Verkehr (ÖPNV), moderne Informations- und Kommunikationstechnik, Kultur- und Freizeitangebote, Mehrgenerationenhäuser, etc.).

Einflussfaktoren für eine nachhaltige oder nicht nachhaltige Partizipation können aus den unterschiedlichen Bereichen der Partizipation abgeleitet werden: Die Partizipation ist beispielsweise nur dann als nachhaltig zu bezeichnen, wenn sie ganzheitlich, d. h. auf alle relevanten Bereiche ausgerichtet ist (siehe Kapitel 2.1). Die Vereinten Nationen unterscheiden die Partizipation im politischen,

wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich. Nach der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ kann sich das Engagement aber auch auf andere Bereiche, wie z. B. Kirche / Religionsgemeinschaften oder Umwelt, erstrecken.

Im Rahmen des Kausalmodells sollen daher folgende Einflussfaktoren für eine nachhaltige oder nicht nachhaltige Partizipation unterschieden werden:

- **Politische Partizipation** bezieht sich auf die Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen (z. B. kommunalpolitische Aktivitäten).
- **Wirtschaftliche Partizipation** ist auf die Beteiligung an der Erwerbsarbeit bzw. die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt bezogen.
- **Kulturelle Partizipation** richtet sich auf die Beteiligung an Kultur-, Sport- und sonstigen Freizeitaktivitäten.
- **Soziale Partizipation** umfasst die Beteiligung im sozialen Bereich, insbesondere freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeiten.
- **Sonstige Partizipation** erstreckt sich auf die Beteiligung in anderen Bereichen, wie z. B. Kirche bzw. Religionsgemeinschaften und Umwelt.

Die Nachhaltigkeit der Partizipation von älteren Menschen kann u. a. an den Einflussfaktoren und deren Ausprägungen „abgelesen“ werden. Denkbar ist beispielsweise die Erhebung von geeigneten Engagementquoten in den einzelnen Bereichen einer nachhaltigen Partizipation. Die Auswirkungen der nachhaltigen oder nicht nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen z. B. an diesen Indikatoren – auch als Grundlage für ein mögliches Controlling – festgemacht werden:

- Zur Erfassung der **ökonomischen Auswirkungen** kommt z. B. die Erwerbstätigenquote der älteren Menschen in Frage. Darüber hinaus könnte beispielsweise ermittelt werden, welche Auswirkungen das soziale Engagement von älteren Menschen auf die öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich (vor allem für Pflege oder Betreuung) hat.
- Die **ökologischen Auswirkungen** können beispielsweise über die Effekte umweltbezogener Maßnahmen und Aktivitäten erfasst werden, an denen sich ältere Menschen beteiligen. Zudem ist möglicher Weise ermittelbar, welchen Einfluss die Partizipation von älteren Menschen in anderen Bereichen auf die Umwelt hat.
- Die **sozialen Auswirkungen** sind u. a. an Indikatoren zur Lebensqualität oder zum sozialen Zusammenhalt festzumachen. Die Indikatoren zur Lebensqualität können z. B. auf Zufriedenheits- oder Gesundheitsaspekte bezogen sein. Die Indikatoren zum sozialen Zusammenhalt betreffen beispielsweise den intergenerationellen Zusammenhalt (zwischen „alt“ und „jung“) oder den intragenerationellen Zusammenhalt (innerhalb der älteren Generation). Für den letztgenannten Bereich sind Informationen aussagekräftig, in welchem Umfang ältere Menschen in besonderen Lebenslagen, wie z. B. Armut, Krankheit oder Pflegebedarf, in die Gesellschaft integriert sind.

Zusammenfassend kann das Kausalmodell für eine (nicht) nachhaltige Partizipation von älteren Menschen wie folgt beschrieben werden:

Die Nachhaltigkeit oder Nicht-Nachhaltigkeit der Partizipation von älteren Menschen ist von unterschiedlichen Rahmenfaktoren (inhaltliche und strukturelle) sowie verschiedenen Einflussfaktoren (politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und sonstige Partizipation) abhängig und kann zu Auswirkungen im ökonomischen, ökologischen und / oder sozialen Bereich führen.

2.3 Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter

Das Kausalmodell, das in Kapitel 2.2 vorgestellt worden ist, bietet verschiedene Ansatzpunkte für eine nachhaltige Gestaltung der Partizipation von älteren Menschen. So ist beispielsweise denkbar, dass die Rahmenfaktoren und / oder die Einflussfaktoren für die nachhaltige Partizipation von älteren Menschen verändert werden. Da die Rahmenfaktoren (vor allem die inhaltlichen) im Wesentlichen unabhängige, d. h. direkt nicht veränderbare Faktoren darstellen, soll im Folgenden eine Konzentration auf die Einflussfaktoren, d. h. die direkt veränderbaren Faktoren, erfolgen.

Die vier Einflussfaktoren stellen somit geeignete Ansatzpunkte für eine nachhaltige Gestaltung der Partizipation von älteren Menschen dar. Wie die Untersuchungen von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und auf EU-Ebene bzw. im internationalen Bereich gezeigt haben, werden – in diesem Rahmen – zum Teil unterschiedliche Schwerpunkte bei den Strategien zur Förderung der nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen gesetzt:

- **Brandenburg:** Das Land Brandenburg verfolgt einen breit angelegten Partizipationsansatz bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. So sind beispielsweise im Jahr 2012 – im Zuge eines Dialogprozesses – sieben Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durchgeführt worden. Das Beteiligungsverfahren fördert die politische Partizipation der Bevölkerung und somit auch der älteren Menschen (Bertelsmann Stiftung 2013-1: 130).
- **Niedersachsen:** Das Land Niedersachsen hat eine nachhaltige Seniorenpolitik entwickelt, mit der das Altern als Chance begriffen werden soll. Konkret hat das Land einen Dialog initiiert, der u. a. die Kommunen, die Sozialverbände, den Landesseniorenrat, die Gewerkschaften und die Kirchen einbezieht. Mit diesem Verfahren wird daher ebenfalls die politische Partizipation, insbesondere der älteren Menschen und ihrer Vertreter bzw. Vertretungsorganisationen unterstützt. Die seniorenpolitischen Maßnahmen des Landes richten sich allerdings auch auf die wirtschaftliche Partizipation (siehe z. B. die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Rahmen der „Landesinitiative Niedersachsen Generationengerechter Alltag“) und die soziale Partizipation (siehe z. B. die Einführung eines Freiwilligen Jahres für Seniorinnen und Senioren oder den Ausbau der ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Ältere) (Bertelsmann Stiftung 2013-1: 137-138).
- **Tirol:** Mit dem sog. „Beschäftigungspakt Tirol“ setzt das österreichische Bundesland vor allem auf die wirtschaftliche Partizipation von älteren Menschen. Der Beschäftigungspakt ist eine auf fünf Jahre (von 2011 bis 2015) angelegte, vertraglich vereinbarte Partnerschaft von 13 staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus der Tiroler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Ziel des Paktes ist es, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Innerhalb des Themenfeldes „Active Ageing“ ist eine sog. „Maßnahmenlandkarte“ entstanden, die eine Übersicht über die Maßnahmen verschiedener Institutionen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Arbeitsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Kategorien „Individuelle Gesundheit“, „Kompetenzen“, „Organisation/Führung“ und „Arbeitsbedingungen“ enthält (Bertelsmann Stiftung 2013-2: 166).
- **Österreich:** Auch die NESTOR^{GOLD}-Initiative ist auf die wirtschaftliche Partizipation von älteren Menschen konzentriert. Im Rahmen der Initiative hat das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) – mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie

und Jugend (BMWFJ), den Sozialpartnern sowie dem Arbeitsmarktservice (AMS) – ein Gütesiegel entwickelt, mit dem seit 2010 private und öffentliche Unternehmen bzw. Organisationen ausgezeichnet werden können, die sich für das Thema der Altersgerechtigkeit engagieren (Bertelsmann Stiftung 2013-2: 164).

- **Bhutan:** Das Land Bhutan führt in Abständen Umfragen zum sog. „Bruttosozialglück“ (Gross National Happiness (GNH)) durch. Zur Messung des Fortschritts in Richtung auf das Glück bzw. Wohlbefinden der Bevölkerung wurde ein Index entwickelt. Zwei Mal (2008 und 2010) wurden bisher Befragungen von jeweils rund 7.000 Bürgerinnen und Bürgern, d. h. ca. 1 % der Bevölkerung, durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung dienen und dienen als Grundlage für die Politikgestaltung, etwa durch Prioritätensetzung in den Bereichen, in denen noch Defizite im Wohlbefinden der Bevölkerung festgestellt worden sind. Die Umfragen zum Bruttosozialglück stellen somit Beiträge zur politischen Partizipation – auch der älteren Menschen – in Bhutan dar (Bertelsmann Stiftung 2013-2: 165).

Im Rahmen dieses Papiers soll ein Schwerpunkt auf die Förderung oder Unterstützung der sozialen Partizipation von älteren Menschen gelegt werden. Diese Schwerpunktsetzung hat folgende Gründe:

- Die Unterstützung der sozialen Partizipation von älteren Menschen bietet große Chancen in einem offensichtlich national wie international – im Vergleich zur Förderung der politischen oder wirtschaftlichen Partizipation von älteren Menschen – noch relativ wenig bearbeiteten Feld.
- Die soziale Partizipation hat positive Wirkungen auf die kulturelle, politische und wirtschaftliche Teilhabe von älteren Menschen: Wenn ältere Menschen sich für das soziale bzw. im weiteren Sinne gesellschaftliche Miteinander öffnen, so stellt dies eine gute Grundlage – wenn nicht sogar Voraussetzung – für die Partizipation in den anderen Bereichen dar. Insgesamt kann an dieser Stelle von positiven „Verbundeffekten“ gesprochen werden: das verstärkte Engagement in einem Bereich (z. B. im Sozialbereich) wirkt sich tendenziell positiv auf das Engagement in anderen Bereichen aus.
- Die Förderung der sozialen Partizipation bietet einen geeigneten Ansatzpunkt für die staatliche Ebene: Gemeinsam mit den Kommunen, zivilgesellschaftlichen und ggf. weiteren Institutionen kann der Staat den erforderlichen Rahmen schaffen, Maßnahmen fördern und Impulse für eine nachhaltige Entwicklung setzen.

Nach dem Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ von 2002 umfasst der **Sozialbereich** „ein breites Spektrum unterschiedlichster Angebote, Dienste und Leistungen sozialer Hilfe und Unterstützung. Soziale Handlungsfelder erstrecken sich von Ansätzen und Leistungen zum Schutz vor und zur Bekämpfung von Armut, Benachteiligung und Ausgrenzung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen, über Angebote und Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienhilfe, der Alten- und Gesundheitshilfe, der Behindertenhilfe bis hin zu Hilfen für Menschen in besonderen Lebenslagen und mit besonderen Problemen und Belastungen“ (Bundestag 2002: 90).

Auf **Länderebene** ist die soziale Partizipation von älteren Menschen nicht nur ein relevantes Thema für das Ministerium, das hauptverantwortlich mit der Zielgruppe der älteren Menschen befasst ist.

Das Thema ist mindestens ebenso relevant für die Ministerien, die für soziale Fragen bzw. das bürgerschaftliche Engagement zuständig sind.

Im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement i. e. S. unterscheiden Schulz-Nieswandt und Köstler die „Hilfe für Fremde“ und die „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ (Schulz-Nieswandt 2011: 43-44):

- Mit der **Hilfe für Fremde** ist die Hilfe für Dritte angesprochen, „mit denen man als helfende Person nicht die Merkmale des Hilfeanlasses teilt“ (Schulz-Nieswandt 2011: 43). Konkret ist hiermit das klassische Ehrenamt gemeint.
- Die **Hilfe auf Gegenseitigkeit** ist „soziale Selbsthilfe in Form der Gegenseitigkeitshilfe, wobei die Menschen reziprok jeweils Fremde sind, die in eine intensive Beziehung eintreten“ (Schulz-Nieswandt 2011: 43). Eine konkrete Ausprägungsform der Hilfe auf Gegenseitigkeit ist die Seniorengenossenschaft, auf die in Kapitel 5.3 noch näher eingegangen wird. Das Besondere an einer Seniorengenossenschaft ist, „dass hier neben das Engagement der Bürger der Gedanke der Hilfe auf Gegenseitigkeit tritt. Im Unterschied zur traditionellen Tätigkeit im Ehrenamt, die unbezahlt ist oder nur mit einer Aufwandsentschädigung abgegolten wird, beruht der Gedanke der Seniorengenossenschaft auf einer Art Tauschsystem. Mitglieder, die Dienstleistungen für andere Mitglieder erbringen, erwerben Ansprüche auf Versorgungsleistungen“ (Köstler 2010: 24). Wichtig ist jedoch, dass in einer Seniorengenossenschaft nicht nur Angebote für gegenseitige Hilfen („Haushaltshilfen, handwerkliche Hilfen, Kinderbetreuung, Beratung, krankheitsbezogene Dienste, Hospizdienste, Begleitdienste zu Ärzten, zu Behörden und bei Besorgungen“, etc.), sondern auch „Gruppenangebote zur Freizeitgestaltung, die schwerpunktmäßig einen Gesellungsaspekt haben“ und sonstige Projektangebote gemacht werden (Köstler 2010: 23-24).

Mit dem zuletzt genannten Aspekt ist – neben der Hilfe für Fremde und der Hilfe auf Gegenseitigkeit – eine dritte Art des bürgerschaftlichen Engagements (i. w. S.) angesprochen, die im Folgenden als „sonstiges soziales Engagement“ bezeichnet wird:

- Das **sonstige soziale Engagement** umfasst – in Anlehnung an die Engagementfelder des Freiwilligensurveys – gemeinsame Aktivitäten z. B. in den Bereichen „Kultur und Musik“, „Sport und Bewegung“ oder „Freizeit und Geselligkeit“ (BMFSFJ 2010: 68). Die Bereiche des sonstigen sozialen Engagements weisen insofern umfangreiche Schnittmengen mit der kulturellen Partizipation, aber auch mit anderen Partizipationsbereichen auf.

Festzuhalten ist zudem, dass alle Formen des sozialen Engagements freiwillig sind. Je nach Art oder Ausprägungsform sind individuelle oder kollektive, selbst- oder fremdorganisierte, intra- oder intergenerationelle und ggf. weitere Varianten des sozialen Engagements denkbar. Wichtig ist schließlich, dass das soziale Engagement – in dem hier verstandenen Sinne – das Engagement in der und für die eigene Familie nicht mit einschließt; soziales Engagement bezieht sich insofern auf Engagement im sozialen Bereich außerhalb der eigenen Familie.

Bei der Fokussierung des sozialen Engagements bzw. der sozialen Partizipation älterer Menschen darf nicht vernachlässigt werden, dass die soziale Partizipation „auf das Engste“ mit der Partizipation im kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen verwoben ist: Nachhaltige Partizipation ist ganzheitliche Partizipation, die aus unterschiedlichen Perspektiven (sozial, kulturell, politisch und

wirtschaftlich) betrachtet werden kann und muss. In diesem Papier wird primär die soziale Sichtweise auf das Engagement bzw. die Partizipation älterer Menschen eingenommen; dies bedeutet jedoch nicht, dass die anderen Blickwinkel nicht immer gleichzeitig mit zu denken und zu betrachten sind.

Zusammenfassend können der Fokus dieses Papiers und die Ansatzpunkte auf Landesebene wie folgt beschrieben werden:

Das Impulspapier zur nachhaltigen Partizipation älterer Menschen befasst sich hauptsächlich mit der Frage, wie der Staat – gemeinsam mit anderen Verantwortungsträgern im kommunalen Bereich sowie in zivilgesellschaftlichen und sonstigen Institutionen – das Engagement älterer Menschen im sozialen Bereich fördern kann. Das soziale Engagement wird dabei in einem weiteren Sinne als gesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches Engagement definiert. Als Maßnahmen des Landes, die zur Unterstützung einer nachhaltigen Partizipation älterer Menschen im sozialen Bereich ergriffen werden können, kommen Maßnahmen zur Förderung einzelner Engagementarten (Hilfe für Fremde, Hilfe auf Gegenseitigkeit und sonstiges soziales Engagement) in Frage.

3 Wo steht NRW heute?

3.1 Ausgangslage

In diesem Kapitel soll die Ausgangslage der nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen in NRW – unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung im sozialen Bereich – dargestellt werden. Soweit möglich soll die Darstellung anhand von **Indikatoren** erfolgen. Dabei kann das Thema nicht vollständig mit Indikatoren abgebildet werden. Vielmehr soll die Darstellung des Themas im Rahmen dieses Impulspapiers auf zwei Felder des Kausalmodells beschränkt werden: Inhaltliche Rahmenbedingungen und soziale Partizipation (siehe nächste Abbildung).

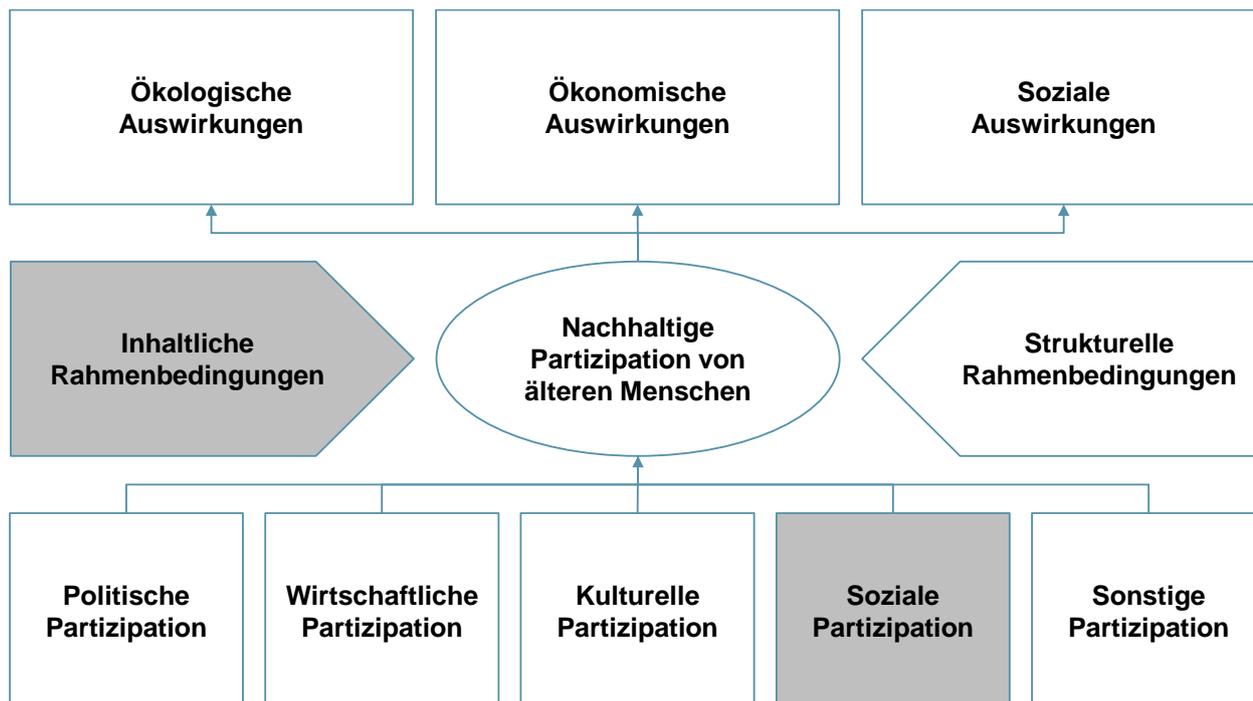


Abb. 2: Ausgewählte Felder des Kausalmodells, die – ansatzweise – mit Hilfe von Indikatoren abgebildet werden

Der nächsten Tabelle sind die verwendeten Indikatoren und Quellen zu Beschreibung der Ausgangslage in den ausgewählten Feldern des Kausalmodells zu entnehmen:

Felder des Kausalmodells	Verwendete Quelle und Indikatoren
Inhaltliche Rahmenbedingungen	<p>Wegweiser Kommune (Bertelsmann Stiftung 2014) / Statistisches Bundesamt (Statistisches Bundesamt 2009, 2011, 2014-1, 2014-2) / IT.NRW (IT.NRW 2014):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (NRW); - Relative Altersgruppenverteilung (NRW); - Altenquotient (NRW); - Anteil der ausländischen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung (NRW); - Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung (NRW);

	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der schwerbehinderten bzw. pflegebedürftigen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung (NRW).
Soziale Partizipation	Freiwilligensurvey (BMFSFJ 2009 / TNS Infratest 2011): <ul style="list-style-type: none"> - Engagement nach Altersgruppen (Deutschland / NRW); - Bereitschaft Engagierter zur Ausdehnung des Engagements (Deutschland / NRW); - Engagement der älteren Bevölkerung nach Bereichen (Deutschland / NRW).

Abb. 3: Übersicht der verwendeten Quellen und Indikatoren

Inhaltliche Rahmenbedingungen

Zu den inhaltlichen Rahmenbedingungen zählt u. a. die quantitative und strukturelle Entwicklung der Zielgruppe (ausführliche Informationen: siehe Anlage 3).

Zur **quantitativen Entwicklung der älteren Bevölkerung** in NRW kann gesagt werden, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung von 3,707 Mio. oder 20,78 % in 2011 auf voraussichtlich 4,660 Mio. Personen oder 27,41 % in 2030 ansteigen wird. Im gleichen Zeitraum werden der Anteil der Menschen zwischen 65 und 79 Jahre um 21,6 % und der Anteil der Menschen im Alter von 80 Jahren und mehr um 48,7 % ansteigen. Demgegenüber wird bei allen anderen Altersgruppen ein Rückgang der Bevölkerung prognostiziert. Der Altenquotient, d. h. das Verhältnis der Bevölkerung über 65 Jahre zur Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahre, steigt von 30,9 % in 2011 auf 49,7 % in 2030. Dies bedeutet, dass 2030 auf rund 50 Menschen über 65 Jahre voraussichtlich (nur) etwa 100 Menschen zwischen 20 und 65 Jahren kommen werden.

Zur **Struktur der älteren Bevölkerung** in NRW ist zu sagen, dass im Jahr 2011

- der Anteil der ausländischen Bevölkerung (ohne Deutsche mit Migrationshintergrund) an der älteren Bevölkerung (über 65 Jahre) 0,186 Mio. oder 5,03 %,
- der Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung (bzw. der Empfänger von Grundsicherung im Alter) an der älteren Bevölkerung 0,117 Mio. oder 3,17 %,
- der Anteil der schwerbehinderten Menschen an der älteren Bevölkerung 0,929 Mio. oder 25,07 % und
- der Anteil der pflegebedürftigen Menschen an der älteren Bevölkerung 0,455 Mio. oder 12,29 % beträgt.

Soziale Partizipation

Zur sozialen Partizipation älterer Menschen können Indikatoren zum Engagement und zur Engagementbereitschaft insgesamt sowie zum Engagement in einzelnen Bereichen – hier insbesondere dem Sozialbereich – angeführt werden (ausführliche Informationen: siehe Anlage 4).

Die Entwicklung des **Engagements** der älteren Menschen in NRW kann wie folgt skizziert werden: Der Anteil der engagierten Älteren über 65 Jahre steigt von 1999 (25 %) bis 2004 (31 %) zunächst

an. 2009 (30 %) geht die Engagementquote dann aber wieder leicht zurück. Bemerkenswert ist zudem, dass die Engagementquoten in der Altersgruppe über 65 Jahre systematisch über denjenigen im bundesweiten Durchschnitt liegen. In 2009 ist die Engagementquote der über 65-Jährigen sogar noch etwas höher als die der 14- bis 30-Jährigen. Ansonsten gilt in NRW – wie für Deutschland insgesamt –, dass das Engagement der älteren Menschen tendenziell geringer ausgeprägt ist, als das in den übrigen Altersgruppen.

Die **Engagementbereitschaft** der älteren Menschen in NRW ist über die Jahre hinweg sukzessive angestiegen: Der Anteil der älteren Menschen über 60 Jahre, die noch nicht engagiert sind, zu einem freiwilligen Engagement aber „bestimmt“ oder „eventuell“ bereit wären, lag 1999 bei 13 %, 2004 bei 21 % und 2009 bei 23 %. Für Deutschland liegen keine vergleichbaren Werte vor.

Das **bereichsbezogene Engagement** der älteren Menschen in NRW kann wie folgt beschrieben werden: Der Anteil der älteren Menschen über 60 Jahre, die sich im sozialen Bereich engagieren, lag 1999 bei 5,1 %, 2004 bei 8,1 % und 2009 bei 8,2 %. In NRW ist der Sozialbereich seit 2004 der Bereich, in dem sich die älteren Menschen vergleichsweise am stärksten engagieren. Auf Bundesebene gaben 1999 und 2004 jeweils 5,0 % der älteren Menschen über 65 Jahre an, sich im sozialen Bereich zu beteiligen; 2009 stieg dieser Wert auf 6,8 % an. Noch mehr ältere Menschen engagierten sich in 2009 deutschlandweit mit 7,0 % nur im Bereich „Religion und Kirche“. Aufgrund des unterschiedlichen Zuschnitts der Altersgruppen soll auf detaillierte Vergleiche zwischen NRW und dem bundesweiten Durchschnitt verzichtet werden.

Über die letzten Jahre haben sich die Bereiche „Soziales“ sowie „Religion und Kirche“ – in NRW wie in ganz Deutschland – als die typischen Engagementbereiche der älteren Menschen profiliert. „In beiden Bereichen waren [in NRW] mehr Frauen als Männer engagiert, allerdings entdeckten ältere Männer in den letzten zehn Jahren verstärkt kirchlich-religiöse und soziale Themen als Felder des freiwilligen Engagements. Dadurch war im sozialen Bereich 2009 der Unterschied zwischen älteren Männern und Frauen sogar weitgehend zusammengeschmolzen“ (TNS Infratest 2011: 66).

Schließlich weist TNS Infratest in seiner Analyse für NRW auf folgenden Trend hin: „Waren in NRW bei den älteren Menschen [früher] klassische vereinsgestützte Tätigkeiten in den Bereichen Freizeit, Geselligkeit und Sport noch am meisten verbreitet, so stehen diese seit 2009, vor allem bei Freizeit und Geselligkeit, deutlich hinter Kirche und Sozialem zurück. Tätigkeiten im Bereich Gesundheit haben häufig eine Beziehung zum sozialen Engagement. Bei gesundheitsbezogenen [!] Engagement gab es in Nordrhein-Westfalen im Allgemeinen und bei den älteren Menschen im Besonderen seit 2004 einen deutlichen Zuwachs“ (TNS Infratest 2011: 68).

Zusammenfassend kann die Ausgangslage zur nachhaltigen Partizipation älterer Menschen in NRW – mit besonderer Berücksichtigung des sozialen Bereichs – wie folgt zusammengefasst werden:

Die Entwicklung der engagierten, älteren Menschen ist zuletzt leicht rückläufig gewesen. Allerdings steigt die Engagementbereitschaft der älteren Menschen weiter an. Das Gleiche gilt für den Anteil der älteren Menschen, die Aufgaben im sozialen Bereich wahrnehmen. Der Sozialbereich ist in NRW der Bereich, in dem sich die älteren Menschen am stärksten engagieren. – Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt – sowohl absolut als auch relativ gesehen – von 2011 bis 2030 deutlich zu. Bei der Planung zielgruppenspezifischer Partizipationsangebote sind die einzelnen Bevölkerungsgruppen (z. B. ältere Ausländer / Migranten und ältere arme oder behinderte Menschen) besonders zu berücksichtigen.

3.2 Aktuelle Aktivitäten

Nach der Schilderung der Ausgangslage sollen nun die aktuellen Aktivitäten des Landes NRW zur Förderung und Unterstützung der nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen – vor allem im sozialen Bereich – dargestellt werden.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) unterstützt die Partizipation älterer Menschen in verschiedenen Bereichen. Inhaltlich können die Schwerpunkte der Unterstützung wie folgt zusammengefasst werden (MGEPA 2014):

- „Leben im Alter“ (Seniorenvertretungen und Seniorenarbeit, u. a.);
- „Leben im Quartier“ (Masterplan altengerechtes Quartier, u. a.);
- „Mitgestalten & Mitentscheiden“ (Kompetenzförderung, u. a.);
- „Gemeinwesenorientierte Arbeit“ (Information, Entwicklung, u. a.);
- „Lebenslanges Lernen“ (Weiterbildung, u. a.);
- „Ältere Migrantinnen & Migranten“ (Bildungsangebote, Quartiersentwicklung, u. a.);
- „Altersdiskriminierung“ (Altenberichterstattung, u. a.).

Im Einzelnen fördert das MGEPA u. a. folgende Organisationen und Institutionen, die speziell mit der Partizipation älterer Menschen befasst sind:

- Die **Landesseniorenvertretung NRW e. V.** (LSV) verfolgt allgemein das Ziel, „die aktive Teilhabe älterer Menschen an der Gesellschaft und deren Gestaltung“ zu unterstützen (LSV 2014). Im Vordergrund steht dabei die politische Partizipation älterer Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Konkret unterstützt die LSV z. B. den Aufbau lokaler Seniorenvertretungen, organisiert Fortbildungsveranstaltungen für Seniorenvertretungen, fördert das intergenerationelle Zusammenleben und unterstützt Initiativen älterer Menschen durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ (LSV 2014). – Die LSV ist Ansprechpartner des Landtags, der Landesregierung sowie der kommunalen Spitzenverbände, wenn es um die Gesetzgebung des generationenübergreifenden Zusammenlebens und der Pflege älterer Menschen in NRW geht. Mit ihren knapp 170 örtlichen Seniorenvertretungen kann sie als "Sprachrohr" der älteren Menschen in NRW bezeichnet werden. Analog zur Landesebene greifen die kommunalen Seniorenvertretungen über die politische Teilhabe in den kommunalen Gremien Themen auf und unterbreiten entsprechende Vorschläge. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Sportvereinen bilden sie ein örtliches Netzwerk der Hilfe zur Selbsthilfe. In Verbindung mit den Jugendparlamenten entsteht außerdem eine generationenübergreifende Zusammenarbeit.
- Die **Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW** (LaS) setzt sich für eine „Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen durch Begegnungsangebote und Beratung, Qualifizierung, Aktivierung und Partizipation sowie [...] die Stärkung und Unterstützung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements Älterer“ ein (LaS 2014). Im Einzelnen geht es dabei u. a. darum, die Rahmenbedingungen der Arbeit von Seniorenbüros zu verbessern, den Aufbau und die Entwicklung von Seniorenbüros zu unterstützen und die örtliche sowie überörtliche Netzwerkarbeit zu fördern (LaS 2014).
- Die **ZWAR Zentralstelle NRW** (ZWAR) ist auf die Befähigung von Kommunen ausgerichtet, die „Teilhabe älterer Menschen am Leben in Gemeinschaft, Mitgestaltung und bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu ermöglichen“ (ZWAR 2014). ZWAR steht dabei als Abkürzung

für „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ (ZWAR 2014). Die Leistungen von ZWAR beziehen sich auf die Bereiche „Beratung“, „Begleitung“ und „Qualifizierung“ von Kommunen – insbesondere in Bezug auf die Gestaltung, den Aufbau und die Qualitätssicherung sozialer Netzwerke vor Ort (ZWAR 2014).

- Das **Forum Seniorenarbeit NRW** „informiert über die Projekte, Aktivitäten und Erfahrungen aus der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit in NRW, es vernetzt die Akteure, ermöglicht ihnen Erfahrungsaustausch und unterstützt sie beim Transfer in die Praxis“ (Forum Seniorenarbeit 2014). Im Einzelnen bestehen die Aufgaben des Forums Seniorenarbeit darin, über aktuelle Entwicklungen im Bereich der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit in NRW zu informieren, den Transfer von Wissen und Erfahrungen zu fördern und Organisationen bei der Vernetzungen zu unterstützen (Forum Seniorenarbeit 2014).
- Das **Landesbüro für altengerechte Quartiere.NRW** hat die Aufgabe, den Masterplan altengerechte Quartiere.NRW im Land sowie auch darüber hinaus bekannt zu machen. Eine weitere Aufgabe des Landesbüros besteht darin, „den Masterplan nach und nach durch praktische Projekte mit Leben zu füllen und an seiner Fortentwicklung mitzuwirken“ (LaQ 2014).
- Die **Landesstelle Pflegende Angehörige Nordrhein-Westfalen** erbringt Leistungen für pflegende Angehörige sowie haupt- und ehrenamtliche Multiplikatoren. Zu den Leistungen der Landesstelle zählen u. a. Information, Weitervermittlung, Unterstützung und praktische Hilfeangebote (z. B. Broschüren, Anleitungen und Checklisten) (LPfA 2014).
- Die **Landesinitiative Demenzservice Nordrhein-Westfalen** verfolgt das Ziel, die häusliche Situation von Menschen mit Demenz zu verbessern und ihre Angehörigen zu unterstützen, so dass den Menschen mit Demenz ein Leben in ihrem vertrauten Wohnumfeld ermöglicht wird. Konkret werden Informations- und Qualifizierungsangebote sowie Angebote zur kleinräumigen Strukturentwicklung und Netzwerkarbeit erbracht (Demenz-Service NRW 2014).
- Das Beratungszentrum für Lesben und Schwule „**RUBICON**“ bietet u. a. Beratungs-, Hilfe- und Informationsleistungen sowie Interessen- und Selbsthilfegruppen an. Zudem wird durch das Beratungszentrum ehrenamtliches Engagement gebündelt. Weitere Aufgaben bestehen in der regionalen und überregionalen Koordinierung und Vernetzung (beispielsweise in der Seniorenarbeit) (RUBICON 2014).

Das MGEPA unterstützt darüber hinaus u. a. folgende Organisationen und Institutionen, die sich allgemein mit der Förderung des freiwilligen Engagements beschäftigen:

- Die **Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen** in Nordrhein-Westfalen (lagfa) fördert die lokalen Freiwilligenagenturen auf Landesebene durch Beratung, Begleitung, Austausch und Fortbildung (lagfa 2014). Derzeit sind 73 von 130 Freiwilligenagenturen Mitglied der lagfa (lagfa 2014).
- **KOSKON NRW** bedeutet „Koordination für Selbsthilfe in Nordrhein-Westfalen“ (KOSKON 2014). Die Einrichtung bietet „Information, Beratung und Service für Selbsthilfe und Selbsthilfe-Unterstützung“; zudem werden auch Fachtagungen und Fortbildungen angeboten (KOSKON 2014).

Das bürgerschaftliche Engagement in NRW wird außerdem durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) sowie das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV) gefördert. Das MFKJKS stellt in diesem Bereich das Informationsportal „Engagiert in NRW“ zur Verfügung (MFKJKS 2014). Das MKULNV hat zu einem Programm „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“ aufgerufen (MKULNV 2014).

Das MGEPA befasst sich außerdem mit der Bewältigung des demographischen Wandels. Neben der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe im Alter geht es dabei um Themen, wie „Gesundheit und Pflege“, „Wirtschaft und Arbeitswelt“ sowie „Stadt- und Quartiersentwicklung“ (MGEPA 2014).

Das Land hat darüber hinaus das Qualifizierungsprogramm für seniorTrainerinnen und seniorTrainer in NRW „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“ unterstützt. Nachdem die Förderung des Landes ausgelaufen war, wurde das EFI-Programm regional in unterschiedlicher Form weitergeführt.

Zudem ist zu erwähnen, dass an verschiedenen Orten in NRW Seniorenetzwerke gebildet worden sind. So bestehen z. B. in der Stadt Köln selbstorganisierte Seniorenetzwerke, die durch eine zentrale Servicestelle unterstützt werden (SeniorenNetzwerke Köln 2014).

Schließlich ist auf die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Förderung der sozialen Partizipation von älteren Menschen hinzuweisen, z. B. die „Qualitätsinitiative gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit“ (Freie Wohlfahrtspflege NRW 2014).

Zusammenfassend können die aktuellen Aktivitäten des Landes NRW zur Förderung bzw. Unterstützung der nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen – insbesondere im sozialen Bereich – wie folgt beschrieben werden:

Die seniorenpolitischen Aktivitäten des Landes NRW erstrecken sich über eine Vielzahl an Themen, wie z. B. Seniorenvertretungen, gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit, Freiwilligenarbeit, altengerechte Stadt- und Quartiersentwicklung, Integration von älteren Migrantinnen und Migranten, Übergang Arbeit-Ruhestand, lebenslanges Lernen oder demographischer Wandel. Die Bearbeitung der Themen erfolgt zu einem großen Teil über die Förderung von Vereinen, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen zivilgesellschaftlichen Organisationen oder weiteren Einrichtungen auf kommunaler oder Landes-Ebene.

3.3 Weiterer Handlungsbedarf

Nach der Schilderung der Ausgangslage und der Beschreibung der aktuellen Aktivitäten des Landes NRW wird der Handlungsbedarf zur Verbesserung der sozialen Partizipation von älteren Menschen auf Basis des Freiwilligensurveys 2009, der Forderungen der Landesseniorenvertretung NRW sowie der Ergebnisse des zweiten Demografieipfels der Bundesregierung bzw. der Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ vom 14.05.2013 beschrieben. Darüber hinaus wird noch einmal ein Blick auf den Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahr 2002 geworfen, dessen Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen – zumindest zum Teil – nichts an Aktualität eingebüßt haben. Schließlich werden die Einzelaspekte zusammengefasst und in systematischer Form dargestellt.

Die Autoren des **Freiwilligensurveys 2009** weisen darauf hin, dass „[e]ine so gute öffentliche Versorgung und ein so frühes Rentenalter, wie es viele heutige Seniorinnen und Senioren genießen, [...] in absehbarer Zeit nicht mehr geben [werde]“ (BMFSFJ 2009: 161). Ferner schreiben die Autoren: „Man kann davon ausgehen, dass die im Vergleich zu früher und zu später besonders günstige aktuelle Lage vieler Seniorinnen und Senioren im Kombination mit ihrem sich modernisierenden Lebensstil ein wichtiger Hintergrund des Aufschwungs der öffentlichen Beteiligung und des freiwilligen Engagements bei den älteren Menschen war. Stimmt diese Diagnose, dann ist in Zukunft [...] nicht mehr mit einem solchen Umfang zivilgesellschaftlicher Dynamik bei den älteren Menschen zu rechnen. Zu vermuten ist, dass sich die Verhältnisse etwa in der Mitte zwischen der früheren und der sehr dynamischen Situation der letzten Jahre einpegeln“ (BMFSFJ 2009: 161). Eine besondere Herausforderung bestünde demnach darin, das erreichte Niveau der Partizipation älterer Menschen – auch im sozialen Bereich –, wenn möglich, aufrecht zu erhalten und zu verstetigen.

Gegenstand der Freiwilligensurveys ist regelmäßig auch der Verbesserungsbedarf bei den Rahmenbedingungen aus Sicht der Bevölkerung. Unterstützung für die Freiwilligenarbeit kann dabei durch die Arbeitgeber, durch die Organisationen und Institutionen des dritten Sektors oder durch den Staat und die Öffentlichkeit geleistet werden. Die Unterstützungsmöglichkeiten des Staates erstrecken sich auf unterschiedliche Bereiche: „Zum einen bestimmt der Staat die Bedingungen für die Arbeit der Organisationen und Institutionen des dritten Sektors, zum anderen kann er selbst eine Infrastruktur für die Engagementförderung vorhalten oder zumindest unterstützen, wie Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement. [...] Der Staat kann jedoch auch direkt Rahmenbedingungen für Engagierte verbessern und ihnen z. B. steuerliche Vorteile gewähren“ (BMFSFJ 2009: 290).

Nach dem Freiwilligensurvey 2009 besteht der Verbesserungsbedarf bei der Förderung des sozialen Engagements vor allem in folgenden Bereichen (TOP-3-Bereiche; Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; BMFSFJ 2009: 293):

- „mehr Aufklärung über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements“ (65 %);
- „steuerliche Absetzbarkeit der Kosten des Ehrenamts“ (55 %);
- „steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigungen“ (54 %).

Für die älteren Menschen über 65 Jahre richten sich die Verbesserungswünsche an den Staat und die Öffentlichkeit insbesondere auf diese Bereiche (TOP-3-Bereiche; Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; BMFSFJ 2009: 298):

- „mehr Aufklärung über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements“ (57 %);
- „mehr Anerkennung in Presse und Medien“ (49 %);
- „bessere Absicherung durch Haft- und Unfallversicherung“ (43 %).

Der Informationsbedarf der älteren Menschen über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements ist in den letzten Jahren stetig angestiegen: von 43 % (1999) über 54 % (2004) bis auf 57 % (2009).

In NRW beziehen sich die Verbesserungsvorschläge der Freiwilligen an den Staat bzw. die Öffentlichkeit – nach der Auswertung des Freiwilligensurveys durch **TNS Infratest** – im Wesentlichen auf die gleichen Bereiche wie deutschlandweit (TOP-3-Bereiche; Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; TNS Infratest 2011: 123):

- „Bessere Information und Beratung über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements“ (58 %);
- „Bessere Anerkennung durch Berichte in Presse und Medien“ (49 %);
- „Bessere steuerliche Absetzbarkeit der Unkosten“ (45 %).

Der Handlungsbedarf im Informationsbereich ist aus Sicht der Freiwilligen in NRW zunächst von 58 % (1999) auf 55 % (2004) gesunken und zuletzt wieder auf 58 % (2009) gestiegen.

Aus Sicht von TNS Infratest sind die wichtigsten Handlungsfelder der Engagementförderung in NRW (TNS Infratest 2011: 26-28):

- „Zivilgesellschaft im Ballungsraum“;
- „Förderung des Engagements junger Menschen“;
- „Förderung des Engagements von Frauen“;
- „Thematische Erweiterung des weiblichen Engagements“;
- „Kultur der Mitbestimmung stärken“;
- „Die materielle Fragen“;
- „Mehr Information und öffentliche Würdigung“.

An dieser Stelle soll insbesondere auf das zuerst genannte Handlungsfeld eingegangen werden: In NRW „leben 75% der Bevölkerung in *hoch verdichteten Ballungsräumen*, was bundesweit nur zu 40% der Fall ist“ (TNS Infratest 2011: 54). In den nordrhein-westfälischen Stadtkernen lag die Engagementquote 2009 allerdings nur bei 33 %; dies sind zwar 3 % mehr als in anderen städtischen Kernen in Deutschland, aber immerhin 5 % weniger als im ländlichen Raum in NRW (TNS Infratest 2011: 55). „Das bundesweit niedrige Niveau des freiwilligen Engagements in den Großstädten erklärt sich auch aus dem erhöhten Auftreten sozialer Probleme. Anonymität und relative Gleichgültigkeit des Klimas der Großstädte bietet unterschiedlichen Kulturen [...] sowie sozial Schwachen einen Rückzugsraum, den die soziale Kontrolle der ländlichen Siedlungsweise einschränkt. Zum anderen steht sozial Schwachen und Benachteiligten in den Großstädten eine ausgebaute öffentliche Versorgungs- und Betreuungsstruktur zur Verfügung“ (TNS Infratest 2011: 55). Eine weitere Herausforderung für NRW bestünde somit darin, das Engagement in den Stadtkernen der Ballungsräume, vor allem bei sozial Schwachen und Benachteiligten, in besonderer Weise zu unterstützen.

Zusätzlicher Handlungsbedarf ist bei der Engagementförderung von Migranten gegeben, die im Vergleich zu Nicht-Migranten eine deutlich niedrigere Beteiligungsquote aufweisen: So lag 2004 die

Quote der freiwillig engagierten Migranten bei 20 % und die der freiwillig engagierten Nicht-Migranten bei 37 % (Gensicke 2005).

Die **Landesseniorenvertretung NRW** hat wiederholt den Mangel an politischer Partizipation auf lokaler Ebene bemängelt (LAS 2013). Aus Sicht der Landesseniorenvertretung kann soziale Partizipation erst dann funktionieren, wenn die Zusammenhänge, die sich aus den politischen Entscheidungen im Zusammenleben der Generationen ergeben, transparenter werden. Dies wird als Grundlage für „wahre“ Teilhabe angesehen, die dazu führt, dass gemeinsam Lösungsschritte erarbeitet und Interessierte für neue ehrenamtliche Projekte gewonnen werden können.

Die **Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“**, deren Ergebnisse in der Broschüre „Jedes Alter zählt“ des zweiten Demografiepfils der Bundesregierung zusammengefasst sind, hat ein strategisches Konzept erarbeitet, „das beide Dimensionen, das aktive Altern wie den Bedarf an Unterstützung und Pflege, verbindet“ (BMFSFJ 2013: 23). Konkret werden drei Handlungsfelder definiert (BMFSFJ 2013: 23-27):

- „Rahmenkonzept ‚Sorgende Gemeinschaften‘“;
- „Wohnen und Mobilität im Alter“;
- „Prävention, Gesundheitsförderung und Pflege“.

Im ersten Handlungsfeld werden – neben den sog. „Kernmaßnahmen der Bundesregierung“ (Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“, Förderschwerpunkt „Kommunale Beratungsstellen, Besser Leben im Alter durch Technik“ und Wissenschaftsjahr 2013 „Die demografische Chance“) folgende, weitere Maßnahmen und Empfehlungen genannt (BMFSFJ 2013: 24):

- „Altersbilder verändern“;
- „Engagement fördern“;
- „Übergänge gestalten“;
- „Gemeinwesenarbeit fördern“;
- „Haushaltsnahe Dienstleistungen und unentgeltliche Hilfen stärken“;
- „Kommunale Demografiekonzepte entwickeln und austauschen“.

Für die Umsetzung des Rahmenkonzepts ‚Sorgende Gemeinschaften‘ wird schließlich ein möglichst partizipatives Vorgehen für erforderlich gehalten: „Politik für eine älter werdende Gesellschaft muss mit den Bürgerinnen und Bürgern, ob alt oder jung, und mit ihren Interessenvertretungen gemeinsam gestaltet werden – im Demografiedialog. Beteiligungsmöglichkeiten sollten insbesondere auch für ältere Migrantinnen und Migranten geschaffen werden“ (BMFSFJ 2013: 23-24).

Die **Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“** geht in ihrem Bericht aus dem Jahr 2002 davon aus, „dass die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere von der Frage abhängt, inwiefern Bewältigungsstrategien und Modernisierungskonzepte von [professionellen] Institutionen, Organisationen, Diensten und Einrichtungen des Sozialsektors bürgerschaftliches Engagement als einen zentralen Faktor einschließen und dadurch neue gesellschaftliche Bedürfnisse nach Engagement entstehen lassen“ (Bundestag 2002: 92). Für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren definiert die Enquete-Kommission u. a. folgende Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen (Bundestag 2002: 103):

- „Die lokale Vernetzung [von Seniorenbüros] mit Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen und Seniorenvertretungen ist wünschenswert, um eine Vernetzung und Kooperation zwischen verschiedenen Zielgruppen zu ermöglichen“;
- „Eine flächendeckende Einführung von Seniorenvertretungen [...] ist zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen wünschenswert“;
- „Von Bedeutung sind [...] alle Initiativen, die versuchen, Engagement und Hilfe zwischen den Generationen zu pflegen und zu erneuern, und dabei auf das berufliche oder familiäre Erfahrungswissen älterer Menschen zurückgreifen“.

Zu den Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen für die Engagementförderung auf Landesebene insgesamt geht die Enquete-Kommission auf folgende Aspekte ein (Bundestag 2002: 175-179):

- „Förderung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement durch die Länder“;
- „Landesgesetze auf Engagementfreundlichkeit überprüfen“;
- „Öffnung von Institutionen für Beiträge verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen und Akteure“;
- „Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe“;
- „Koordination, Kooperation und Vernetzung“;
- „Finanzwirtschaftliches Controlling“.

Mit den Aspekten „Förderung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement durch die Länder“, „Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe“ und „Koordination, Kooperation und Vernetzung“ wird insgesamt auf die Herausforderung eingegangen, die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements auf Länderebene (auch) als eine ressortübergreifende Aufgabe zu verstehen und entsprechend zu gestalten.

Zusammenfassend kann der Handlungsbedarf zur Stärkung der sozialen Partizipation von älteren Menschen in NRW somit in acht Punkten beschrieben werden:

1. Das erreichte Niveau der Partizipation älterer Menschen in NRW sollte möglichst erhalten und verstetigt werden. Von besonderer Bedeutung ist es dabei, die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen, d. h. die Bereitschaft Engagierter und Nicht-Engagierter zu fördern. Im Kern geht es darum, die vorhandene Partizipationskultur unter den älteren Menschen in NRW zu stärken und weiter zu entwickeln.
2. Für die nachhaltige Partizipation älterer Menschen im sozialen Bereich sollten möglichst alle Altersstufen und alle gesellschaftlichen Gruppen (z. B. ältere Frauen und ältere Männer, ältere Ausländer / Migranten, ältere arme oder behinderte Menschen) gewonnen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Anforderungen der unterschiedlichen Altersstufen bzw. gesellschaftlichen Gruppen verschieden sein können und daher vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen sind. Bei den einzelnen Angeboten bzw. Prozessen und Strukturen der Beteiligung ist zu beachten, dass im Alter verschiedene Hemmnisse für das Engagement verstärkt und gehäuft auftreten können (z. B. familiäre Aufgaben, Zeitmangel, Krankheit, Behinderung oder Pflegebedarf) und daher adäquate infrastrukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten, um möglichst vielen älteren Menschen eine möglichst umfangreiche Teilhabe zu ermöglichen (z. B. Förderung der Verkehrsinfrastruktur

zur Mobilitätsverbesserung älterer Menschen). Ein besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auch auf die Potenziale virtueller Partizipation älterer Menschen zu richten.

3. Eine besondere Herausforderung stellt die Partizipation älterer Menschen in den Stadtkernen der Ballungsräume dar; die Beteiligung älterer Menschen im ländlichen Raum darf dabei nicht vernachlässigt werden.
4. Ein Schwerpunkt der Engagementförderung sollte auf die Transparenz bzw. die Information und Beratung über die Möglichkeiten des Engagements älterer Menschen gelegt werden. Eine besondere Aufgabe besteht dabei in der möglichst zielgruppenspezifischen Aufbereitung von Informations- und Beratungsangeboten. Kommunen, aber auch Unternehmen spielen im Bereich der Engagementförderung eine besondere Rolle, da sie lokal angepasste und tragfähige Angebote bereitstellen und kommunizieren können. Eine besondere Phase der Engagementförderung sowie entsprechender Informations- und Beratungsangebote stellt die Phase des Übergangs von der Arbeit in den Ruhestand dar, da sich ältere Menschen nach dem Berufsleben häufig neue Betätigungsfelder und gesellschaftliche Aufgaben suchen.
5. Die Förderung des Engagements älterer Menschen im sozialen Bereich sollte möglichst mit den Zielgruppen, d. h. den älteren Menschen sowie ihren Interessensvertretungen, entwickelt und umgesetzt werden.
6. Die Förderung des Engagements älterer Menschen im sozialen Bereich sollte auf Landesebene ressortübergreifend, länderübergreifend, zwischen dem Land und den Kommunen, zwischen dem Land und dem Bund sowie zwischen dem Land und den Organisationen des dritten Sektors koordiniert geplant und umgesetzt werden.
7. Die Strategieentwicklung auf Landesebene zur sozialen Partizipation älterer Menschen sollte verstärkt werden. Darüber hinaus sollten auch kommunale Strategien zur sozialen Beteiligung älterer Menschen gefördert werden.
8. Für die soziale Partizipation älterer Menschen sollte ein übergreifendes Leitbild im Sinne eines selbstbestimmten Lebens im Alter sowie einer sich sorgenden Gemeinschaft, die intra- und intergenerationell sowie interkulturell ausgerichtet ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, entwickelt werden. Im Rahmen dieses Leitbilds sollten außerdem die Schnittstellen zur kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Beteiligung älterer Menschen sowie die Potenziale der wechselseitigen Unterstützung der einzelnen Partizipationsbereiche beschrieben werden.

4 Welche guten Beispiele gibt es?

4.1 Überblick

Für die Bewältigung der Herausforderungen, die in Kapitel 3.3 beschrieben worden sind, sollen Lösungsansätze auf Basis von guten Beispielen im In- und Ausland entwickelt werden. In diesem Kapitel werden daher zunächst in- und ausländische Beispiele vorgestellt, die zur Entwicklung von Lösungsansätzen in Frage kommen. Die Beispiele wurden danach ausgewählt, ob sie einen Beitrag zur Bewältigung der in Kapitel 3.3 beschriebenen Herausforderungen auf regionaler bzw. Landesebene leisten können. Darüber hinaus wurde bewertet, ob sie – ganz oder teilweise – als innovativ für das Land NRW bezeichnet werden können, und ob sie bestimmte Qualitätsmerkmale aufweisen: klar formulierte Ziele, definierte Adressaten, Umsetzungskonzepte und Umsetzungserfolge oder zumindest die notwendigen Kapazitäten zur erfolgreichen Umsetzung (siehe Kapitel 1.1).

Die folgende Abbildung enthält einen Überblick über die recherchierten Beispiele, die anschließend steckbriefartig beschrieben werden:

Kapitel	Land / Region	Beispiel
4.2	Oberösterreich	– Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF)
4.3	Berlin	– Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)
4.4	Bayern	– Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“
4.5	Sachsen	– Gutachten zur Etablierung von Senioren-genossenschaften
4.6	Deutschland	– Wohnen für Hilfe
4.7	Frankreich	– ensemble2générations

Abb. 4: Übersicht der recherchierten Beispiele

4.2 Oberösterreich: Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF)

Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF)	
Oberösterreich	
Ziel	<p>Im Jahresbericht 2012 werden die Leitlinien des ULF wie folgt beschrieben (ULF 2013: 3): „Wir arbeiten daran,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Solidarität und gegenseitige Unterstützung in unserer Gesellschaft zu fördern, – den Zusammenhalt zwischen Generationen, Kulturen und sozialen Schichten zu stärken, – das Potential älterer Menschen in der Nachberufsphase besser zu nutzen, – verstärkt auch junge Menschen für freiwilliges Engagement zu begeistern, – dass Freiwilligentätigkeiten auch als Erwerb wertvoller sozialer und fachlicher Kompetenzen wahrgenommen werden, – die Teambildung zwischen hauptamtlichen und freiwilligen MitarbeiterInnen zu stärken, – die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement auf breiter Ebene zu verbessern.
Adressaten	<p>Die Tätigkeitsfelder und die Modellprojekte des ULF sind u. a. nach folgenden Zielgruppen gegliedert (ULF 2014):</p> <ul style="list-style-type: none"> – „MigranInnen/AsylbewerberInnen“; – „sozial benachteiligte Menschen“; – „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“; – „Kinder und Jugendliche“; – „SeniorInnen“. <p>Darüber hinaus richten sich die Angebote des ULF sowohl an hauptamtliche, als auch an freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.</p>
Umsetzung	<p>Seine Aufgaben beschreibt das ULF wie folgt (ULF 2014):</p> <ul style="list-style-type: none"> – „Beratung, Vermittlung und Begleitung[:] Wir sind Anlaufstelle für Freiwillige, regionale Modellprojekte und Einrichtungen im Sozialbereich. – Vernetzung und Know-how-Transfer[:] Wir verstehen uns als überregionale Plattform, sammeln Best-Practice-Beispiele und fördern den Erfahrungsaustausch zwischen bestehenden und neuen Strukturen. – Aus- und Weiterbildung[:] Wir bieten kostenlose Workshops für Freiwillige an sowie Lehrgänge für FreiwilligenkoordinatorInnen – diese bekommen das Know-how, professionelles Freiwilligenmanagement in ihrer Einrichtung zu verankern. – Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit[:] Mit Veranstaltungen und konsequenter Öffentlichkeitsarbeit sensibilisieren wir die Menschen für die Bedeutung von Freiwilligenarbeit.“

<p>Umsetzung (Forts.)</p>	<p>Das ULF übernimmt also die Aufgaben einer Freiwilligenagentur auf Landesebene; zudem ist das ULF für strategische Leitstellentätigkeiten, wie beispielsweise Modellprojekte, Vernetzung oder Öffentlichkeitsarbeit, zuständig. Die Arbeit des ULF ist auf das Freiwilligenengagement im Sozialbereich ausgerichtet.</p> <p>Insgesamt zeigt das ULF beispielhaft, wie die Unterstützung und Förderung der Freiwilligenarbeit auf regionaler Ebene – sowohl auf strategischer, als auch auf operativer Ebene – organisiert werden kann.</p>
<p>Kapazität</p>	<p>Das ULF ist auf Initiative des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie des Sozialressorts des Landes Oberösterreich in der Stadt Linz eingerichtet worden. Die Einrichtung erfolgte in der Zeit von 2008 bis 2010 im Rahmen des Modellprojekts „GEMA – Gemeinsam aktiv“ (BgEE 2011: 8; BMASK 2014). Das ULF wird vom Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (VSG) getragen und kooperiert – nach wie vor – mit dem BMASK, dem Sozialressort des Landes Oberösterreich sowie auch anderen Organisationen (ULF 2014).</p>
<p>Quelle</p>	<p>http://www.ulf-ooe.at/ (ULF 2014)</p> <p>http://www.ulf-ooe.at/spool/upload/Web_JB%202012_1.pdf (ULF 2013)</p>

Abb. 5: Oberösterreich: Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF)

4.3 Berlin: Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)

Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)	
Berlin	
Ziel	<p>Die Zielstellung der Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe von 2011 bis 2014 wird in den Empfehlungen wie folgt dargestellt (komzen 2013: 2):</p> <p>„Die Handlungsempfehlungen zielen darauf ab, den Prozess der Interkulturellen Öffnung der Altenhilfe in den Handlungsfeldern, die der Runde Tisch als solche mit maßgeblichem Handlungsbedarf erkannt hat, gezielt zu befördern und Berlinweit voranzubringen. Es geht um den Abbau struktureller Barrieren, die Bereitstellung von kultursensibler Information und Beratung und die Entwicklung von integrativen Netzwerken in leistbarem zeitlichen und personellen Umfang, der sich zunächst auf das Zeitfenster 2011 bis 2014 erstreckt.</p> <p>Die Handlungsempfehlungen konkretisieren damit den mit dem Gesetz für Partizipation und Integration des Landes Berlin (PartIntG) vom 15.12.2010 gestellten Auftrag an die Verwaltung, auf die gleichberechtigte Teilhabe und Interkulturelle Öffnung unter Beachtung zielgruppenspezifischer Bedarfe in allen Einrichtungen des Landes Berlin hinzuwirken. Sie unterstützen den gesellschaftlichen Auftrag, die Berliner Angebotslandschaft offen, mehrsprachig und kultursensibel zu gestalten und zu vernetzen, d.h. die Bedürfnisse älterer Zuwanderer verstärkt zu berücksichtigen und ihre Teilhabemöglichkeiten zu verbessern.“</p>
Adressaten	<ul style="list-style-type: none"> – Interessenten für das Themenfeld „Alter und Migration“ – Politik und Verwaltung – Medien
Umsetzung	<p>Selbstverständnis und Aufgaben werden durch das komzen wie folgt beschrieben (komzen 2014): „Das Kompetenz Zentrum</p> <ul style="list-style-type: none"> – ist Lotse für alle, die sich für das Thema Alter und Migration interessieren[;] – ist Beratungsstelle, die die Fachwelt für die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten sensibilisiert[;] – informiert professionell vor Ort mit Projektpräsentation und Erfahrungsaustausch[;] – ist Treffpunkt für Interessierte[;] – ist der Fachpartner für Medien und Öffentlichkeit sowie Ratgeber für Politik und Verwaltung im Umgang mit multilateralen Kulturen.“ <p>Die Leistungen des komzen beziehen sich auf Informations- und Beratungsangebote, Vermittlung von Fach-Know-how und Netzwerkarbeit.</p>

<p>Umsetzung (Forts.)</p>	<p>Der Runde Tisch, der vom komzen organisiert wird, hat „Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ (siehe oben: Ziel), „Standards für kultursensible Beratungsarbeit“ und eine „Good-Practice-Liste“ erarbeitet (komzen 2014).</p> <p>Zusammenfassend ist das komzen ein Beispiel dafür, wie spezifische Zielgruppen des freiwilligen Engagements älterer Menschen (hier: ältere Migranten) modellhaft und landesweit durch ein Kompetenzzentrum – sowohl auf strategischer, als auch auf operativer Ebene – unterstützt und gefördert werden können.</p>
<p>Kapazität</p>	<p>Das komzen kann als das „Referenzmodell des Landes Berlin zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ bezeichnet werden (komzen 2014). Es wird durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gefördert und durch die Caritas und die AWO unterstützt (SGS 2014).</p>
<p>Quelle</p>	<p>http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/index.php/ueber-uns (komzen 2014)</p> <p>http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/pdf/Handlungsempfehlungen_Stand_Dezember_2013.pdf (komzen 2013)</p> <p>https://www.berlin.de/sen/soziales/senioren/aeltere-migranten/index.html (SGS 2014)</p>

Abb. 6: Berlin: Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen)

4.4 Bayern: Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“

Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“	
Bayern	
Ziel	Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hat einen Wegweiser herausgegeben, um Informationen und gute Beispiele zur Gründung und Gestaltung von Senioren-genossenschaften zur Verfügung zu stellen.
Adressaten	Interessierte Personen und Institutionen
Umsetzung	<p>Der Wegweiser des StMAS enthält u. a. Informationen zum Konzept der Senioren-genossenschaften, zu den Leistungen, die in einer Senioren-genossenschaft erbracht werden, zu den geeigneten Rechtsformen (Genossenschaft, Verein, GmbH, etc.), zur Finanzierung, zur Organisation, zur Öffentlichkeitsarbeit, zur Kontrolle bzw. zum Qualitätsmanagement sowie zu Kooperationsmöglichkeiten.</p> <p>Das StMAS weist in seinem Wegweiser darauf hin, dass die Senioren-genossenschaft den älteren Menschen die Sicherheit bietet, „ein selbständiges Leben zu führen, auch wenn sie auf Hilfen angewiesen sind“ (StMAS 2013: 15).</p> <p>In dem Wegweiser wird auch auf die Frage eingegangen, wer für die Gründung einer Senioren-genossenschaft in Frage kommt: „Dies können zum Beispiel Betroffene sein, die in ihrem Wohnort oder Stadtteil auf Dauer verschiedene Leistungen in Anspruch nehmen möchten oder Kinder und Enkel, die einen bestimmten Bedarf haben“ (StMAS 2013: 17). Des Weiteren werden beispielsweise bestehende Vereine oder Verbände mit Bezug zur Zielgruppe der älteren Menschen, Nachbarschaftshilfen, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften oder bestimmte Wohnprojekte genannt (StMAS 2013: 17).</p> <p>Die Kommunikationsmaßnahmen, die vom StMAS im Rahmen des Programms zur Unterstützung von Senioren-genossenschaften eingesetzt werden, beziehen sich auf ein Webangebot (u. a. mit allgemeinen Informationen, dem Wegweiser sowie Muster-Dokumenten) sowie Veranstaltungen. So fand z. B. am 15. November 2013 in Nürnberg der Kongress "Genossenschaften für ältere Menschen" statt; dieser Kongress wurde im Übrigen als Teil einer gemeinsamen Kongressreihe mit dem Freistaat Sachsen durchgeführt (StMAS 2014).</p> <p>Das StMAS fördert mit seinen Materialien den möglichst eigenverantwortlichen Aufbau von Senioren-genossenschaften. Finanzielle Förderung wird explizit nur gewährt, „[u]m die Aufbauphase neuer Senioren-genossenschaften zu erleichtern“ (StMAS 2014). So können „[e]inzelne Projekte – unabhängig von der Rechtsform – [...] nach Vorliegen einer Projektskizze inkl. Kosten- und Finanzierungsplan mit bis zu 30.000 € gefördert werden“ (StMAS 2014).</p>

Kapazität	Der Wegweiser bietet grundlegende Informationen über das Modell der Seniorengenossenschaften und dessen Entwicklungsmöglichkeiten im Freistaat Bayern. Es liefert Basiswissen, um interessierte Personen und Institutionen zur Gründung von Seniorengenossenschaften zu befähigen und zu motivieren.
Quelle	http://www.stmas.bayern.de/senioren/aktive/genossenschaften.php (StMAS 2014) http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf (StMAS 2013)

Abb. 7: Bayern: Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Seniorengenossenschaften“

4.5 Sachsen: Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften

Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften	
Sachsen	
Ziel	Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) hat ein Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften herausgegeben, um aufzuzeigen, „wie in Sachsen dem erhöhten Unterstützungs- und Pflegebedarf bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl an professionellen Pflegekräften begegnet werden kann“ (SMS 2013: 11).
Adressaten	Interessierte Personen und Institutionen
Umsetzung	<p>In dem Gutachten wird das Konzept der Seniorengenossenschaften, die Funktionsweise des Zeitaustauschsystems – mit der Option einer „monetären Hinterlegung“ – sowie der Umfang der auszutauschenden Hilfeleistungen (wie z. B. „Begleitung zu Behörden, Gesellung oder einfache hauswirtschaftliche bzw. handwerkliche Dienste, die von professionellen Altenpflegediensten aufgrund von Zeit- und Budgetrestriktionen so nicht oder nur sehr eingeschränkt geleistet werden können) beschrieben (SMS 2013: 14-15). Zudem wird darauf eingegangen, dass die Mitglieder einer Seniorengenossenschaft pflegerische Leistungen mit übernehmen könnten, „falls der Leistungserbringer dazu qualifiziert ist (Laienpflege)“ (SMS 2013: 15).</p> <p>Das SMS-Gutachten empfiehlt eine „Stakeholderanalyse“, um Seniorengenossenschaften zu etablieren und potenzielle Initiatoren zu identifizieren (SMS 2013: 74). Ein Fokus sollte auf Initiativen gelegt werden, die bereits auf Seniorenarbeit ausgerichtet sind; „[d]azu sind hauptsächlich lokale Promotoren und Multiplikatoren [...] anzusprechen, die im bürgerschaftlichen Umfeld verankert sind und deren soziales Netzwerk das Potenzial für die Initiierung einer Seniorengenossenschaft haben“ (SMS 2013: 74).</p> <p>Das Gutachten des SMS betont ferner die Notwendigkeit einer „Werbe- und Kommunikationsstrategie“, die auf „Initiatoren“, „Teilnehmer“ und „Professionelle Pflege“ bezogen sein sollte (SMS 2013: 75-80). In dem Gutachten werden auch mögliche Kommunikationsmaßnahmen beschrieben (SMS 2013: 77-79).</p> <p>In dem SMS-Gutachten wird schließlich ein Förderkonzept vorgestellt, das auf die Bereiche „Gründung“, „Infrastruktur“, „Beratung“ und „Weiterbildung“ sowie unterschiedliche Förderarten und -fristen Bezug nimmt (SMS 2013: 89). Darüber hinaus werden die Konzepte aus dem baden-württembergischen Modellvorhaben sowie dem Modellvorhaben des Kreises Offenbach als Beispiele beschrieben (SMS 2013: 88).</p>

Kapazität	Das Gutachten bietet eine fundierte Analyse des Modells der Seniorengenossenschaften und der Übertragungsmöglichkeiten auf den Freistaat Sachsen. Es liefert Informationen und gute Beispiele, um interessierte Personen und Institutionen zur Gründung von Seniorengenossenschaften zu befähigen und zu motivieren.
Quelle	http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/A4_Sachsen_fuereinander_Gutachten.pdf (SMS 2013)

Abb. 8: Sachsen: Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen

4.6 Deutschland: Wohnen für Hilfe

Wohnen für Hilfe	
Deutschland	
Ziel	Unterstützung von Seniorinnen und Senioren, Bereitstellung von günstigem Wohnraum für junge Menschen sowie Förderung des intergenerationellen bzw. sozialen Zusammenhalts
Adressaten	Potenzielle „Vermieter“ (Senioren, die Wohnraum zur Verfügung stellen können, an Kontakten zur jüngeren Generation interessiert sind und Unterstützung suchen) sowie potenzielle „Mieter“ (Studierende und Auszubildende im Alter von über 18 Jahren, die eine kostengünstige Wohnform suchen und bereit sind, einen Teil ihrer Zeit in Hilfeleistungen für ältere Menschen zu investieren) (WfH 2014)
Umsetzung	<p>Für die Wohnen-für-Hilfe-Projekte in Deutschland wurde eine Website eingerichtet. Auf der Website wird das grundsätzliche Prinzip des Wohnens für Hilfe wie folgt erläutert: „Statt die harte Eurowährung für Wohnraum zu verlangen, erhalten ‚Vermieter‘ Hilfeleistungen im Alltag, die variabel von beiden Parteien vorher vereinbart werden. Diese unentgeltlichen Gegenleistungen fallen unterschiedlich aus. Möglich sind Haushaltshilfe, Gartenpflege, Einkaufen gemeinsame Spaziergänge der Unternehmungen. Die Initiative ‚Wohnen für/gegen/mit Hilfe‘ gibt es in mehreren Städten Deutschlands. Für die meisten Programme gelten [!] dieselbe Faustregel: Pro m² bezogenen Wohnraum hat der ‚Mieter‘ 1 Stunde Hilfe im Monat zu leisten. Die Anzahl und die Art und Weisen der Hilfeleistungen kann jedoch variieren und individuell verhandelt werden. Individuelle Vereinbarungen sind hierbei nicht ausgeschlossen. Ausgenommen sind jedoch Pflegeleistungen jeglicher Art. Die einzigen Unkosten[,] die dem ‚Mieter‘ entstehen sind[,] die Nebenkosten, wie Gas, Wasser und Strom. Die Zielgruppen in den einzelnen Städten, in denen ‚Wohnen für Hilfe‘ praktiziert wird, können unterschiedlich sein. Auch die Träger, die ‚Wohnen für Hilfe‘ finanzieren, sind verschieden.“ (WfH 2014)</p> <p>Die Studierenden oder Auszubildenden füllen einen Fragebogen mit detaillierten Angaben zur Person (u. a. Personalausweis, Studentenausweis und Lichtbild) aus und geben ihn im jeweiligen Projektbüro ab. Bei den Senioren findet ein Hausbesuch mit Besichtigung der Wohnräume statt; zudem füllen auch die Senioren einen Fragebogen mit detaillierten Angaben zur Person aus. Mit beiden Zielgruppen wird ein Informationsgespräch geführt, bevor die Vermittlung zwischen Mieter und Vermieter erfolgt. (WfH 2014)</p> <p>Auf der Website werden Wohnen-für-Hilfe-Projekte aus 25 Städten in Deutschland vorgestellt. Die Projekte sind „Einrichtungen öffentlicher, caritativer Organisationen oder Vereine.“ (WfH 2014)</p> <p>Schließlich wird auf zehn Länder verwiesen, in denen das Konzept „Wohnen für Hilfe“ ebenfalls praktiziert wird (Australien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Neuseeland, Österreich, Schweiz, Spanien und USA). (WfH 2014)</p>

Kapazität	Das Konzept ist praxiserprobt und -bewährt. Es wurde vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mit der „Hochschulperle des Monats Dezember 2013“ ausgezeichnet. (Stifterverband 2014)
Quelle	http://www.wohnenfuerhilfe.info/ (WfH 2014) http://stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/hochschulperle/2013/2013-12/index.html (Stifterverband 2014)

Abb. 9: Deutschland: Wohnen für Hilfe

4.7 Frankreich: ensemble2générations

ensemble2générations	
Frankreich	
Ziel	Die Mission von ensemble2générations (zwei Generationen gemeinsam) lautet: „favoriser le logement gratuit pour les étudiants et rompre la solitude des seniors en leur offrant de vivre ensemble autour de services mutuels“ (= kostengünstigen Wohnraum für Studierende fördern und Einsamkeit von Senioren verringern durch gemeinsames Wohnen in Verbindung mit gegenseitiger Hilfe).
Adressaten	Senioren / Seniorinnen (über 60 Jahre, mit einem freien Zimmer, Bedarf an Geselligkeit oder / und Unterstützung sowie Interesse an Kontakt zu jüngeren Menschen) und Studierenden (zwischen 18 und 30 Jahren, auf der Suche nach Wohnraum und mit Interesse an Kontakt zu älteren Menschen)
Umsetzung	<p>Die Website von „ensemble2générations“ aus Frankreich geht u. a. auf die Optionen ein, die im Rahmen einer intergenerationellen Wohngemeinschaft ausgewählt werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> – „Formule 1: Logement gratuit“ (= Modell 1: Kostenloses Wohnen); – „Formule 2: Logement économique“ (= Modell 2: Sparsames Wohnen); – „Formule 3: Logement solidaire“ (= Modell 3: Solidarisches Wohnen). <p>Nach dem ersten Modell kann der Studierende tagsüber frei über seine Zeit verfügen; abends verbringt er seine Zeit mit dem Senior / der Seniorin. Ein Abend pro Woche, zwei Wochenenden pro Monat und drei Wochen im Jahr sind ebenfalls frei. Als Gegenleistung kann der Studierende mietfrei bei dem Senior / der Seniorin wohnen. Die an ensemble2générations zu zahlende Jahresgebühr beträgt 390 Euro.</p> <p>Nach dem zweiten Modell verbringt der Studierende bestimmte Abende mit dem Senior / der Seniorin, kauft ein, organisiert kulturelle Aktivitäten, etc. Im Gegenzug erhält der Studierende dafür Wohnraum zu stark vergünstigten Mietzahlungen. Die an ensemble2générations zu zahlende Jahresgebühr beträgt ebenfalls 390 Euro.</p> <p>Nach dem dritten Modell kann der Studierende vollkommen frei über seine Zeit verfügen; es gibt keinerlei Einschränkungen oder Verpflichtungen gegenüber dem Senior / der Seniorin. Im Gegenzug erhält der Studierende dafür Wohnraum zu vergünstigten Mietzahlungen. Die an ensemble2générations zu zahlende Jahresgebühr beträgt 250 Euro.</p>

Kapazität	<p>ensemble2générations ist 2012 mit dem 1er Prix de l'Année Européenne de la Solidarité Intergénérationnelle ausgezeichnet worden.</p> <p>Seit der Gründung 2006 sind bereits über 1.100 Studierende an Seniorinnen und Senioren vermittelt worden.</p> <p>Derzeit wird eine Erweiterung des Angebotes auf Luxemburg, die Schweiz und Japan geplant.</p>
Quelle	<p>http://www.ensemble2generations.fr/ (ensemble2générations 2014)</p>

Abb. 10: Frankreich: ensemble2générations

5 Welche Lösungsansätze für NRW sind denkbar?

5.1 Überblick

In Kapitel 3.3 wurde das soziale Engagement älterer Menschen als wesentliche Herausforderung für eine nachhaltige Partizipation bezeichnet. Im Folgenden werden drei Lösungsansätze skizziert, die auf den in Kapitel 4 skizzierten, guten Beispielen aufsetzen:

Bereich	Lösungsansatz
Hilfe für Fremde	Aufbau und Betrieb einer Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen
Hilfe auf Gegenseitigkeit	Entwicklung eines Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit
Sonstiges soziales Engagement	Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften

Abb. 11: Überblick über die Lösungsansätze

Der inhaltliche Zusammenhang der Lösungsansätze sieht wie folgt aus: Im Schwerpunkt können die Lösungsansätze jeweils einer Engagementart zugeordnet werden. Die Lösungsansätze sind jedoch zum Teil auch auf andere Engagementarten ausgerichtet. So könnte und sollte die Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen ebenso bei der Entwicklung eines Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit sowie bei der Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften mitwirken. Außerdem spielt bei Modellen der Hilfe auf Gegenseitigkeit (wie z. B. dem Modell der Seniorengenossenschaft) häufig nicht nur die Hilfe auf Gegenseitigkeit, sondern auch die freiwillige Fremdhilfe und das sonstige soziale Engagement eine Rolle. Schließlich könnten intergenerationale Wohngemeinschaften auch Bestandteil eines Modells der Hilfe auf Gegenseitigkeit sein.

Die Beschreibung der Lösungsansätze gliedert sich jeweils nach folgendem Schema:

- Ziele;
- Eckpunkte;
- Wechselwirkungen.

Unter „Wechselwirkungen“ werden positive Auswirkungen auf die geplanten Handlungsfelder bzw. Querschnittsthemen der Nachhaltigkeitsstrategie NRW bzw. mögliche Synergieeffekte verstanden (MKULNV 2013). Folgende Handlungsfelder sollen in den Mittelpunkt des nordrhein-westfälischen Strategieprozesses gestellt werden: Klimaschutz, Energiewende, Nachhaltiges Wirtschaften, Schutz natürlicher Ressourcen (Biodiversität, Wald, Wasser, Flächen/Boden, nachhaltige Landwirtschaft, Luft, Umwelt und Gesundheit), Demografie, faire Arbeit, Integration und Interkulturalität, sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe, nachhaltige Finanzpolitik, nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, Nahmobilität, nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Eine-Welt-Politik. Darüber hinaus sollen bei allen Handlungsfeldern folgende Querschnittsthemen berücksichtigt werden: Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming), Barrierefreiheit und Inklusion, Nachhaltigkeit in den Kommunen („Lokale Agenda 21“), bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe, Bildung sowie Wissenschaft, Forschung und Innovation, internationale Dimension sowie Auswirkungen auf die ländlichen Räume.

5.2 Aufbau und Betrieb einer Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen

Es wird vorgeschlagen, auf Landesebene eine Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen aufzubauen und zu betreiben. Nach dem gegenwärtigen Ressortzuschnitt sollte die Koordinierungsstelle im MGEPA eingerichtet werden. Für die Koordinierungsstelle werden folgende Ziele und Eckpunkte empfohlen:

Ziele

Mit der Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen sollten im Wesentlichen drei Ziele verfolgt werden:

- Vernetzung der wesentlichen Akteure;
- Strategische Ausrichtung der Partizipation von älteren Menschen;
- Partizipative und transparente Entwicklung und Umsetzung der Beteiligungsstrategie.

Die **Vernetzung der wesentlichen Akteure** sollte in ressort-, ebenen- und sektorübergreifender Dimension stattfinden. Die ressortübergreifende Dimension bezieht sich auf die Ressorts, die ebenfalls mit Fragen des bürgerschaftlichen Engagements bzw. der Zielgruppe der älteren Menschen befasst sind. Die ebenenübergreifende Dimension umfasst die Abstimmung mit den Akteuren auf kommunaler und ggf. Bundesebene. Die sektorübergreifende Dimension ist auf die Organisationen und Institutionen des dritten Sektors und der Wirtschaft ausgerichtet.

Die **strategische Ausrichtung der Partizipation älterer Menschen** sollte auf die Verstärkung des freiwilligen Engagements von älteren Menschen und die Ausschöpfung der Engagementpotenziale bei älteren Menschen bezogen sein. Zu berücksichtigen ist dabei die Partizipation älterer Menschen aus allen Altersstufen, aus allen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. ältere Frauen und ältere Männer, ältere Ausländer / Migranten, ältere arme oder behinderte Menschen) sowie aus Ballungsräumen und ländlichen Gebieten. Die strategische Ausrichtung sollte am Leitbild eines selbstbestimmten Lebens im Alter im Rahmen einer sorgenden Gemeinschaft orientiert sein. Wichtig ist schließlich eine Operationalisierung der Strategie in Form von Zielen und Indikatoren, die ein regelmäßiges Controlling sowie ein Berichtswesen ermöglichen.

Die **partizipative und transparente Entwicklung und Umsetzung der Partizipationsstrategie** für ältere Menschen bezieht sich darauf, viele Akteure auf Landes- und kommunaler Ebene sowie in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft intensiv bei der Strategieentwicklung und -umsetzung – z. B. in Form von Modellprojekten, Fortbildungen oder Tagungen – zu beteiligen. Zudem geht es darum, die Entwicklung und Umsetzung der Beteiligungsstrategie möglichst transparent – z. B. in Form von Informationsangeboten zur Arbeit der Koordinierungsstelle sowie zur Planung, zum Stand der Zielerreichung und zur Fortschreibung der Partizipationsstrategie – zu gestalten.

Die Koordinierungsstelle bezweckt nicht die Übernahme operativer Lenkungs- und Servicefunktionen, die z. B. bei den Freiwilligenagenturen oder den Seniorenbüros bzw. den entsprechenden Landesarbeitsgemeinschaften angesiedelt sind. Die Koordinierungsstelle stellt ebenfalls kein Kompetenzzentrum dar, sondern übernimmt Steuerungs- und Supportfunktionen für die vorhandenen Kompetenzzentren im Bereich des freiwilligen Engagements bzw. der Seniorenarbeit, wie z. B. des Forums Seniorenarbeit, der ZWAR Zentralstelle oder von KOSKON.

- Für die Definition der Ziele wurde im Wesentlichen auf die Beispiele des Unabhängigen LandesFreiwilligenzentrums (ULF) in Oberösterreich und des Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen) in Berlin zurückgegriffen.

Eckpunkte

a. Organisation einer Steuerungsgruppe

Die wesentlichen Akteure der Partizipation bzw. des Engagements von älteren Menschen im Land NRW sollten in eine Steuerungsgruppe eingebunden werden.

Als **Mitglieder** der Steuerungsgruppe kommen das MGEPA, das MFKJKS und ggf. weitere Ministerien sowie die Landesseniorenvertretung, die Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, die ZWAR Zentralstelle, das Forum Seniorenarbeit, das Landesbüro für altengerechte Quartiere, die Landesstelle Pflegende Angehörige, die Landesinitiative Demenzservice, RUBIKON, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, KOSKON und ggf. weitere zivilgesellschaftliche Organisationen auf Landesebene in Frage. Die Steuerungsgruppe sollte durch die Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen im MGEPA vorbereitet, moderiert und nachbereitet werden.

Das **Ziel** der Steuerungsgruppe besteht in der gemeinsamen und strategischen Zukunftsplanung, der Koordinierung der Kompetenzen und Kapazitäten ihrer Mitglieder, der Einbindung neuer Partner und somit letztlich auch in der langfristigen Sicherung der vorhandenen Strukturen, Einrichtungen und Initiativen auf Landesebene.

Die **Aufgaben** der Steuerungsgruppe umfassen die Entwicklung von Leitlinien, Zielen und Indikatoren, die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, Information und Kommunikation sowie die Planung von Modellprojekten, Fortbildungen und Tagungen.

Unter Umständen kommen auch **andere Organisations- und Rechtsformen** zur Realisierung der Ziele bzw. zur Übernahme der Aufgaben der Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen in Frage (z. B. ein Stiftungs- oder Genossenschaftsmodell).

b. Entwicklung von Leitlinien, Zielen und Indikatoren

Im Rahmen der Steuerungsgruppe sollten Leitlinien, Ziele und Indikatoren der Partizipation von älteren Menschen erarbeitet werden.

Die **Leitlinien** können auf die Definition (siehe Kapitel 4.1 und 4.2), den Handlungsbedarf (siehe Kapitel 5.2) sowie die oben genannten Ziele Bezug nehmen. Ein Fokus sollte dabei auf die Partizipation älterer Menschen im sozialen Bereich, die inklusive Partizipation aller Altersstufen und gesellschaftlichen Gruppen sowie die Partizipation in den Ballungsräumen bzw. in den ländlichen Gebieten gelegt werden. Darüber hinaus sollte auf das Leitbild eines selbstbestimmten Lebens im Alter eingegangen werden.

Für die Erarbeitung der Leitlinien sollte auf die vorhandenen Erfahrungen und Erkenntnisse zurückgegriffen werden. Beispielhaft kann dies an der Partizipation älterer Ausländer bzw. Migranten

verdeutlicht werden. Zu diesem Thema liegen u. a. wissenschaftliche Untersuchungen (vgl. Olbermann 2003), Tagungsdokumentationen (vgl. Deutscher Städtetag 2008), Beispiel-Sammlungen (vgl. MGFFI 2010) und Einzelfall-Beispiele (vgl. Stadt Hamm 2010) vor.

Bei der Entwicklung der Leitlinien sind, sofern bzw. sobald vorhanden, Altenberichte und Konzepte, die Schnittstellen zur sozialen Partizipation älterer Menschen aufweisen, zu berücksichtigen. Für die Leitlinien zur sozialen Partizipation älterer Menschen ist beispielsweise der Masterplan altengerechte Quartiere.NRW relevant (MGEPA 2013). So stellt das „Handlungsfeld ‚Sich einbringen‘ – Partizipation ermöglichen“ eines von vier Handlungsfeldern des Masterplans altengerechte Quartiere.NRW dar (MGEPA 2013: 28).

Die **Ziele** der Partizipation von älteren Menschen sollten lang-, mittel- und kurzfristig ausgerichtet sein. Als Grundlage für die mittel- bis langfristigen Ziele bieten sich die **Indikatoren** des Freiwilligen-survey, der alle fünf Jahre durchgeführt wird, an. Denkbar ist z. B., dass Engagementquoten sowie Engagementpotenzialquoten (Bereitschaft Engagierter, ihr Engagement auszudehnen bzw. Bereitschaft Nicht-Engagierter, sich zu engagieren) nach Altersgruppen sowie spezifischen Zielgruppen (z. B. ältere Ausländer / Migranten) quantifiziert und terminiert werden. Darüber hinaus sollten landesspezifische Indikatoren definiert und als Grundlage für die Operationalisierung der Ziele verwendet werden.

- Der Vorschlag zur Entwicklung von Leitlinien orientiert sich zum einen an den Leitlinien des ULF, die gleichzeitig Leitlinien der Freiwilligenförderung in Oberösterreich darstellen, sowie an der Zielstellung der Handlungsempfehlungen für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe, die vom komzen und der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales federführend erarbeitet worden sind (siehe Kapitel 4.2 und 4.3). Die Leitlinien des ULF machen deutlich, welche Schwerpunkte mit einer landesweiten Unterstützung der Freiwilligenarbeit verfolgt werden können. Die Zielstellung der Handlungsempfehlungen des komzen weist auf die Handlungsfelder, die gesetzliche Grundlage sowie die möglichen Ziele und Wirkungen der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe hin.

c. Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, Information und Kommunikation

Die Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle sollte auf die **Arbeit der Steuerungsgruppe**, die **Leitlinien, Zielen und Indikatoren** sowie die **Modellprojekten, Fortbildungen und Tagungen** bezogen sein. Zum anderen geht es um die Erstellung und Publikation von **Berichten** zur Planung und zum Stand der Zielerreichung sowie auch zur Fortschreibung der Partizipationsstrategie für ältere Menschen. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist die Verbesserung der Transparenz im Bereich der Partizipation von älteren Menschen. Die einzelnen Informationen sollten über die Website des MGEPA sowie ggf. weiterer Mitglieder der Steuerungsgruppe zur Verfügung gestellt werden.

- Die Vorschläge zur Bereitstellung von Informationsangeboten orientieren sich zum Teil an den Websites des ULF bzw. des komzen (siehe Kapitel 4.2 und 4.3). Die Vorschläge zum Controlling und Berichtswesen basieren teilweise auf dem Jahresbericht des ULF, in dem auch quantitative Daten aufgenommen wurden (Engagementquoten nach Altersgruppen und Regionen; Vermittlung von Freiwilligen-Interessenten in einzelne Bereiche in Prozent; Teilnehmer an Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen; etc.) (ULF 2013: 5, 6, 13). Auch die Handlungsempfehlungen zur interkulturellen Öffnung der Altenhilfe enthalten Indikatoren mit konkreten

Zielwerten und -terminen; sie bieten insofern eine gute Grundlage für Plan-Ist-Vergleiche zum Ende des Handlungszeitraums (komzen 2013: 3-9).

d. Planung von Modellprojekten, Fortbildungen und Tagungen

Es sind bereits eine Reihe themenrelevanter **Modellprojekte** durchgeführt worden. Hierzu zählen z. B. „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) oder „Partizipation im Alter“ (PIA). Zur Unterstützung des freiwilligen Engagements älterer Menschen sind weitere Modellprojekte denkbar, die sich mit der Partizipation spezifischer Zielgruppen befassen (z. B. ältere Frauen und ältere Männer, ältere Ausländer / Migranten, ältere arme oder behinderte Menschen). In diesem Zusammenhang ist – gerade für die Partizipation von älteren Ausländern / Migranten – die Erprobung „runder Tische“ ein möglicher Projektansatz.

Für **Fortbildungen** und **Tagungen** im Bereich der Partizipation von älteren Menschen gibt es ebenfalls bereits eine Reihe von Beispielen. Exemplarisch sollen hier die Veranstaltungen des Forums Seniorenarbeit erwähnt werden. Denkbar wären auch weitere Fortbildungen oder Tagungen, die auf spezifische Zielgruppen ausgerichtet sind. Zudem könnten z. B. Veranstaltungen für Freiwilligenkoordinatoren konzipiert und gefördert werden.

Die Modellprojekte, Fortbildungen und Tagungen, die zur Umsetzung der Leitlinien und Ziele für die Partizipation von älteren Menschen angeboten werden, sollten in der Steuerungsgruppe diskutiert und geplant werden. Modellprojekte sind als „Ideenschmieden“ für die tägliche Arbeit anzusehen, zu planen und durchzuführen. Die Umsetzung der Projekte und Veranstaltungen sollte partizipativ und könnte jeweils durch einzelne oder mehrere Mitglieder der Steuerungsgruppe oder Einrichtungen außerhalb der Steuerungsgruppe erfolgen.

- Für den Vorschlag zur Konzeption und Förderung von Modellprojekten wurde auf die zielgruppenspezifische Strukturierung der Modellprojekte des ULF sowie den vom komzen organisierten Runden Tisch Bezug genommen (siehe Kapitel 4.2 und 4.3). Das Beispiel des ULF zeigt, wie die Tätigkeitsfelder und auch weitere Arbeitsbereiche des Freiwilligenzentrums (hier: Modellprojekte) zielgruppenspezifisch gegliedert werden können. Das Beispiel des komzen verdeutlicht, wie bestimmte Methoden (hier: Runder Tische) zur Partizipation bestimmter Zielgruppe (hier: ältere Ausländer / Migranten) entwickelt und erprobt werden können.

Wechselwirkungen

Eine Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen ist geeignet, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen und somit die gesellschaftliche Teilhabe bzw. den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern. Zu erwarten sind auch positive Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen bzw. eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung. Des Weiteren kann die Koordinierungsstelle einen Beitrag zur Bewältigung des demographischen Wandels sowie zur Integration und Inklusion leisten, sofern auch Menschen aus allen Altersstufen, aus allen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. ältere Frauen und ältere Männer, ältere Ausländer / Migranten, ältere arme oder behinderte Menschen) sowie aus Ballungsräumen und ländlichen Gebieten in der strategischen Planung berücksichtigt werden. Die Förderung der Partizipation von älteren Menschen durch eine Koordinierungsstelle ist also geeignet, eine Reihe positiver Synergieeffekte zu erzeugen.

5.3 Entwicklung eines Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit

Es wird vorgeschlagen, auf Landesebene ein Programm zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit zu entwickeln. Nach dem gegenwärtigen Ressortzuschnitt sollte das Programm im MGEPA sowie auch in Abstimmung mit weiteren Ressorts entwickelt werden. Für die Programmentwicklung werden folgende Ziele und Eckpunkte empfohlen:

Ziele

Eine konkrete Ausprägungsform der Hilfe auf Gegenseitigkeit stellt die Seniorengenossenschaft dar. Die erste Seniorengenossenschaft in Deutschland wurde 1991 in Riedlingen gegründet (Martin 2011: 4). Das baden-württembergische Sozialministerium hat die Bildung von Seniorengenossenschaften im Zeitraum von 1991 bis 1993 durch ein Modellprogramm unterstützt (Köstler 2010: 22). Es folgten weitere Förderprogramme auf kommunaler und Landesebene: So hat der Kreis Offenburg die Gründung von Seniorengenossenschaften im Zeitraum von 1994 bis 2004 gefördert (Köstler 2010: 22-23). Bundesweit wird 2010 von ca. 50 Initiativen ausgegangen, „die nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit arbeiten und unter dem Begriff Seniorengenossenschaft zusammengefasst werden können, auch wenn sich diese Initiativen Bürgerhilfe, Nachbarschaftshilfe oder Seniorenhilfe nennen“ (Köstler 2010: 23). Umfassende Übersichten über die Existenz von Seniorengenossenschaften in Deutschland oder NRW gibt es allerdings nach wie vor nicht.

„Der Grundgedanke der Seniorengenossenschaften ist, in aktiven Zeiten Leistungen zu erbringen, für die Zeitpunkte gutgeschrieben werden, und diese Zeitpunkte für den Bedarfsfall anzusparen, wenn bei Krankheit oder im Alter Hilfe nötig wird“ (Köstler 2010: 25). Die Idee der Seniorengenossenschaft beruht also auf einem System des Zeitaustauschs – mit der Option, im Falle des eigenen Bedarfs auf die Unterstützung anderer zurückgreifen zu können, ohne auf die Hilfe des Staates oder dritter Organisationen angewiesen zu sein. Darüber hinaus eröffnet die Seniorengenossenschaft ihren Mitgliedern aber auch die Chance, sich im weiteren Sinne sozial, d. h. mit anderen bürgerschaftlich oder gesellschaftlich zu engagieren. Schließlich stellt die Seniorengenossenschaft ein Modell dar, mit dem aufgrund des demographischen Wandels drohenden Pflegenotstand – generell und im Einzelfall – wirksam begegnet werden kann. Die Seniorengenossenschaft bietet älteren Menschen insofern eine Möglichkeit, auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung wird derzeit das Projekt „Seniorengenossenschaften“ unter Leitung von Prof. Dr. Doris Rosenkranz von der Technischen Hochschule Nürnberg gefördert. Ziel des Projekts ist es, „Kriterien für die erfolgreiche Gründung und den nachhaltigen Betrieb einer Seniorengenossenschaft zu analysieren. Dabei werden sowohl die Vielfalt an Organisationsmöglichkeiten als auch die Rahmenbedingungen [...] sowie hemmende und begünstigende Faktoren berücksichtigt, um praxisorientierte Handlungsempfehlungen [...] zu erhalten“ (TH Nürnberg 2013). Die Projektlaufzeit geht von Juli 2013 bis Juni 2016.

Das erste Ziel des Programms besteht darin, vorhandene Seniorengenossenschaften zu evaluieren bzw. bereits durchgeführte Evaluationen auszuwerten und auf dieser Basis ggf. weitere, innovative Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit zu entwickeln.

Das zweite Ziel des Programms besteht darin, die Ergebnisse der Primär- bzw. Sekundäranalysen zum Modell der Seniorengenossenschaften sowie ggf. der Konzeption weiterer, innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit gegenüber den relevanten Zielgruppen in NRW zu kommunizieren.

Das dritte Ziel des Programms ist, das Modell der Seniorengenossenschaften sowie ggf. weiterer, innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit nachhaltig in NRW zu etablieren. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ kann dabei in einem doppelten Sinne verstanden werden: Zum einen geht es darum, einzelne Modelle zu so entwickeln und weiterzuentwickeln, dass Sie möglichst dauerhaft betrieben werden können. Zum anderen sollten die Modelle möglichst flächendeckend in NRW angeboten werden, so dass interessierte ältere Menschen in allen Landesteilen auf die jeweiligen Modelle zurückgreifen können.

- Für die Definition der Ziele wurde auf den "Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von ‚Seniorengenossenschaften‘“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sowie das "Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen" des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zurückgegriffen (siehe Kapitel 4.6 und 4.7).

Eckpunkte

- a. Durchführung einer Ist-Analyse sowie ggf. weiterer Modellentwicklungen

Für die Evaluation der Seniorengenossenschaften sollte zunächst ein Überblick über die vorhandenen Organisationen dieser Art in NRW gewonnen werden. Hierfür ist ein Kriterienkatalog zu entwickeln, der eine Zuordnung der häufig gleichen, aber unterschiedlich bezeichneten Initiativen ermöglicht. Die ermittelten Seniorengenossenschaften sind zudem zu beschreiben, und es sind gute Beispiele zu identifizieren. Im Rahmen der Ist-Analyse sollten des Weiteren ausgewählte Seniorengenossenschaften evaluiert werden. Eventuell kann auch auf bereits durchgeführte Evaluationen zurückgegriffen werden. Gegenstand der Ist-Analyse sollte schließlich eine Analyse der potenziellen Personen, Gruppen oder Organisationen sein, die grundsätzlich für die Realisierung einer Seniorengenossenschaft bzw. andere innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit in Frage kommen. Theoretisch denkbar sind: Kirchengemeinden oder andere religiöse Gruppen, Vereine (z. B. Heimat-, Senioren- oder Selbsthilfevereine), Genossenschaften (z. B. Wohnungsgenossenschaften), etc.

Ausgehend vom Modell der Seniorengenossenschaften können ggf. andere innovative Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit entwickelt werden. Theoretisch denkbar sind beispielsweise folgende Entwicklungsmöglichkeiten:

- Erweiterung der Fokussierung auf andere Altersgruppen (Zielvorstellung: intergenerationelle Genossenschaften);
 - Erweiterung der Fokussierung auf andere Rechtsformen (z. B. Vereine oder Stiftungen);
 - Erweiterung der Fokussierung auf andere Organisationsformen (z. B. Tauschringe, Nachbarschaftsinitiativen oder intergenerationelle Wohngemeinschaften).
- Der Ansatz der Ist-Analyse basiert zum Teil auf der im Rahmen des SMS-Gutachtens durchgeführten sog. „Stakeholderanalyse“, um potenzielle Initiatoren für Seniorengenossenschaften ausfindig zu machen (siehe Kapitel 4.5). Auch das StMAS-Gutachten beschäftigt sich mit der

Frage, wer für die Gründung einer Seniorengenossenschaft in Frage kommt (siehe Kapitel 4.4).

b. Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie

Für die Kommunikationsstrategie gilt es zunächst, die relevanten Zielgruppen auszumachen. Neben potenziellen Initiatoren (siehe a.) sind hierbei auch potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der ggf. ergänzend im Rahmen der Seniorengenossenschaften oder anderer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit tätig werdenden, professionellen Pflegedienste und -kräfte zu berücksichtigen.

Neben der Identifikation von Zielgruppen sollten auch geeignete Inhalte und Formate für die Kommunikation definiert werden. Bei den potenziellen Initiatoren stehen i. d. R. Information, Beratung und Hilfe, bei den potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den professionellen Pflegediensten und -kräften grundsätzliche Fragen zum Konzept, aber auch die Bewältigung von Ängsten oder Unsicherheiten in Verbindung mit den neuen Modellen im Vordergrund. Als Formate kommen z. B. Internet-Angebote, Handbücher oder Informationsveranstaltungen in Betracht.

- Die Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie beruht auf der sog. „Werbe- und Kommunikationsstrategie“, die im Rahmen des SMS-Gutachtens erwähnt wird; das SMS-Gutachten geht intensiv auf mögliche Zielgruppen und Inhalte der Maßnahmen ein (siehe Kapitel 4.5). Die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie fußt zudem auf den Kommunikationsmaßnahmen, die vom StMAS zur Unterstützung von Seniorengenossenschaften eingesetzt werden: eine Website mit allgemeinen Informationen, dem Wegweiser sowie Muster-Dokumenten und verschiedene Veranstaltungen (siehe Kapitel 4.4).

c. Unterstützung der Eigenverantwortung

Ein weiterer Eckpunkt des Programms sollte darin bestehen, das Prinzip „Eigenverantwortung vor Fremdverantwortung“ möglichst von Beginn an umzusetzen. Potenzielle Initiatoren sollten in die Lage versetzt werden, neue Seniorengenossenschaften oder anderer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit möglichst selbstständig zu gründen. Nur subsidiär sollten externe Förderangebote bereitgestellt werden. Zur Unterstützung der Eigenverantwortung dienen – neben den o. g. Internet-Angeboten, Handbüchern und Informationsveranstaltungen – Sammlungen guter Beispiele oder die Bildung von Netzwerken.

- Im Gutachten des SMS wird das Prinzip der „Eigenverantwortung vor Fremdverantwortung“ ausführlich beschrieben: Der Staat handelt grundsätzlich subsidiär: im Fokus steht die Unterstützung von Initiativen; die Förderung ist im Idealfall zeitlich befristet (siehe Kapitel 4.5). Auch das StMAS fördert den möglichst eigenverantwortlichen Aufbau von Seniorengenossenschaften – mit Materialien und ggf. auch mit finanzieller Förderung, die auf die Gründungsphase von Seniorengenossenschaften begrenzt ist (siehe Kapitel 4.4).

d. Erarbeitung eines Förderkonzepts

Die subsidiär in Frage kommenden Förderangebote können beispielsweise auf die Entwicklungsphasen einer Seniorengenossenschaft oder anderer Modelle bezogen sein (Gründung, Aufbau, Betrieb, etc.). Denkbar ist auch eine Orientierung an funktionellen Aspekten (z. B. Organisations-,

Rechts- oder Finanzierungsberatung, Infrastruktur oder Fort- und Weiterbildung). Schließlich geht es aber auch um die etwaige finanzielle Förderung – insbesondere in Form einer „Gründungshilfe“.

- Die möglichen Konzeptinhalte entstammen dem SMS- bzw. dem StMAS-Förderkonzept (siehe Kapitel 4.4 und 4.5). Das SMS-Förderkonzept ist ganzheitlich auf die Bereiche „Gründung“, „Infrastruktur“, „Beratung“ und „Weiterbildung“ bezogen. Das StMAS fördert einzelne Projekte mit bis zu 30.000 €.

Wechselwirkungen

Mit Hilfe von Seniorengenossenschaften oder anderen Modellen kann ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, vor allem innerhalb der älteren Generation, geleistet werden: Die älteren Menschen organisieren sich und leisten Hilfe auf Gegenseitigkeit. Sie engagieren sich gleichzeitig im sozialen bzw. gesellschaftlichen oder bürgerschaftlichen Bereich. Hiermit kann die Nachhaltigkeit in den Kommunen sowie eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung gefördert werden. Positive Wirkungen auf Integration und Inklusion sind ebenfalls zu erwarten, sofern auch ältere Ausländer / Migranten oder ältere behinderte Menschen Mitglieder der Organisationen sind. Schließlich kann die Bildung und der Betrieb von Seniorengenossenschaften oder anderer Modelle auch zur Bewältigung des demographischen Wandels und – über eine etwaige Einsparung von Pflege- und Betreuungskosten – auch zur nachhaltigen Finanzpolitik geleistet werden.

5.4 Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften

Es wird vorgeschlagen, ein Konzept zur Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften zu erarbeiten und zu vermitteln. Nach dem aktuellen Ressortzuschnitt sollte das Programm im MGEPA sowie auch in Abstimmung mit weiteren Ressorts entwickelt werden. Für die Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften werden folgende Ziele und Eckpunkte empfohlen:

Ziele

In der folgenden Abbildung wird das Prinzip der intergenerationalen Wohngemeinschaft im Überblick dargestellt. Der „Vermieter“ stellt Wohnraum und Gesellschaft zur Verfügung. Der „Mieter“ zahlt keine oder eine reduzierte Miete und bringt ggf. Hilfe- und Gesellschaftsleistungen mit in die Wohngemeinschaft ein. Eine Vermittlungsorganisation erarbeitet lokal angepasste Lösungen, vermittelt interessierte Mieter an interessierte Vermieter und erhält dafür ggf. eine finanzielle Förderung (ergänzend bzw. alternativ zu Vermittlungsorganisationen gewinnen digitale Plattformen zunehmend an Bedeutung). Falls erforderlich werden auch Mietern oder Vermietern finanzielle Unterstützung gewährt. Staatliche Förderung sollte subsidiär gewährt werden, um die Bildung, Verstetigung und Verbreitung intergenerationaler Wohngemeinschaften – je nach Bedarf – zu unterstützen.

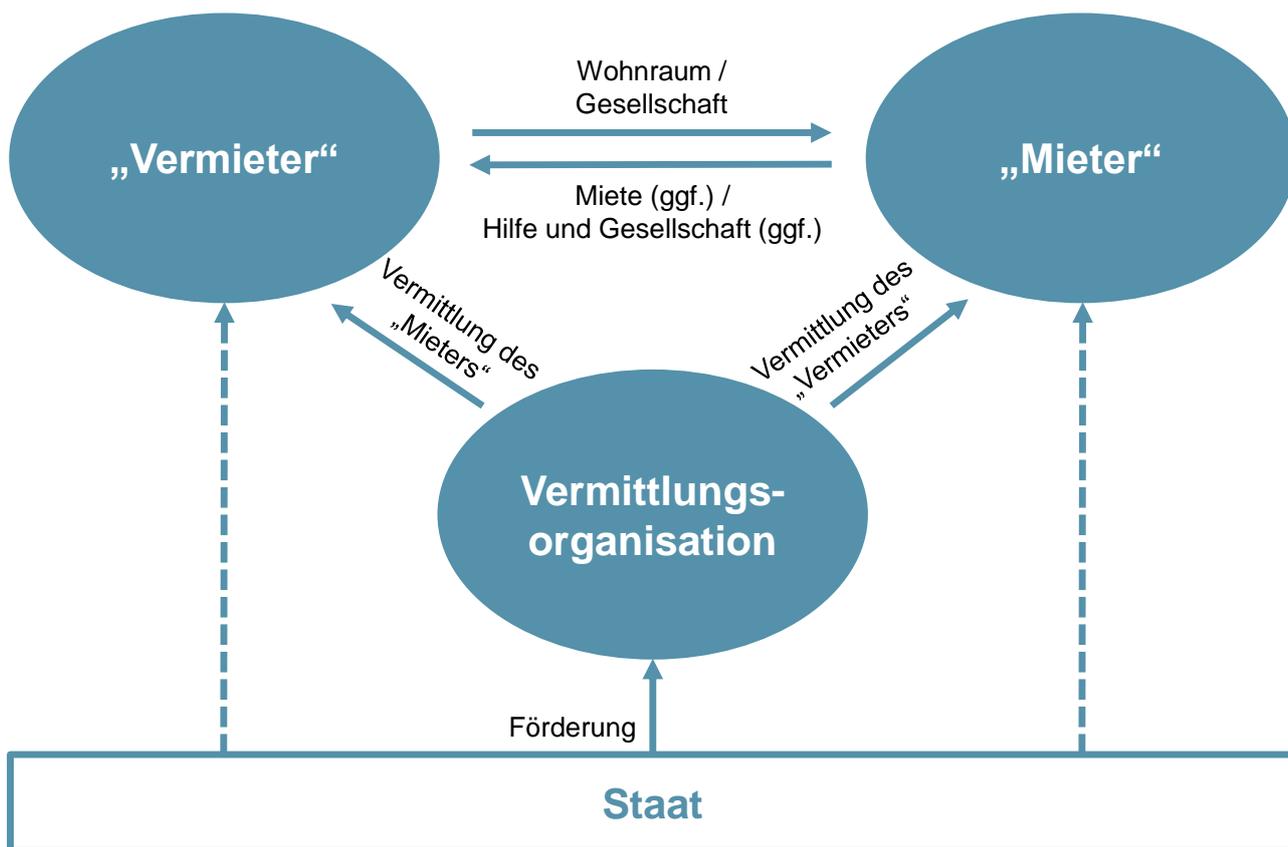


Abb. 12: Intergenerationelle Wohngemeinschaften – Überblick

Bei einer intergenerationalen Wohngemeinschaft handelt es sich um eine gemeinschaftliche Wohnform. „Gemeinschaftliche Wohnformen, die eine große Attraktivität für alleinstehende Menschen [...] besitzen, sind im Kommen. Hier zeichnen sich künftige Kooperationen mit professionellen Diensten in Nachbarschaft und Gemeinde, mit Mehrgenerationenhäusern, Schulen, Kirchen und anderen lokalen Akteuren ab“ (Amrhein 2009: 9).

Eine besondere Beziehung besteht zwischen intergenerationellen Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern. Intergenerationelle Wohngemeinschaften sind auf einzelne Wohnungen älterer Menschen konzentriert, die zum Teil an jüngere Menschen (unter-)vermietet werden. Mehrgenerationenhäuser sind demgegenüber Teil der örtlichen Infrastruktur und stellen Angebote für ältere und jüngere Menschen bereit (z. B. Kinderbetreuung, Einkaufsunterstützung oder Behördengänge). Intergenerationelle Wohngemeinschaften können daher als Ergänzung für das „öffentliche“ Angebot von Mehrgenerationenhäusern im „privaten“ Bereich verstanden werden.

Einen konkreten Ansatz für intergenerationelle Wohngemeinschaften stellen die „Wohnen für Hilfe“-Konzepte dar. In Deutschland gibt es „Wohnen für Hilfe“-Konzepte derzeit in 25 Städten, davon 7 Städte in NRW (Aachen, Düsseldorf, Köln, Münster, Paderborn, Siegen und Wuppertal). Im Grundsatz sind alle Konzepte gleich; es gibt jedoch Unterschiede dahingehend, wer als Wohnraumanbieter oder -suchender in Frage kommt, welche Leistungen von der jeweiligen Vermittlungsorganisation übernommen wird, welche Kosten für diese Leistungen anfallen, etc..

Der Wohnen-für-Hilfe-Ansatz ist ursprünglich in Großbritannien entwickelt worden und wird heute – weltweit – in mehreren weiteren Ländern praktiziert (z. B. in Australien, Frankreich, Italien, Kanada, Neuseeland, Österreich, Schweiz, Spanien und USA).

Ein Ziel, das mit intergenerationellen Wohngemeinschaften bzw. ihrer Förderung erreicht werden kann, ist die Stärkung des sozialen Engagements älterer und jüngerer Menschen. Ältere Menschen stellen jüngeren Menschen kostengünstig Wohnraum zur Verfügung und öffnen sich gleichzeitig für die Begegnung und den Austausch mit jüngeren Menschen. Diese wiederum bringen Hilfe- und Gesellschaftsleistungen in die Wohnpartnerschaft mit ein und engagieren sich insofern ebenfalls im sozialen Bereich. Durch das soziale Engagement kann soziale Isolation – sowohl der älteren, als auch der jüngeren Menschen – vermieden, der soziale Zusammenhalt gestärkt und das gegenseitige Lernen gefördert werden. Durch die Förderung des Austauschs zwischen den Generationen erfährt auch die nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung eine Ergänzung. Intergenerationelle Wohngemeinschaften leisten einen Beitrag dazu, dass die Selbstständigkeit älterer Menschen in den eigenen „vier Wänden“ – so lange als möglich – sichergestellt wird (ggf. in Kooperation mit professionellen Pflegediensten). Da die jüngeren Menschen die Rolle des „Mieters“ und später ggf. auch einmal die Rolle des „Vermieters“ übernehmen, sind intergenerationelle Wohngemeinschaften schließlich in besonderer Weise auf Nachhaltigkeit angelegt.

Ein weiteres Ziel intergenerationeller Wohngemeinschaften besteht in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die – gerade in den Stadtkernen der Ballungsgebiete (z. B. für Studierende der örtlichen Hochschulen) – eine zunehmende Herausforderung darstellt. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen der älteren, aber auch der jüngeren Menschen im Hinblick auf intergenerationeller Wohngemeinschaften nach dem Konzept des „Wohnens für Hilfe“ gerecht zu werden, ist auf möglichst flexible Angebote zu achten. Intergenerationelle Wohngemeinschaften stellen insofern ggf. eine Ergänzung kommunaler Wohnraumkonzepte dar.

Denkbar wäre beispielsweise folgende Abstufung, die auch unterschiedliche Optionen des Konzepts verdeutlicht:

- **Kostenloses Wohnen** (Der „Mieter“ erbringt – aufgrund fester Regeln oder Vereinbarungen – Hilfe- und Gesellschaftsleistungen im Gegenwert der Miete, d. h. das Wohnen selbst ist kostenlos);

- **Sparsames Wohnen** (Der „Mieter“ erbringt – aufgrund fester Regeln oder Vereinbarungen – Hilfe- oder auch nur Gesellschaftsleistungen, die nicht vollständig dem Gegenwert der Miete entsprechen);
- **Solidarisches Wohnen** (Der „Mieter“ erbringt keine festgelegten Leistungen; die Wohnkosten sind höher als bei Option 2, aber niedriger als dies im Rahmen eines gewöhnlichen Mietvertrags der Fall gewesen wäre).
- Für die Definition der Ziele wurde auf die Beispiele aus Deutschland und Frankreich zurückgegriffen: „Wohnen für Hilfe in Deutschland“ bzw. „ensemble2générations“ (siehe Kapitel 4.6 und 4.7).

Eckpunkte

a. Erarbeitung des Förderkonzepts

Zunächst ist zu überlegen, wie die Vermittlungsorganisationen im Rahmen des Konzepts der intergenerationellen Wohngemeinschaften gefördert werden können. Die Vermittlungsorganisationen erbringen idealer Weise – sowohl für den „Vermieter“, als auch für den „Mieter“ – Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen können z. B. bestehen in:

- Informations- und Beratungsleistungen;
- Unterstützung bei der Vermittlung des Wohnpartners;
- Unterstützung beim Abschluss des Wohnvertrags;
- Betreuung der Wohnpartnerschaft.

Sofern diese Leistungen bzw. die beim Vermittler anfallenden Kosten nicht durch Gebühren oder Provisionen gedeckt werden sollen, um die Bildung intergenerationeller Wohngemeinschaften zu erleichtern und die Wohnpartner zu entlasten, sind entsprechende Fördermaßnahmen zu planen. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob die Wohnpartner auch direkt gefördert werden könnten oder sollten (z. B. Förderung der „Vermieter“ für erforderliche Umbaumaßnahmen oder Förderung der „Mieter“ zur – ggf. anteiligen – Erstattung der Miete).

- Für diesen Eckpunkt wurde auf die Zielgruppenorientierung des Konzepts „Wohnen für Hilfe in Deutschland“ und des Konzepts „ensemble2générations“ Bezug genommen (siehe Kapitel 4.6 und 4.7).

b. Vermittlung des Förderkonzepts

Die Vermittlung des Förderkonzepts ist ebenfalls zielgruppenorientiert zu planen und umzusetzen. Zu den Zielgruppen gehören (potenzielle) Vermittlungsorganisationen, „Vermieter“ oder „Mieter“. Als Vermittlungsorganisationen kommen Hochschulen ebenso in Frage wie beispielsweise Seniorenvertretungen, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen. (Potenzielle) „Vermieter“ könnten über die vorhandenen Seniorenorganisationen angesprochen bzw. informiert werden; (potenzielle) „Mieter“ sind ggf. über Hochschulen, Arbeitgeber oder andere Organisationen zu erreichen.

- Auch bei diesem Eckpunkt wurde die Zielgruppenorientierung des Konzepts „Wohnen für Hilfe in Deutschland“ sowie des Konzepts „ensemble2générations“ zu Grunde gelegt (siehe Kapitel 4.6 und 4.7).

Wechselwirkungen

Durch intergenerationelle Wohngemeinschaften kann der soziale Zusammenhalt zwischen der älteren und der jüngeren Generation und ggf. auch die Integration gestärkt werden. Insofern sind auch positive Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit in den Kommunen sowie eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung zu erwarten. Durch die kostengünstige Bereitstellung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende – insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten – sinkt der Aufwand für (Nah-)Mobilität und wird Bildung mittelbar gefördert.

Anhang

Anlage 1: Ergebnisse der Fokusgruppensitzung

Im Rahmen des Projekts „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ der Bertelsmann Stiftung ist am 15. Mai 2014 eine Fokusgruppensitzung zum Thema „Nachhaltige Partizipation“ durchgeführt worden. An der Sitzung haben folgende Personen teilgenommen:

Prof. Dr. Bernd Adamaschek	Institut für Strategie- und Organisationsentwicklung, Herten
Christian Adams	Geschäftsführer, ZWAR Zentralstelle NRW, Dortmund
Dipl.-Heilpäd. Heike Bermond	Projektleitung, Wohnen für Hilfe, Köln
Prof. Dr. Harald Heinrichs	Professor für Nachhaltigkeit und Politik, Leuphana Universität Lüneburg
Daniel Hoffmann	Projektleiter Forum Seniorenarbeit, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln
Jürgen Jentsch	Stellv. Vorsitzender, Landesseniorenvertretung NRW, Gütersloh
André Kaufung	Mitarbeiter, Seniorennetz Gelsenkirchen
Bettina Kühn-Puche	Referentin, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, Düsseldorf
Jan Motte	Referat „Politische Planung, Reden“, Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW, Düsseldorf
Henrik Riedel	Project Manager, Programm Nachhaltig Wirtschaften, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Hans Jörg Rothen	Project Manager, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Astrid E. Schneider	Leiterin Regiestelle Leben im Alter; Seniorenbeauftragte, Stadt Siegen
Cordula Theis	Koordination Demografische Entwicklung, Stadt Langenfeld Rhld.
Wolfgang Wähnke	Project Manager, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dipl.-Heilpäd. Sandra Wiegeler	Projektleitung, Wohnen für Hilfe, Köln

Abb. 13: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppe

Ziel der Sitzung war es, die erste Fassung eines Impulspapiers zur Nachhaltigkeitsstrategie NRW vor- und zur Diskussion zu stellen. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion zu folgenden Kapiteln des Impulspapiers (1. Fassung) zusammengefasst:

- Kapitel 2: Was ist das Thema dieses Papiers?
- Kapitel 3: Wo steht NRW heute?
- Kapitel 5: Welche Lösungsansätze für NRW sind denkbar?

Was ist das Thema dieses Papiers? (Kapitel 2)

Die Diskussion zur Fokussierung des Themas auf „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter“ kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Es sollte deutlich gemacht werden, dass „Partizipation“ nicht das Gleiche bedeutet wie „Engagement“. Partizipation bedeutet, offen auf Menschen zuzugehen, herauszufinden und anzubieten, was Menschen benötigen, um an Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, etc. teilzuhaben und insofern zu erreichen, dass Menschen nicht ausgeschlossen werden. Engagement wiederum heißt, sich aktiv, freiwillig und ehrenamtlich (bürgerschaftlich) für verschiedene Anliegen in unterschiedlichen Formen einzusetzen. Partizipation und Engagement können daher als zwei Seiten ein und derselben Medaille bezeichnet werden; sie beschreiben jedoch nicht die gleichen Aspekte.
- Eine Fokussierung auf die Partizipation bzw. das Engagement von älteren Menschen erscheint möglich und aufgrund des demografischen Wandels bzw. der zunehmenden „Veralterung“ der Gesellschaft auch sinnvoll. Wichtig sei jedoch, bei der Fokussierung auf ältere Menschen die übrigen Altersgruppen nicht aus den Augen zu verlieren. Zum einen handelt es sich bei den jüngeren Menschen von heute um die älteren Menschen von morgen und zum anderen ist nachhaltige Partizipation generell inklusiv, d. h. sie ist auch auf unterschiedliche Altersgruppen bzw. Generationen („intergenerationell“) ausgerichtet.
- Die weitere Konzentration auf die Partizipation bzw. das Engagement von älteren Menschen im sozialen Bereich wird kritisch diskutiert. Zum Teil werden andere Partizipationsbereiche aus nachhaltiger Perspektive als wichtiger erachtet (z. B. die politische Partizipation); zum Teil wird die enge Verflechtung der einzelnen Partizipationsbereiche (sozial, politisch, kulturell und wirtschaftlich) betont. Insgesamt erscheint es jedoch möglich, sich auf die soziale Partizipation älterer Menschen zu fokussieren – sofern hervorgehoben wird, dass eine verstärkte soziale Partizipation auch positive Auswirkungen auf eine Partizipation im politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Bereich hat bzw. haben kann.
- Im Einzelnen werden folgende Aspekte für die Eingrenzung der Thematik als wichtig erachtet:
 - Durch das gemeinsame Engagement von älteren und jüngeren Menschen entsteht ein besonderer „Mehrwert“.
 - Die Anforderungen der (älteren) Menschen an das Engagement sind unterschiedlich und veränderlich im Zeitablauf; insofern sind vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen.
 - Einen aufstrebenden Bereich stellt beispielsweise die virtuelle Partizipation bzw. die Partizipation über das Internet dar.
 - Bund, Länder und Kommunen sollten Strukturen und Prozesse schaffen, die es unterschiedlichen Adressatengruppen (z. B. jüngeren und älteren Alten oder älteren Frauen und älteren Männern) ermöglichen, sich je nach Bedarf und Potenzial zu engagieren.
 - Bei der Schaffung von Partizipationsstrukturen und -prozessen bzw. einzelnen Angeboten ist zu berücksichtigen, dass im Alter verschiedene Hemmnisse für das Engagement verstärkt und gehäuft auftreten können (z. B. familiäre Aufgaben, Zeitmangel, Krankheit, Behinderung oder Pflegebedarf).
 - Insgesamt sind adäquate infrastrukturelle Rahmenbedingungen erforderlich, um möglichst vielen älteren Menschen möglichst umfangreiche Teilhabe zu ermöglichen (z. B. Förderung der Verkehrsinfrastruktur zur Verbesserung der Mobilität älterer Menschen).

- Eine besondere Phase der Engagementförderung stellt die Phase des Übergangs von der Arbeit in den Ruhestand dar, da sich ältere Menschen nach dem Berufsleben häufig neue Betätigungsfelder und gesellschaftliche Aufgaben suchen.
- Kommunen, aber auch Unternehmen spielen im Bereich der Engagementförderung eine besondere Bedeutung, da sie lokal angepasste und tragfähige Angebote und Lösungen bereitstellen können.
- Entscheidend ist, dass das Engagement letztlich immer auf Freiwilligkeit beruht und Partizipationsangebote ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Alter unterstützen sollten.

Wo steht NRW heute? (Kapitel 3)

Die Diskussion zur Ausgangslage, zu den aktuellen Aktivitäten und zum weiteren Handlungsbedarf des Landes NRW in Bezug auf eine nachhaltige Partizipation von älteren Menschen im sozialen Bereich kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Im Hinblick auf die aktuellen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen zur Förderung der Partizipation bzw. des Engagements von älteren Menschen, insbesondere im sozialen Bereich, sollten folgende Institutionen, Projekte und Maßnahmen zusätzlich genannt werden:
 - Landesbüro für altengerechte Quartiere.NRW (http://www.aq-nrw.de/landesbuero-altengerechte-quartierenrw/landesbuero.html?&nav_lb=lb);
 - Landesstelle Pflegende Angehörige Nordrhein-Westfalen (<http://www.lpfa-nrw.de/startseite.html>);
 - Landesinitiative Demenzservice Nordrhein-Westfalen (<http://www.demenz-service-nrw.de/>);
 - Beratungszentrum für Lesben und Schwule „RUBICON“ (<http://www.rubicon-koeln.de/HOME.155.0.html>);
 - Qualifizierungsprogramm für seniorTrainerinnen und seniorTrainer in Nordrhein-Westfalen „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“ (http://www.forum-seniorenarbeit.de/Netzwerk/EFI_NRW/);
 - Seniorennetzwerke an verschiedenen Orten in Nordrhein-Westfalen, z. B. in Köln (http://www.seniorennetzwerke-koeln.de/snw/snw_web.nsf/id/pa_startseite.html).
- Darüber hinaus ist auf die Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Förderung der sozialen Partizipation von älteren Menschen hinzuweisen, z. B. die „Qualitätsinitiative gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit“ (<http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/index.php/sID/1151d4c201918b63f5a7338574070480/lan/de>).
- Die Landesseniorenvertretung NRW ist Ansprechpartner des Landtags, der Landesregierung sowie der kommunalen Spitzenverbände, wenn es um die Gesetzgebung des generationenübergreifenden Zusammenlebens und der Pflege älterer Menschen in NRW geht. Mit ihren knapp 170 örtlichen Seniorenvertretungen kann sie als „Sprachrohr“ der älteren Menschen in NRW bezeichnet werden. Die Landesseniorenvertretung hat wiederholt den Mangel an politischer Partizipation auf lokaler Ebene bemängelt. Aus Sicht der Landesseniorenvertretung kann soziale Partizipation erst dann funktionieren, wenn die Zusammenhänge, die sich aus den politischen Entscheidungen im Zusammenleben der Generationen ergeben, transparenter werden. Dies wird als Grundlage für „wahre“ Teilhabe angesehen, die dazu führt, dass gemeinsam Lösungsschritte erarbeitet und Interessierte für neue ehrenamtliche Projekte

gewonnen werden können. Analog zur Landesebene greifen die kommunalen Seniorenvertretungen über die politische Teilhabe in den kommunalen Gremien Themen auf und unterbreiten entsprechende Vorschläge. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Sportvereinen bilden sie ein örtliches Netzwerk der Hilfe zur Selbsthilfe. In Verbindung mit den Jugendparlamenten entsteht außerdem eine generationenübergreifende Zusammenarbeit.

- Weiterer Handlungsbedarf zur Förderung der sozialen Partizipation von älteren Menschen ist u. a. in folgenden Bereichen zu sehen:
 - Förderung des Engagements von älteren Menschen nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum;
 - Verbesserung der Transparenz („Eindämmung der Informationsflut“), insbesondere auf kommunaler Ebene („vor Ort“);
 - Verbesserung der Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen;
 - Beseitigung des Strategiedefizits auf Landesebene und Stärkung der Strategien auf kommunaler Ebene;
 - Entwicklung einer Partizipationskultur (auf Basis geeigneter Strategien und Strukturen);
 - Förderung der Partizipation in weiteren Bereichen (insbesondere im politischen Bereich) – auf Basis der Partizipation im sozialen Bereich.

Welche Lösungsansätze für NRW sind denkbar? (Kapitel 5)

- a. Aufbau und Betrieb einer strategischen Leitstelle für freiwilliges Engagement älterer Menschen

Die Diskussion zu den Zielen, Eckpunkten und Wechselwirkungen dieses Lösungsansatzes kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Die grundsätzlichen Ziele einer strategischen Leitstelle für freiwilliges Engagement älterer Menschen werden positiv bewertet; allerdings werden folgende Anpassungen des Lösungsansatzes empfohlen:
 - Umbenennung in Leitstelle, Landesbüro oder Koordinierungsstelle für Partizipation älterer Menschen;
 - Primäre Aufgaben der Stelle: Entwicklung eines Leitbildes; Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz und Kommunikation; Koordinierung, Bündelung und Steuerung von Kompetenzen; Einbindung neuer Partner; Planung von Modellprojekten; Planung von Qualifizierungsmaßnahmen; Beratung von Kommunen zur strategischen Ausrichtung; etc.
- Die konkreten Leitlinien, Ziele und Indikatoren sollten auf Basis der Altenberichterstattung des Landes erarbeitet werden; an dieser Stelle ist zu betonen, dass auch die Kommunen eine Altenberichterstattung einführen sollten, um auf dieser Basis eigene Strategien zu Partizipation älterer Menschen entwickeln zu können.
- Modellprojekte sind als „Ideenschmiede“ für die tägliche Arbeit anzusehen, zu planen und durchzuführen.
- Gegebenenfalls kommen – zukünftig – andere Organisations- oder Rechtsformen für die neu einzurichtende Stelle in Betracht (z. B. Stiftungs- oder Genossenschaftsmodell).

- In jedem Fall wird die langfristige Sicherung der vorhandenen Strukturen, Einrichtungen und Initiativen auf Landesebene für notwendig und sinnvoll gehalten; die neu einzurichtende Stelle sollte dabei vor allem als „strategisches Steuerungsinstrument zur gemeinsamen Zukunftsplanung“ dienen.

b. Entwicklung eines Programms zur Unterstützung von Seniorengenossenschaften

Die Diskussion zu den Zielen, Eckpunkten und Wechselwirkungen dieses Lösungsansatzes kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Das Konzept der Seniorengenossenschaften ist als ein innovatives Partizipationsmodell anzusehen. An Stelle der – sofortigen – Entwicklung eines landesweiten Programms zur Unterstützung von Seniorengenossenschaften werden jedoch folgende Punkte empfohlen:
 - Evaluation vorhandener Seniorengenossenschaften oder vergleichbarer Organisationen (z. B. „Bocholter Bürgergenossenschaft eG“ (<http://bocholter-bg.de/>);
 - Erweiterung der Fokussierung auf andere Altersgruppen (Zielvorstellung: intergenerationale Genossenschaften);
 - Erweiterung der Fokussierung auf andere Rechtsformen (z. B. Vereine oder Stiftungen);
 - Erweiterung der Fokussierung auf andere Organisationsformen (z. B. Tauschringe, Nachbarschaftsinitiativen oder intergenerationelle Wohngemeinschaften).
- Insgesamt wird daher eine Modifikation des Lösungsansatzes empfohlen im Hinblick auf eine Prüfung des Modells der Seniorengenossenschaften bzw. vergleichbarer Organisationen sowie anderer Rechts- und Organisationsformen mit dem Ziel, die Hilfe auf Gegenseitigkeit im intergenerationellen Kontext systematisch zu unterstützen.

c. Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften

Die Diskussion zu den Zielen, Eckpunkten und Wechselwirkungen dieses Lösungsansatzes kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Zu den Zielen, die mit intergenerationellen Wohngemeinschaften verfolgt werden können, sind u. a. zu zählen:
 - Sicherstellung der Selbstständigkeit älterer Menschen in den eigenen „vier Wänden“ (so lange als möglich; ggf. in Kooperation mit professionellen Pflegediensten);
 - Unterstützung des Austauschs zwischen den Generationen und somit Förderung des gegenseitigen Lernens;
 - Ergänzung einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung durch die Förderung von Kontakten zwischen den Generationen;
 - Ergänzung der städtischen Wohnraumkonzepte (sofern vorhanden).
- Die Entwicklung städtischer Wohnraumkonzepte – als Rahmen auch für intergenerationelle Wohngemeinschaften – erscheint vielerorts dringend erforderlich.

- Für die Entstehung weiterer intergenerationaler Wohngemeinschaften (z. B. nach dem Modell „Wohnen für Hilfe“) ist eine unabhängige Kontaktstelle als erfolgskritisch anzusehen; die unabhängige Kontaktstelle ist vor allem in der Lage, lokale angepasste Angebote zu erarbeiten.
- Digitale Plattformen gewinnen zunehmend an Bedeutung bei der Bildung intergenerationaler Wohngemeinschaften.
- Intergenerationelle Wohngemeinschaften sind in besonderer Weise auf Nachhaltigkeit angelegt, da die jüngeren Menschen zunächst die Rolle des „Mieters“ und später möglicher Weise die Rolle des „Vermieters“ in einer intergenerationalen WG übernehmen können.

Anlage 2: Ergebnisse der repräsentativen Befragung

Allgemeine Einschätzung zur Nachhaltigkeit

Die Befragung setzte mit zwei allgemeinen Fragen zum Thema „Nachhaltigkeit“ im weiteren Sinne ein. Zunächst wurde nach der Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik gefragt, anschließend nach den größten Problemen, um die sich die Landespolitik kümmern sollte. Gegen Ende des Interviews wurde zudem nach der persönlichen Wichtigkeit des Themas „Nachhaltigkeit“ gefragt.

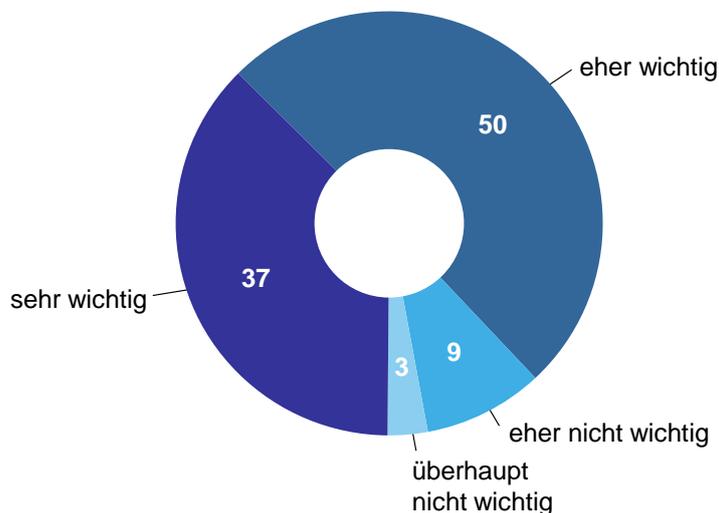
Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik in NRW

Bei der einleitenden Frage nach der Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik in Nordrhein-Westfalen war zu berücksichtigen, dass der Nachhaltigkeitsbegriff nicht als allgemein bekannt vorausgesetzt werden kann. Er musste in der Befragung also zunächst kurz und allgemein verständlich definiert werden. Für die Befragung wurde die Nachhaltigkeits-Definition verwendet, „dass nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils wieder nachwachsen oder künftig wieder bereitgestellt werden kann.“ Zu berücksichtigen war allerdings auch, dass mit dieser Definition ein positiver Stimulus gesetzt wird, jedoch für Beurteilung von Nachhaltigkeit auch mögliche negative Seiten berücksichtigt werden müssen.

Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik in NRW:

Für neun von zehn Befragten wichtig

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:

Immer wieder hört man von „Nachhaltigkeit“. Darunter versteht man den Grundsatz, dass nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils wieder nachwachsen oder künftig wieder bereitgestellt werden kann. Für wie wichtig halten Sie es, dass sich die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen bei ihren Entscheidungen nach diesem Grundsatz richtet – auch wenn dies in der Gegenwart Nachteile für die Bürger haben kann, zum Beispiel geringere Leistungen vom Staat, höhere Steuern oder höhere Preise für Produkte?

an 100% fehlende Prozentanteile:
„weiß nicht“

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

5

Abb. 14: Wichtigkeit einer nachhaltigen Landespolitik in NRW

Die Befragten konnten ihre jeweiligen Antworten mit den Antwortkategorien „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „eher nicht wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“ abstimmen.

Für fast neun von zehn Befragten ist eine nachhaltige Landespolitik in Nordrhein-Westfalen (sehr oder eher) wichtig. Lediglich gut einer von zehn Befragten hält eine solche Landespolitik für (eher oder überhaupt) nicht wichtig. Hervorzuheben ist, dass die Gruppe der jüngsten Befragten (18 bis 19 Jahre) mit 97 Prozent tendenziell häufiger als alle Befragten angegeben hat, dass ihr eine nachhaltige Landespolitik in Nordrhein-Westfalen wichtig bzw. sehr wichtig ist.

Größte Probleme, um die sich Landespolitik NRW kümmern sollte

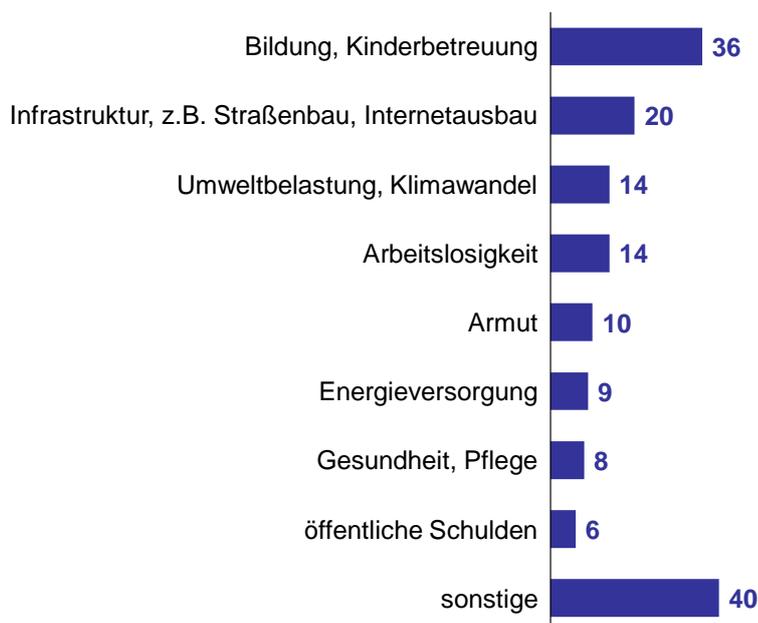
Anschließend wurde erhoben, welche aktuellen oder künftigen Probleme aus Sicht der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen am größten sind, derzeit von der Landespolitik aber noch nicht ausreichend beachtet werden. An dieser Stelle wurde im Pretest bewusst eine offene Frage gestellt, um aus diesen Antworten nach dem Pretest Antwortkategorien abzuleiten.

Dies war notwendig, um nach Abschluss der Befragung quantitative Auswertungen vornehmen zu können.

Größte Probleme, um die sich die Landespolitik NRW kümmern sollte: Bildung und Kinderbetreuung am häufigsten genannt

infas

Angaben in Prozent; n=1.000, Mehrfachnennung



Frage:

Was glauben Sie, sind die größten Probleme, um die sich die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen stärker als bisher kümmern sollte? Benennen Sie das bitte kurz in eigenen Worten.

Hinweis:

Die Antwortkategorien wurden nach dem Pretest festgelegt. Im Hauptfeld wurde die Frage wie im Pretest offen gestellt, und die Antworten wurden durch die Interviewer zugeordnet, wenn dies eindeutig und ad hoc möglich war.

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

6

Abb. 15: Größte Probleme, um die sich Landespolitik NRW kümmern sollte

Für diese Frage waren Mehrfachnennungen möglich, dadurch summieren sich die ausgewiesenen Kategorien auf über 100 Prozent.

In der Feldphase der Hauptstudie wurde die Frage weiterhin offen gestellt, die Nennungen wurden jedoch bereits während des Interviews den Antwortkategorien zugeordnet, sofern dies den Interviewern eindeutig und ad hoc möglich war. Nennungen, bei denen eine solche Zuordnung nicht möglich war, wurden dagegen im Wortlaut erfasst und für die quantitative Auswertung bis auf weiteres der

Kategorie „sonstige“ zugeordnet. An dieser Stelle seien beispielhaft einige dieser „sonstigen“ Probleme genannt:

- Asylpolitik, Migration, Integration,
- Soziale Gerechtigkeit,
- Kriminalität, innere Sicherheit,
- Wohnraumangebot,
- Konsumverhalten.

Erwartungsgemäß wurde von einem großen Teil der Befragten (40 Prozent) mindestens ein Problem benannt, das sich keiner der acht vordefinierten Kategorien eindeutig und ad hoc zuordnen ließ und somit als „sonstiges“ Problem eingeordnet wurde.

Bei den Problemen, die sich den acht genannten Kategorien zuordnen ließen, gab es große Unterschiede in den Häufigkeiten der Nennungen. Die Thematik der Bildung/Kinderbetreuung wurde von gut jedem Dritten als eines der größten Probleme genannt, die öffentliche Verschuldung nur von jedem Sechzehnten.

Im Einzelnen wurden die Problembereiche mit den folgenden Häufigkeiten genannt: Bildung, Kinderbetreuung (36 Prozent); Infrastruktur, z.B. Straßenbau, Internetausbau (20 Prozent); Umweltbelastung, Klimawandel (14 Prozent); Arbeitslosigkeit (14 Prozent); Armut (10 Prozent); Energieversorgung (9 Prozent); Gesundheit, Pflege (8 Prozent); öffentliche Schulden (6 Prozent).

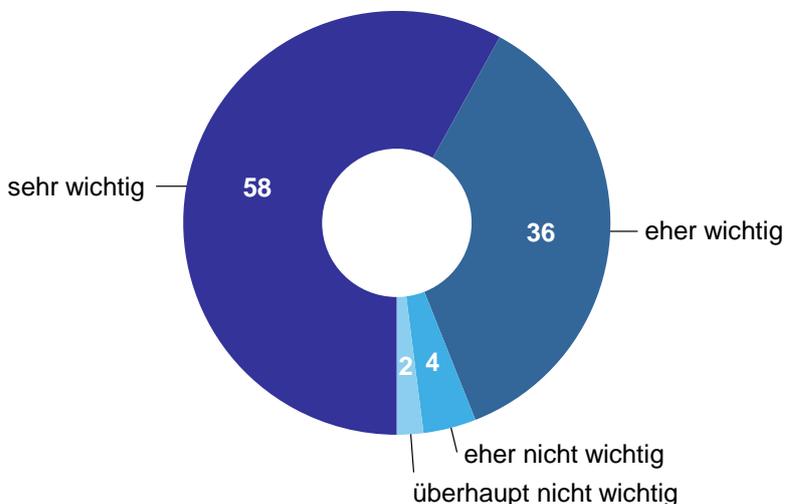
Die vorliegenden Auswertungen basieren auf der beschriebenen Zuordnung zu den acht genannten Kategorien. Eine Nachkodierung fand nicht statt. Problemfelder, die nicht bereits im Pretest angesprochen wurden und in diesen Kategorien ihren Niederschlag fanden, werden somit nicht explizit ausgewiesen, sondern sind unter „sonstige“ enthalten. Offene Nennungen, die den genannten Kategorien durch die Interviewer nicht eindeutig und ad hoc zugeordnet werden konnten, bei denen sich aber bei genauerer Betrachtung im Nachhinein zeigte, dass sie diesen Kategorien zugeordnet werden könnten, sind in den Auswertungen ebenfalls unter „sonstige“ enthalten. Damit verdeutlicht die Auswertung, welche der vorab definierten Kategorien von den Befragten wie oft zu den größten Problemen gerechnet wurden, um die sich die Landesregierung stärker als bisher kümmern sollte. Die ausgewiesenen Anteilswerte stellen insoweit eine konservative Schätzung dar, als sie nur diejenigen offenen Nennungen berücksichtigen, die diesen Kategorien ad hoc und eindeutig zugewiesen werden konnten.

Persönliche Wichtigkeit des Themas „Nachhaltigkeit“

Die dritte allgemeine Frage zum Thema „Nachhaltigkeit“ wurde am Ende des Interviews gestellt. Es ging dabei darum einzuschätzen, wie wichtig das Thema „Nachhaltigkeit“ für die Befragten persönlich ist.

Persönliche Wichtigkeit des Themas „Nachhaltigkeit“: Für neun von zehn Befragten wichtig

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:

Alles in allem, was würden Sie sagen? Wie wichtig ist das Thema „Nachhaltigkeit“ für Sie persönlich?

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Abb. 16: Persönliche Wichtigkeit des Themas „Nachhaltigkeit“

Die Befragten konnten ihre jeweiligen Antworten mit den Antwortkategorien „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „eher nicht wichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“ abstufen. 94 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen das Thema „Nachhaltigkeit“ (sehr oder eher) wichtig sei. Lediglich sechs Prozent gaben an, dieses Thema sei für sie (eher oder überhaupt) nicht wichtig.

Engagement älterer Menschen im sozialen Bereich

Der zweite Block der Befragung behandelte das Thema „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen“. Darin wurde danach gefragt, wie wichtig es ist, dass sich auch ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen sozial engagieren können; wie wichtig es ist, dass für ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen entsprechende Informationen auch in anderen Sprachen angeboten werden; wer für ein solches mehrsprachiges Informationsangebot sorgen sollte und als wie geeignet verschiedene Maßnahmen angesehen werden, um das soziale Engagement älterer Menschen zu unterstützen.

Soziales Engagement Älterer mit geringen Deutschkenntnissen

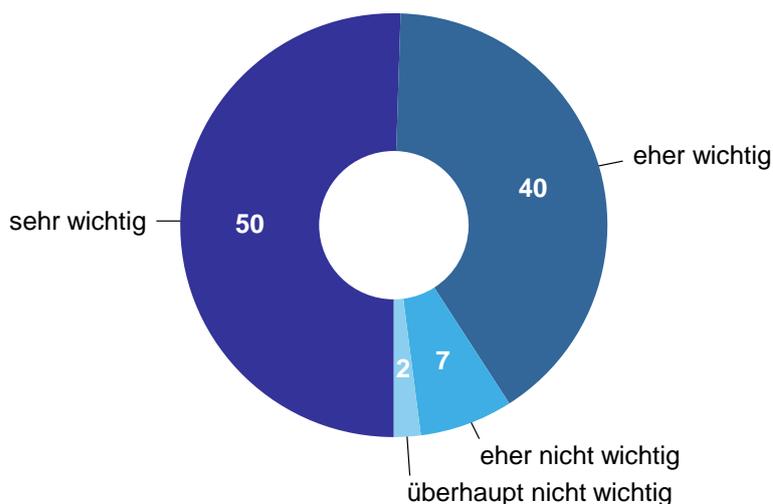
In der ersten Frage zu diesem Themenkomplex ging es um die allgemeine Einordnung, für wie wichtig es die Befragten halten, dass sich auch ältere Menschen, die nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen, sozial engagieren können.

Die Befragten konnten ihre jeweiligen Antworten in die Kategorien „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „eher nicht wichtig“ oder „ganz und gar nicht wichtig“ einordnen.

Neun von zehn Befragten stufen die Möglichkeit zum sozialen Engagement für die genannten Personengruppen als sehr oder eher wichtig ein. In der Tendenz unterscheiden sich hier die 18- bis 19 Jährigen in ihrem Antwortverhalten vom Durchschnitt aller Befragten. Sie gaben zu 100 Prozent an, dass es aus ihrer Sicht wichtig bzw. sehr wichtig ist, dass sich auch ältere Menschen mit nur geringen Deutschkenntnissen im sozialen Bereich engagieren können.

Soziales Engagement Älterer mit geringen Deutschkenntnissen:
Für neun von zehn Befragten wichtig

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:
Für wie wichtig halten Sie es, dass sich in Nordrhein-Westfalen auch ältere Menschen ohne oder nur mit geringen Deutschkenntnissen im sozialen Bereich engagieren können?

an 100% fehlende Prozentanteile:
„weiß nicht“

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Abb. 17: Soziales Engagement Älterer mit geringen Deutschkenntnissen

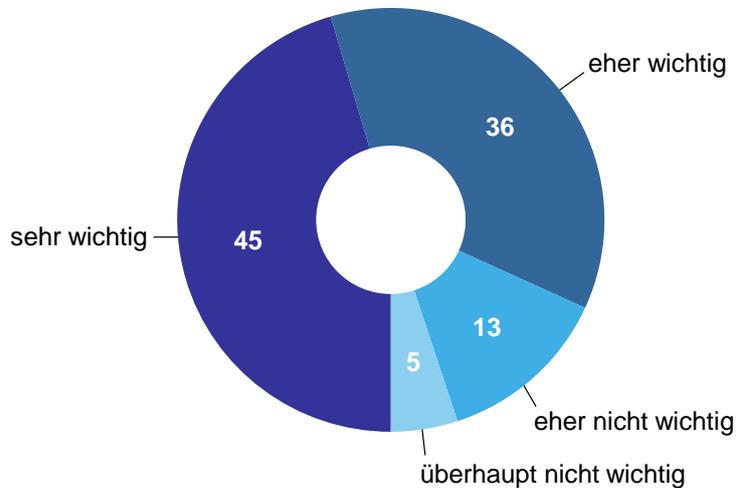
Informationen über soziales Engagement von Älteren I

Mit der sich anschließenden Frage wurde der Fokus auf das Informationsangebot für ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen gelegt.

Eine Grundvoraussetzung für das Engagement im sozialen Bereich ist der Zugang zu Informationen, wie und wo sich entsprechende Engagementmöglichkeiten finden lassen. Um soziales Engagement auch für ältere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen zu ermöglichen, muss insofern dafür Sorge getragen werden, dass das Informationsangebot auch in anderen Sprachen vorliegt. Als Antwortkategorien waren hier ebenfalls wieder „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „eher nicht wichtig“ oder „ganz und gar nicht wichtig“ definiert.

Informationen über soziales Engagement von Älteren I: Für acht von zehn Befragten wichtig

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:

Für wie wichtig halten Sie es, dass in Nordrhein-Westfalen Informationen über Möglichkeiten zum sozialen Engagement älterer Menschen nicht nur auf Deutsch, sondern auch in anderen Sprachen angeboten werden?

an 100% fehlende Prozentanteile:
„keine Angabe“

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Abb. 18: Informationen über soziales Engagement von Älteren I

Dass das Informationsangebot zum sozialen Engagement von älteren Menschen mit geringen Deutschkenntnissen mehrsprachig vorgehalten wird, ist für acht von zehn Befragten wichtig bzw. sehr wichtig. Wie bereits in der vorherigen Frage weichen hier die jüngsten Befragten (18-19 Jährige), aber auch die ältesten Befragten (65 Jahre und älter) in der Tendenz mit ihren Antworten vom Durchschnitt aller Befragter ab. Bei den ältesten Befragten geben 86 Prozent Befragten und bei den jüngsten Befragten sogar 97 Prozent an, dass es ihnen wichtig bzw. sehr wichtig ist, dass es ein mehrsprachiges Informationsangebot zum sozialen Engagement älterer Menschen gibt.

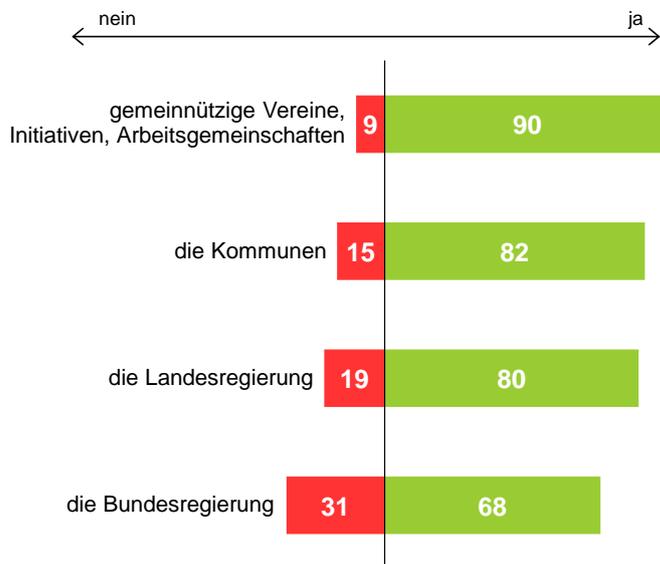
Informationen über soziales Engagement von Älteren II

Ein zentraler Punkt hinsichtlich des sozialen Engagements älterer Menschen mit geringen Deutschkenntnissen liegt in der Frage, wer für die Bereitstellung entsprechender Informationen verantwortlich ist. Daher wurden die Befragten auch dazu um ihre Einschätzung gebeten.

Als Antwortmöglichkeiten waren „ja“ und „nein“ vorgesehen. Die Liste der Akteure wurde in zufälliger Reihenfolge abgefragt. So war auch für diese Frage sichergestellt, dass mögliche systematische Verzerrungen ausgeschlossen werden, die sich bei einer Abhängigkeit der Antworten von der Reihenfolge der abgefragten Akteure ergeben können.

Informationen über soziales Engagement von Älteren II:
 Befragte sehen am häufigsten Vereine und Initiativen in der Pflicht

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:
 Wer sollte aus Ihrer Sicht dafür sorgen, dass in Nordrhein-Westfalen Informationen über Möglichkeiten zum sozialen Engagement älterer Menschen nicht nur auf Deutsch, sondern auch in anderen Sprachen angeboten werden?

an 100% fehlende Prozentanteile:
 „weiß nicht“

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Abb. 19: Informationen über soziales Engagement von Älteren II

Das Ergebnis zeigt, dass bei allen Akteuren eine deutliche Mehrheit der Befragten bejaht, dass diese für ein mehrsprachiges Informationsangebot zum sozialen Engagement Älterer sorgen sollten. Tendenziell ist dabei der Anteil der „ja“-Antworten umso höher, je „näher“ die Akteure an den Betroffenen sind. Im Einzelnen ergeben sich folgende Anteile der „ja“-Antworten: Gemeinnützige Vereine, Initiativen oder Arbeitsgemeinschaften (90 Prozent), Kommunen (82 Prozent), Landesregierung (80 Prozent), Bundesregierung (68 Prozent).

Die Gruppe der jüngsten Befragten sehen die gemeinnützigen Vereine, Initiativen und Arbeitsgemeinschaften sogar zu 100 Prozent und die Bundesregierung mit 81 Prozent tendenziell stärker als der Durchschnitt aller Befragten in der Verantwortung, die entsprechenden Informationen bereitzustellen.

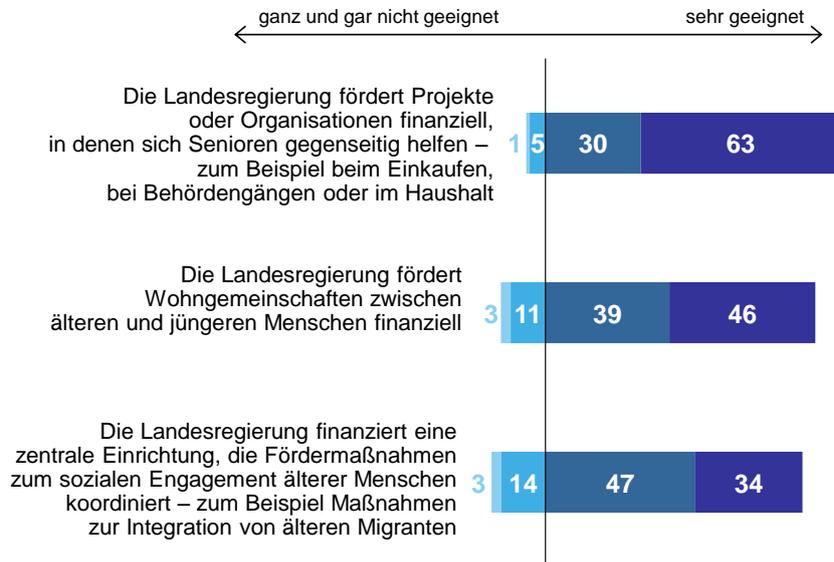
Förderung des sozialen Engagements älterer Menschen

Zum Abschluss des Themenblocks wurden die Befragten gebeten, eine Einschätzung dazu abzugeben, welche Maßnahmen die Landesregierung umsetzen sollte, um die Partizipation älterer Menschen mit geringen Deutschkenntnissen im sozialen Bereich zu erhöhen.

Auch für diese Frage waren die Antwortmöglichkeiten „ja“ und „nein“ vorgesehen. Die drei zu beurteilenden Maßnahmen wurden erneut in einer zufälligen Reihenfolge vorgelegt, um mögliche systematische Verzerrungen auszuschließen, die sich ergeben können, wenn die Antworten von der Reihenfolge der vorgestellten Maßnahmen beeinflusst werden.

Förderung des sozialen Engagements älterer Menschen: Geeignetste Maßnahme: Förderung gegenseitiger Hilfe von Senioren

Angaben in Prozent; n=1.000



infas

Frage:

Für wie geeignet halten Sie diese Maßnahmen, um das soziale Engagement älterer Menschen zu unterstützen?

an 100% fehlende Prozentanteile:
„weiß nicht“

Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen; Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Abb. 20: Förderung des sozialen Engagements älterer Menschen

Im Ergebnis ist zu sehen, dass es nach Einschätzung jedes neunten Befragten am sinnvollsten ist, wenn Senioren dabei unterstützt werden, sich gegenseitig zu helfen. Dafür soll die Landesregierung aus Sicht der Befragten Projekte bzw. Organisationen finanziell unterstützen, die diesen Ansatz verfolgen.

In der finanziellen Förderung des Zusammenlebens jüngerer und älterer Menschen sehen 85 Prozent der Befragten eine geeignete Maßnahme (eher bis sehr geeignet). Hervorzuheben ist, dass die älteren Befragten (also Personen im Alter ab 60 Jahre) hier die Förderung von intergenerationalen Wohngemeinschaften mit 87 Prozent als diejenige Maßnahme ansehen, welche am besten geeignet ist, das soziale Engagement älterer Menschen zu fördern und damit über dem Durchschnittswert aller Befragten liegen.

Schließlich geben 81 Prozent der Befragten an, dass die Finanzierung einer zentralen Koordinierungseinrichtung zur Förderung des sozialen Engagements älterer Menschen durch die Landesregierung einen geeigneten Ansatz (eher bis sehr geeignet) darstellt.

Anlage 3: Ergebnisse der Datenanalyse¹

Zur Analyse der quantitativen und strukturellen **Entwicklung der Zielgruppe** der älteren Menschen werden einerseits Daten des Wegweisers Kommune der Bertelsmann Stiftung herangezogen (Bertelsmann Stiftung 2014): Der Wegweiser Kommune enthält – für alle Kommunen in Deutschland mit über 5.000 Einwohnern, aber auch für die Landesebene – Daten, Prognosen und Handlungskonzepte. Die Daten stammen von den statistischen Ämtern der Länder, dem Statistischen Bundesamt, der Bundesagentur für Arbeit, der infas GEODaten GmbH (infas) sowie dem Ausländerzentralregister (AZR). Alle aktuellen Daten von 2011 wurden vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (Zefir) der Ruhr-Universität Bochum sowie der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH Bottrop (FORA) zusammengestellt. Die Daten zur Bevölkerungsprognose für 2030 basieren auf Daten der amtlichen Statistik der Bundesländer und wurden von der Deenst GmbH sowie dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover berechnet. – Andererseits wurden auch Daten direkt beim Statistischen Bundesamt bzw. IT.NRW, dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen, bezogen. Aus dem Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung wurden folgende Kennzahlen ausgewählt und aufbereitet:

Bezeichnung der Kennzahl	Definition der Kennzahl
Relative Altersgruppenverteilung NRW 2011, 2011-2030	Prozentuale Verteilung der Altersgruppen innerhalb der Bevölkerung in NRW 2011 bzw. 2011-2030; $N_{2011} = 17,837$ Mio.; $N_{2030} = 16,771$ Mio. (Bertelsmann Stiftung 2014).
Altenquotient NRW 2011-2030	Verhältnis der Bevölkerung über 65 Jahre zur Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahre in NRW 2011-2030; $N_{2011} = 17,837$ Mio.; $N_{2030} = 16,771$ Mio. (Bertelsmann Stiftung 2014).
Altersarmut NRW 2011	Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre, der Leistungen nach SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erhält; $N_{2011} = 3,707$ Mio. (Bertelsmann Stiftung 2014).

Abb. 21: Kennzahlen zur quantitativen und strukturellen Entwicklung der Zielgruppe I

Vom Statistischen Bundesamt bzw. IT-NRW wurden folgende Kennzahlen zur Beschreibung der quantitativen und strukturellen Entwicklung der Zielgruppe ausgewählt:

Bezeichnung der Kennzahl	Definition der Kennzahl
Anteil der älteren Bevölkerung NRW 2011-2030	Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung in NRW; $N_{2011} = 17,837$ Mio.; $N_{2030} = 16,771$ Mio. und für die Prognose Berechnung des Mittelwerts der Varianten V1 W1 (Wanderungssaldo von 100.000 Personen) und V1 W2 (Wanderungssaldo von 200.000 Personen) der Bevölkerungsprognose für NRW

¹ Die Daten wurden durch die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gesammelt und aufbereitet.

	(Statistisches Bundesamt 2011; Statistisches Bundesamt 2009).
Anteil der ausländischen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung NRW 2011	Anteil der ausländischen Bevölkerung über 65 Jahre an der Gesamtbevölkerung über 65 Jahre in NRW; $N_{2011} = 3,707$ Mio. (Statistisches Bundesamt 2011).
Anteil der von Armut bedrohten deutschen Bevölkerung an der älteren deutschen Bevölkerung NRW 2011	Anteil der deutschen Bevölkerung über 65 Jahre, der Leistungen nach SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erhält, an der deutschen Bevölkerung über 65 Jahre in NRW; $N_{2011} = 3,520$ Mio. (Statistisches Bundesamt 2011; Statistisches Bundesamt 2014-1).
Anteil der von Armut bedrohten ausländischen Bevölkerung an der älteren ausländischen Bevölkerung NRW 2011	Anteil der ausländischen Bevölkerung über 65 Jahre, der Leistungen nach SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erhält, an der ausländischen Bevölkerung über 65 Jahre in NRW. $N_{2011} = 0,186$ Mio. (Statistisches Bundesamt 2011; Statistisches Bundesamt 2014-1).
Anteil der schwerbehinderten Menschen an der älteren Bevölkerung NRW 2011	Anteil der schwerbehinderten Menschen über 65 Jahre, der als schwerbehindert eingestuft ist, an der Bevölkerung über 65 Jahre in NRW; $N_{2011} = 3,707$ Mio. (Statistisches Bundesamt 2014-2).
Anteil der pflegebedürftigen Menschen an der älteren Bevölkerung NRW 2011	Anteil der pflegebedürftigen Menschen über 65 Jahre, der Pflegeleistungen (Pflegegeld, vollstationäre Pflege, ambulante Pflege) erhält, an der Bevölkerung über 65 Jahre in NRW. $N_{2011} = 3,707$ Mio. (IT.NRW 2014).

Abb. 22: Kennzahlen zur quantitativen und strukturellen Entwicklung der Zielgruppe II

Auf den nächsten Seiten werden die o. g. Kennzahlen nun in folgender Reihenfolge dargestellt:

- Anteil der älteren Bevölkerung NRW 2011-2013;
- Relative Altersgruppenverteilung NRW 2011;
- Relative Altersgruppenverteilung NRW 2011-2013;
- Altenquotient NRW 2011-2013;
- Anteil der ausländischen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung NRW 2011;
- Altersarmut NRW 2011;
- Anteil der von Armut bedrohten deutschen bzw. ausländischen Bevölkerung an der älteren deutschen bzw. ausländischen Bevölkerung NRW 2011;
- Anteil der schwerbehinderten bzw. pflegebedürftigen Menschen an der älteren Bevölkerung NRW 2011.

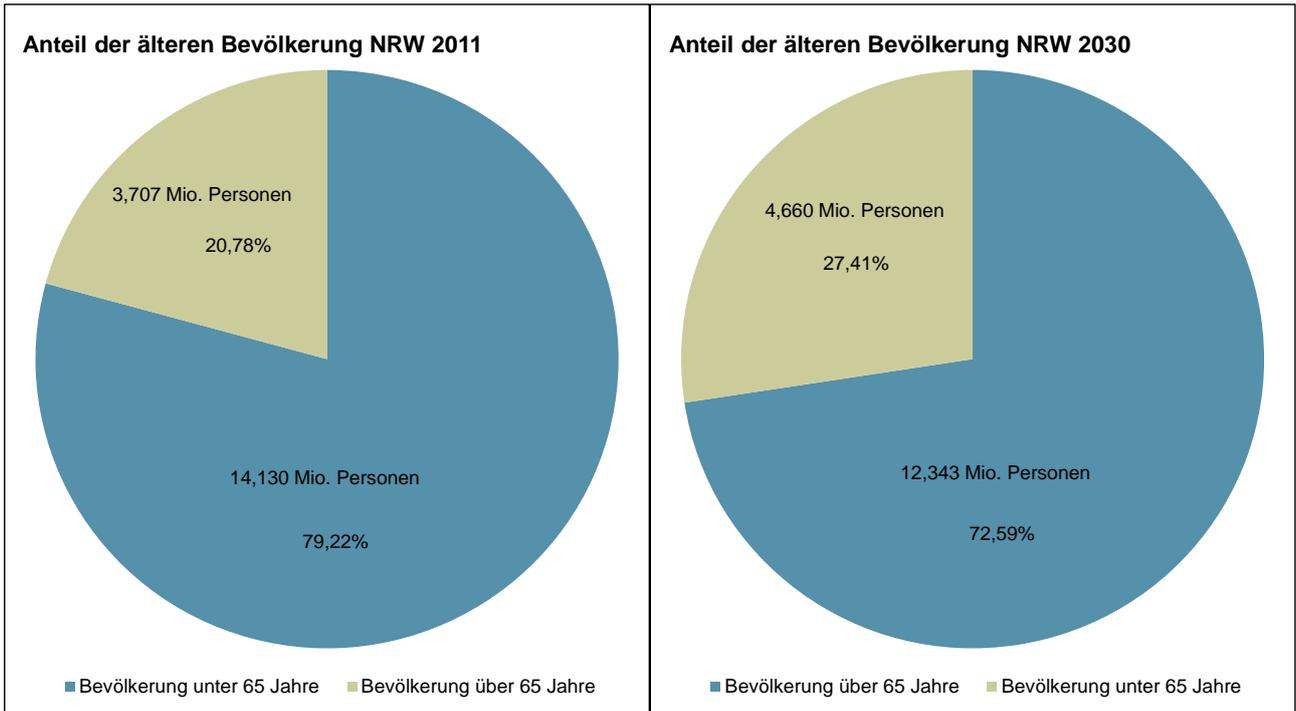


Abb. 23: Anteil der älteren Bevölkerung NRW 2011-2030 (Statistisches Bundesamt 2011, 2009)

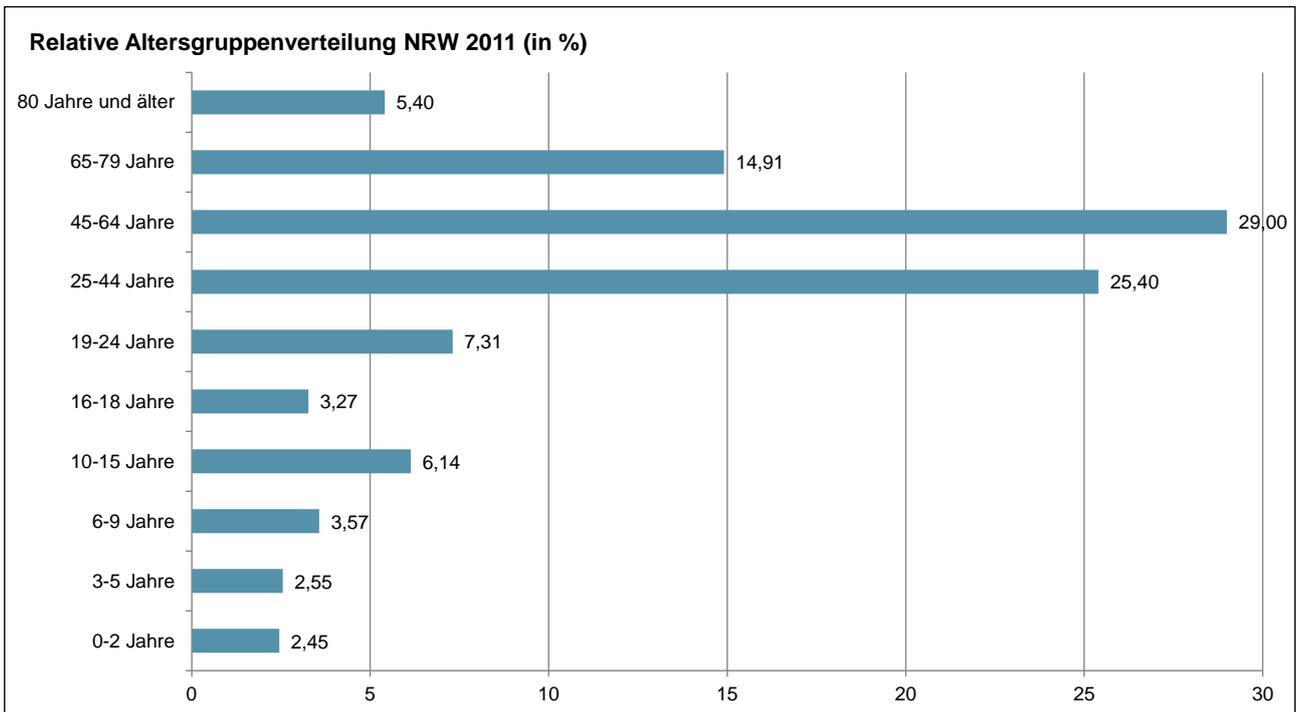


Abb. 24: Relative Altersgruppenverteilung NRW 2011 (Bertelsmann Stiftung 2014 / Wegweiser Kommune)

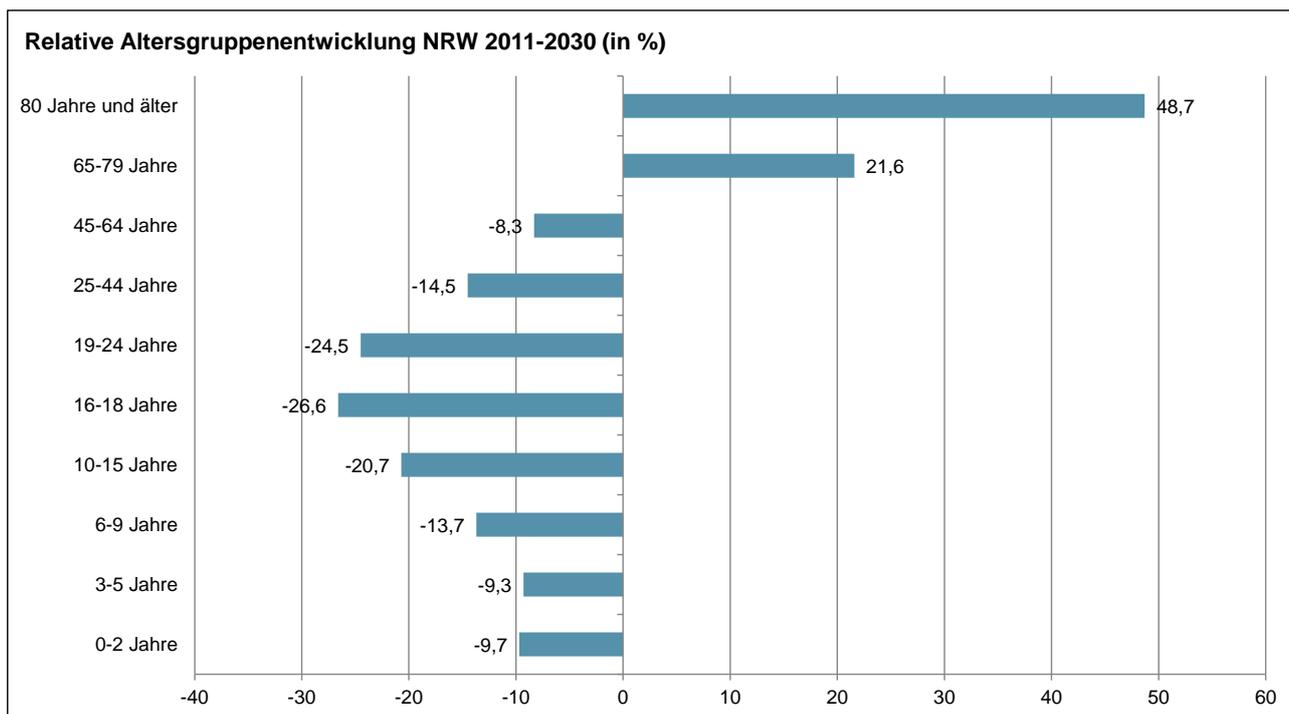


Abb. 25: Relative Altersgruppenverteilung NRW 2011-2030 (Bertelsmann Stiftung 2014 / Wegweiser Kommune)

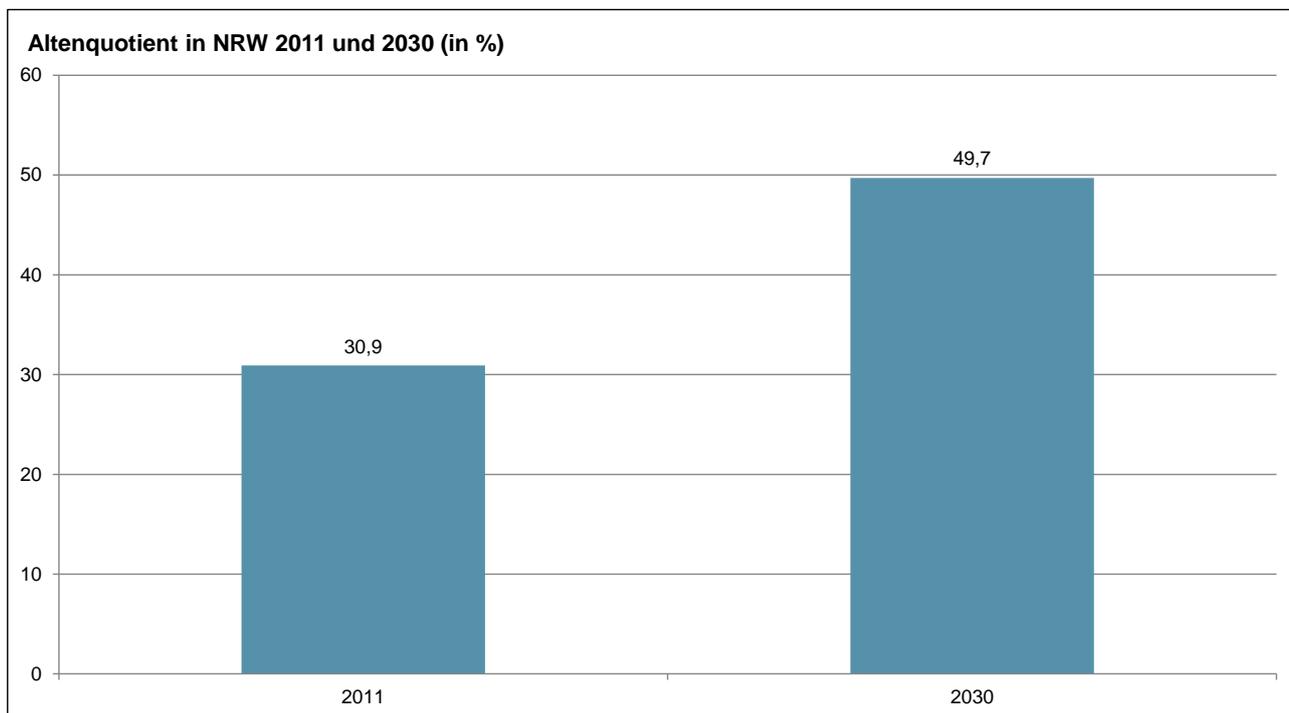


Abb. 26: Altenquotient NRW 2011-2030 (Bertelsmann Stiftung 2014 / Wegweiser Kommune)

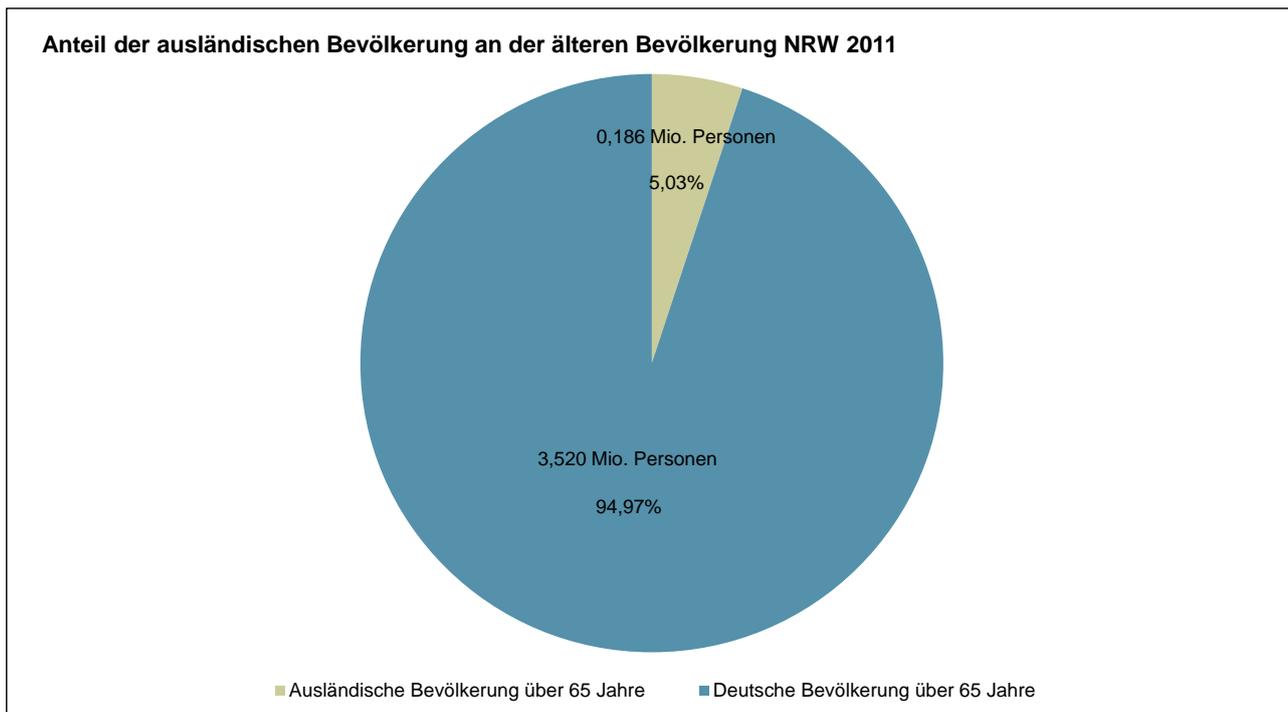


Abb. 27: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der älteren Bevölkerung NRW 2011 (Statistisches Bundesamt 2011)

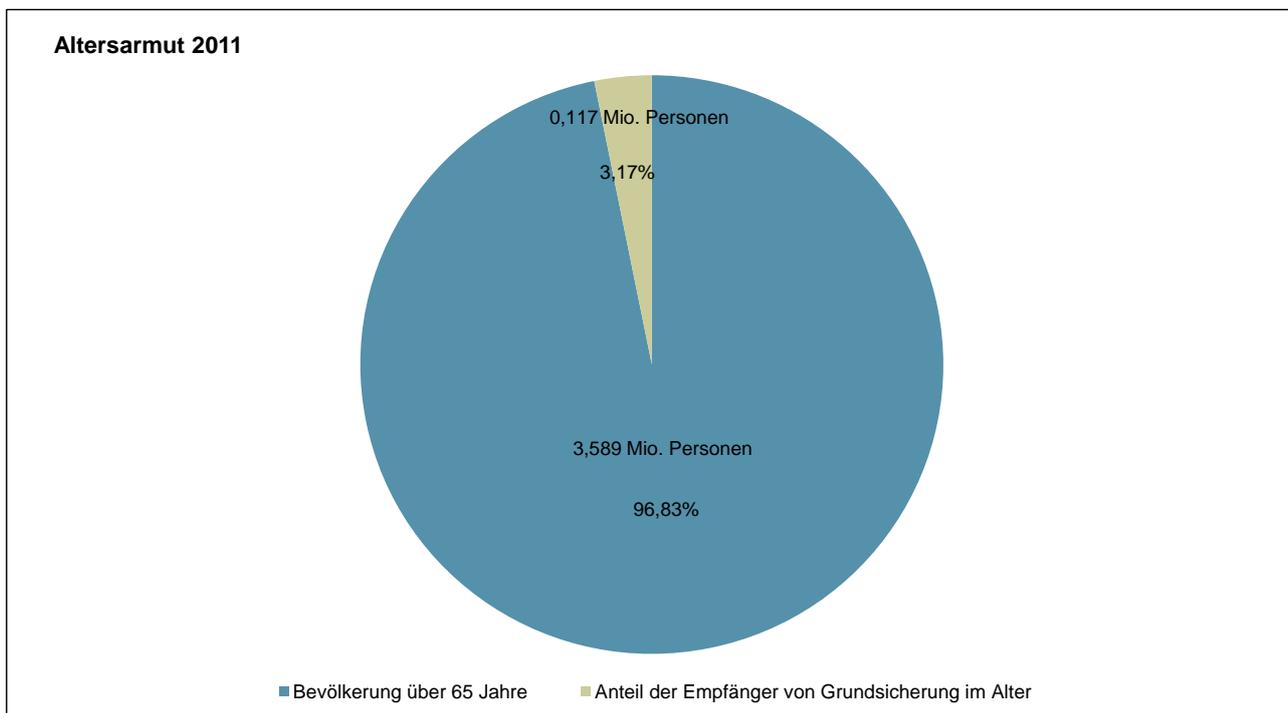


Abb. 28: Altersarmut NRW 2011 (Bertelsmann Stiftung 2014 / Wegweiser Kommune)

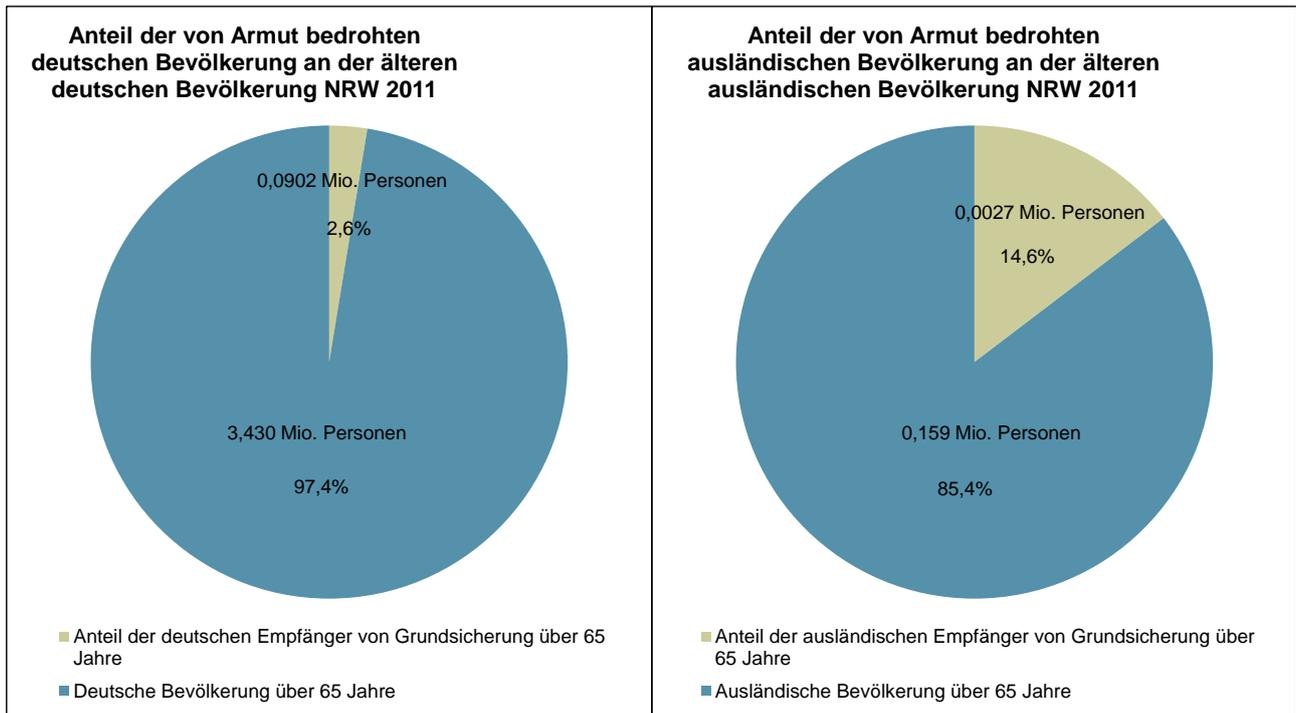


Abb. 29: Anteil der von Armut bedrohten deutschen bzw. ausländischen Bevölkerung an der älteren deutschen bzw. ausländischen Bevölkerung NRW 2011 (Statistisches Bundesamt 2014-1, 2011)

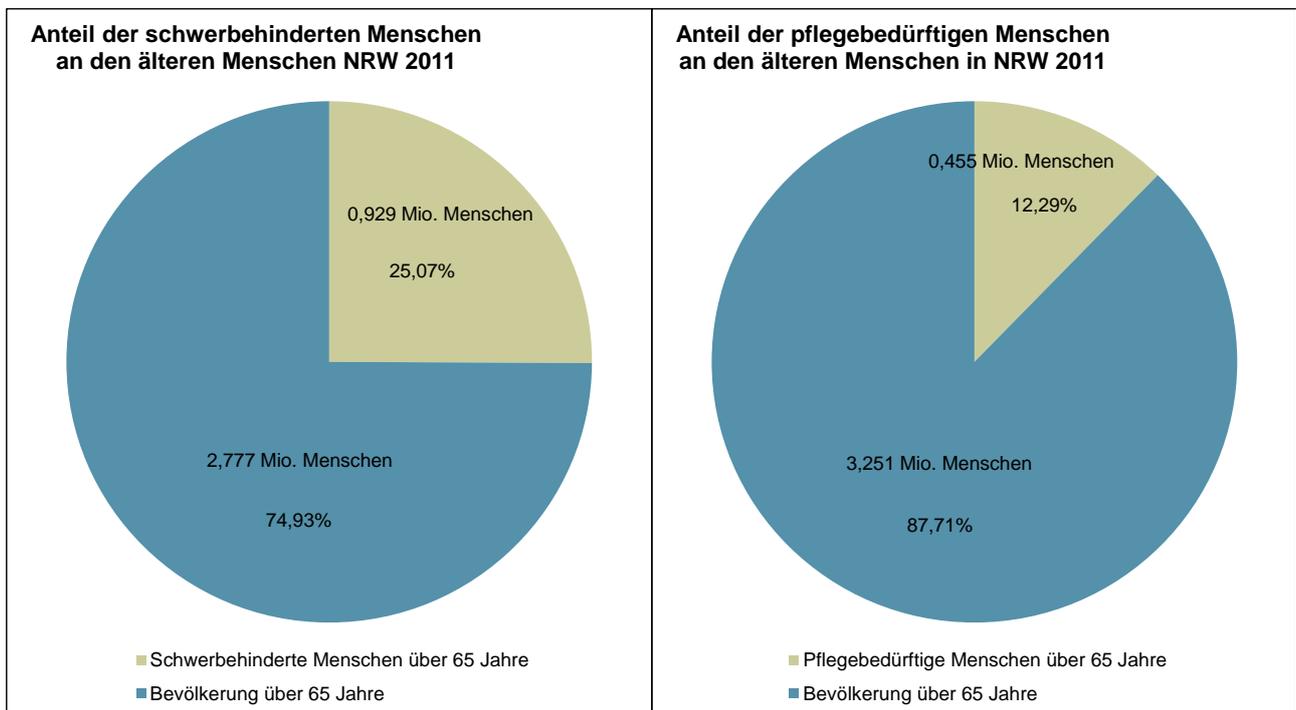


Abb. 30: Anteil der schwerbehinderten bzw. pflegebedürftigen Menschen an der älteren Bevölkerung NRW 2011 (Statistisches Bundesamt 2014-2)

Zur Beschreibung der **engagementbezogenen Ausgangslage** werden im Wesentlichen die Daten des Freiwilligensurvey 2009 sowie die Ergebnisse einer NRW-spezifischen Sonderauswertung verwendet. Der Freiwilligensurvey 2009, der von TNS Infratest im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und mit Unterstützung durch die Bertelsmann Stiftung sowie dem Generali Zukunftsfonds durchgeführt worden ist, enthält auch Daten der Freiwilligensurveys 1999 und 2004 (BMFSFJ 2010). Die NRW-spezifische Sonderauswertung wurde 2011 von TNS Infratest im Auftrag des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) durchgeführt und enthält ebenfalls Daten der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009 (TNS Infratest 2011).

Aus dem Freiwilligensurvey 2009 von TNS Infratest im Auftrag des BMFSFJ sowie der NRW-spezifischen Sonderauswertung von TNS Infratest im Auftrag des MFKJKS wurden folgende Kennzahlen zur engagementbezogenen Ausgangslage ausgewählt. Freiwilliges Engagement wird dabei verstanden als die öffentliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in einem organisierten Kontext, entweder durch Übernahme bestimmter Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen als freiwillige Tätigkeiten, die längerfristig ausgeübt werden (im Durchschnitt seit etwa 10 Jahren) oder als Beteiligung an Veranstaltungen, in Gruppen oder Mannschaften und an anderen Aktivitäten, ohne dass sich die jeweiligen Personen verbindlich auf eine Tätigkeit oder Aufgabe festlegen.

Methodisch baut der Freiwilligensurvey auf einer Zufallsstichprobe der Bevölkerung ab 14 Jahren auf; die repräsentative Befragung wurde telefonisch durchgeführt (BMFSFJ 2010: Methodenanhang; TNS Infratest 2011: Anhang).

Bezeichnung der Kennzahl	Definition der Kennzahl
Engagement nach Altersgruppen Deutschland / NRW (in %)	Prozentualer Anteil der engagierten Bevölkerung für die Jahre 1999, 2004 und 2009.
Bereitschaft Engagierter zur Ausdehnung des Engagements Deutschland / NRW (in %)	Prozentualer Anteil der engagierten Bevölkerung, der sich vorstellen kann, sein freiwilliges Engagement auszuweiten für die Jahre 1999, 2004 und 2009.
Engagement der älteren Bevölkerung nach Bereichen Deutschland / NRW (in %)	Prozentualer Anteil der engagierten Bevölkerung über 65 Jahre nach Bereichen für die Jahre 1999, 2004 und 2009.

Abb. 31: Kennzahlen zum Engagement

Für das vorliegende Impulspapier hätte auch auf die aktuellere Generali Altersstudie 2013 zurückgegriffen werden können. In dieser Studie wird der Begriff des Engagements weiter gefasst als im Freiwilligensurvey: „Im Rahmen der Generali Altersstudie wurde der Begriff des Engagements besonders betont, die ehrenamtliche Tätigkeit hingegen nicht als Beispiel des Engagements erwähnt. Der [im Vergleich zum Freiwilligensurvey und anderen Untersuchungen festgestellte] größere Kreis der Engagierten dürfte somit auch einen großen Teil an nicht unbedingt institutionalisiertem und zeitlich eher weniger regelmäßigem und umfangreichem Engagement abdecken, der bei anderen Studien tendenziell weniger umfassend abgebildet wird“ (Generali Zukunftsfonds 2012: 343). Da für die Generali Altersstudie jedoch keine zeitlichen Vergleichswerte und keine spezifischen Werte für NRW vorliegen, wurde die vorliegende Beschreibung der engagementbezogenen Ausgangslage auf die Ergebnisse des Freiwilligensurvey gestützt.

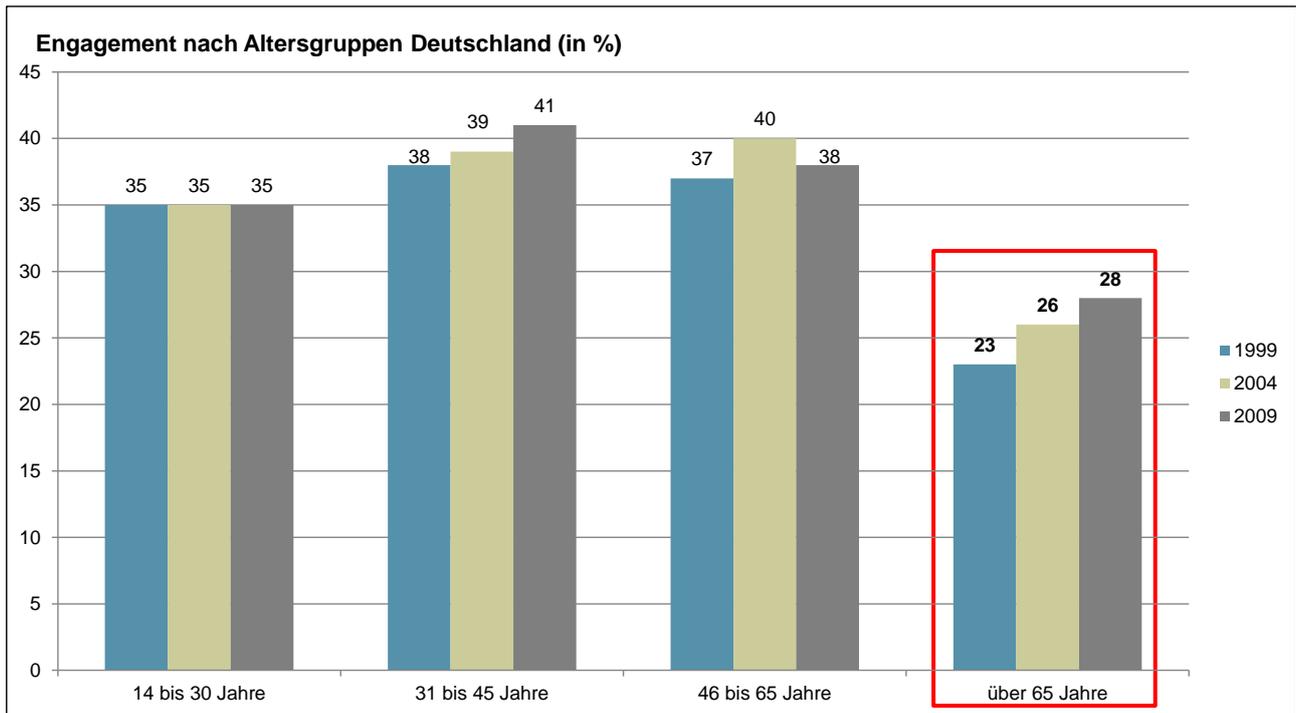


Abb. 32: Engagement nach Altersgruppen Deutschland (in %) (BMFSFJ 2009)

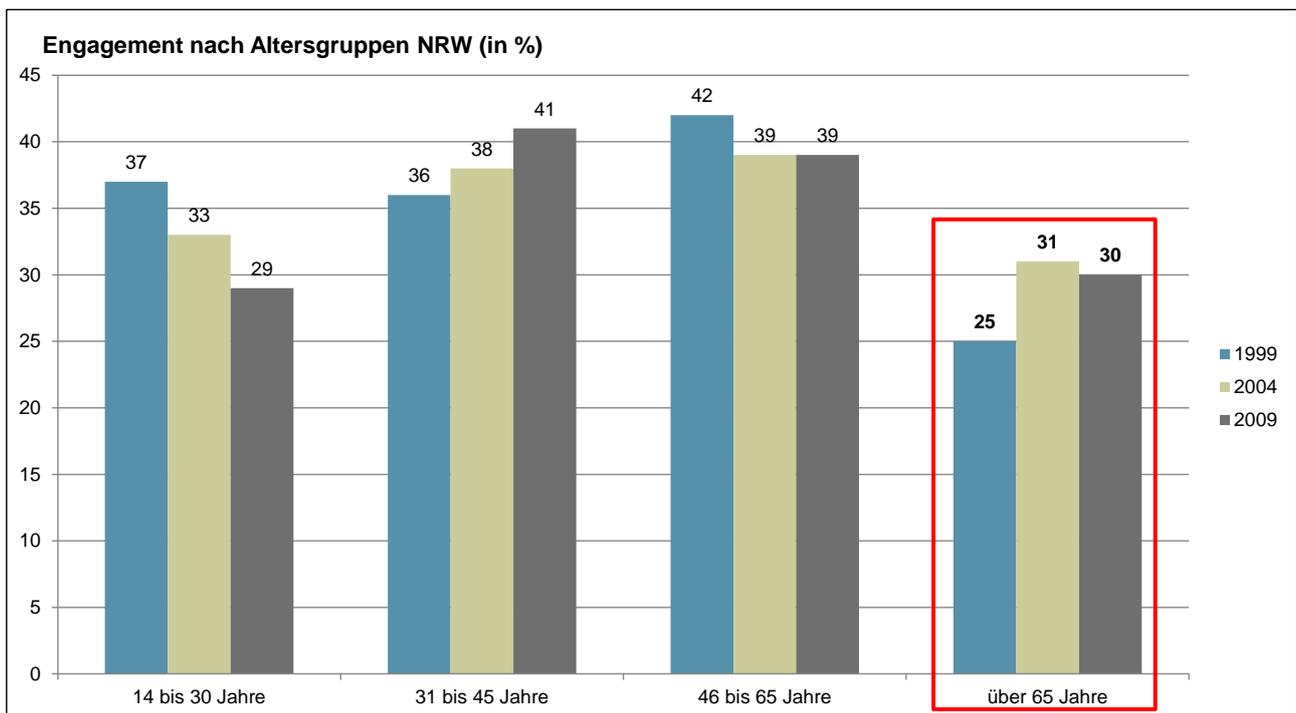


Abb. 33: Engagement nach Altersgruppen NRW (TNS Infratest 2011)

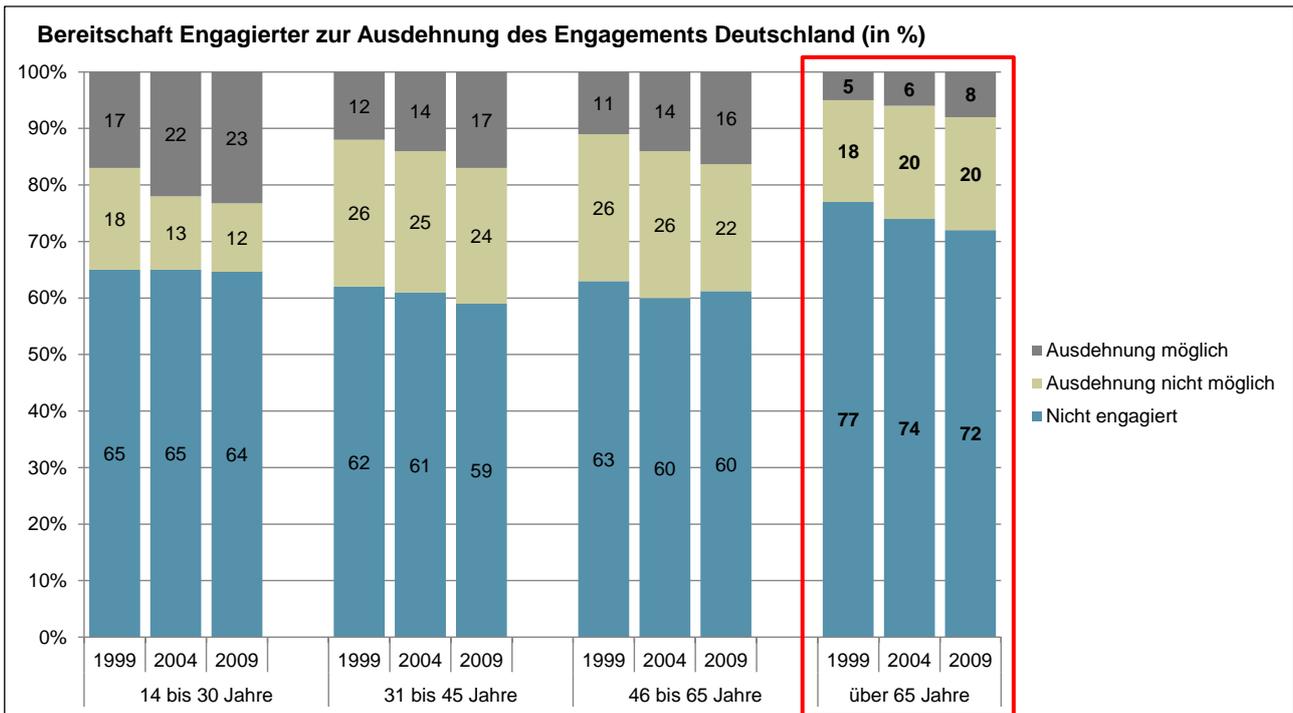


Abb. 34: Bereitschaft Engagierter zur Ausdehnung ihres Engagements Deutschland (BMFSFJ 2009)

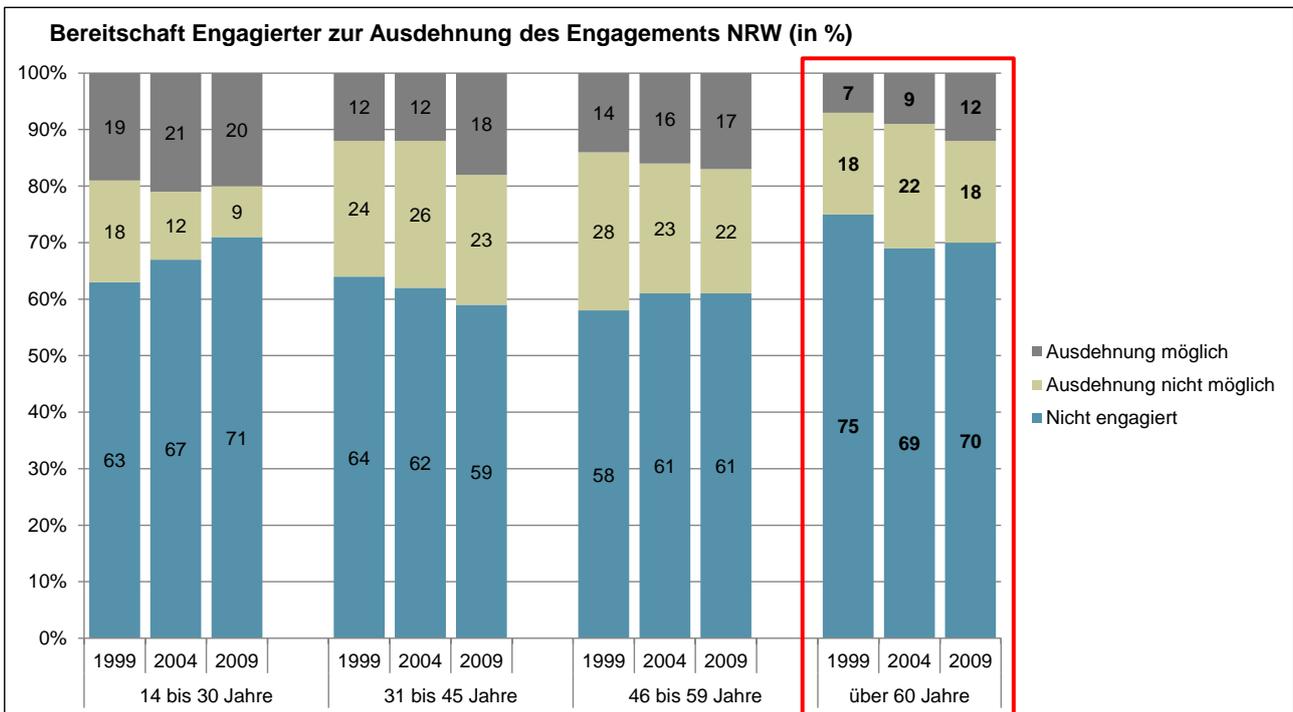


Abb. 35: Bereitschaft Engagierter zur Ausdehnung ihres Engagements NRW (TNS Infratest 2011)

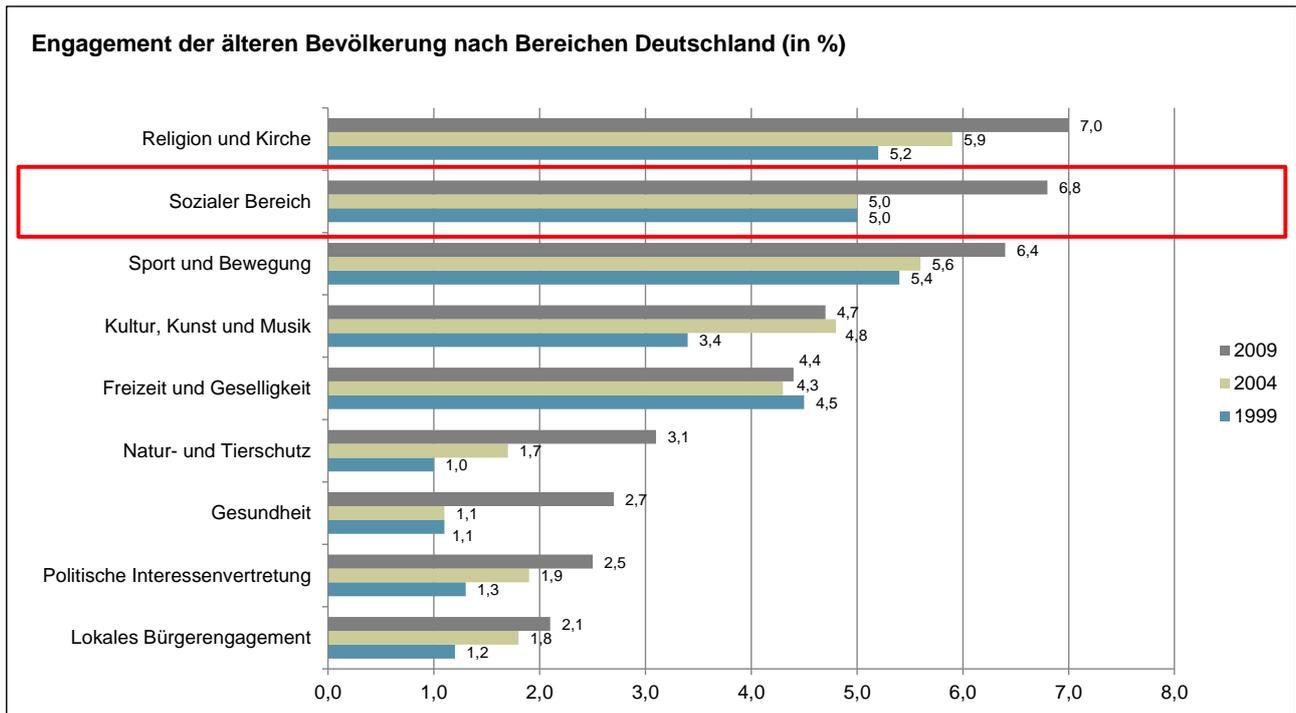


Abb. 36: Engagement der älteren Bevölkerung nach Bereichen Deutschland (BMFSFJ 2009)

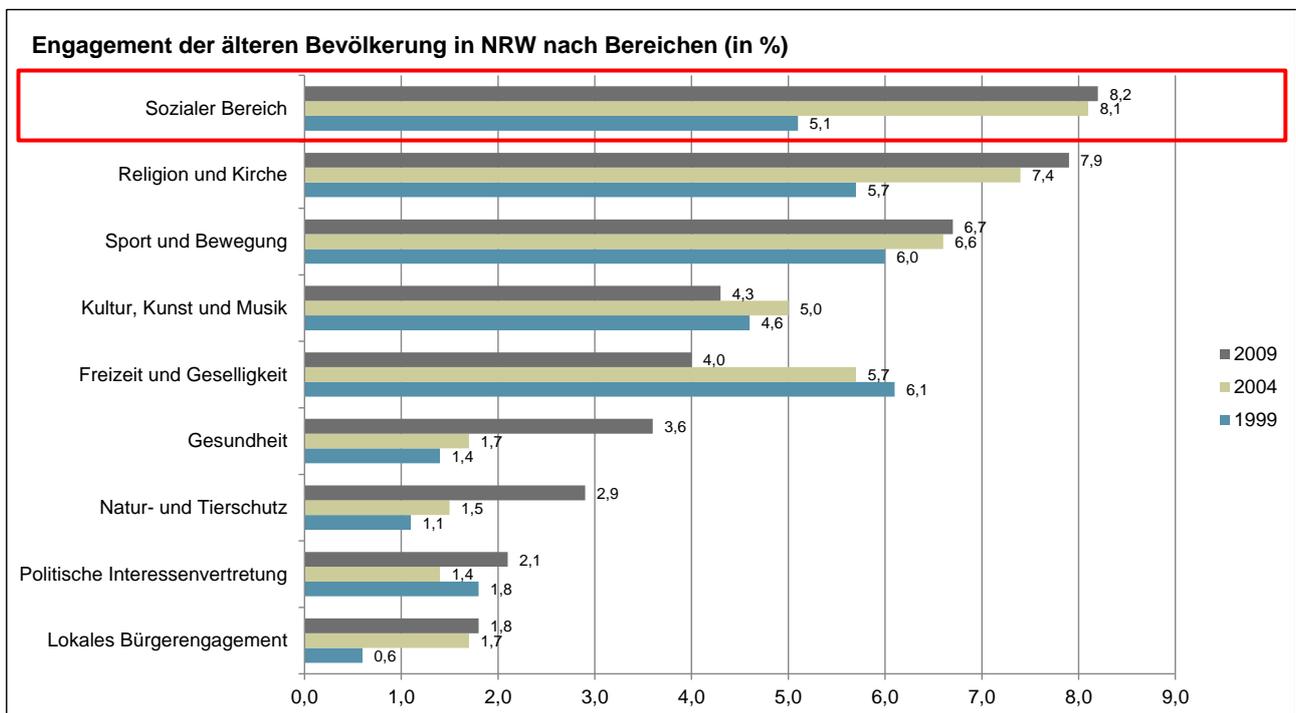


Abb. 37: Engagement der älteren Bevölkerung nach Bereichen NRW (TNS Infratest)

Anlage 4: Literaturverzeichnis

AGE Platform Europe. *Gesundheit. Mindesteinkommen. Aktives Altern. Altersdiskriminierung. Mobilität. Neue Technologien. Renten.* Brüssel o. J. (http://www.age-platform.eu/images/stories/age_general_leaflet_de.pdf; Download 19.03.2014).

AGE Platform Europe. *Active Senior Citizens for Europe: A Guide to the EU.* Brüssel 2012 (http://www.age-platform.eu/images/stories/EN/activesenior_citizens_for_europe_a_guide_to_the_eu.pdf; Download 19.03.2014).

Amrhein, Volker. *Vom Dialog der Generationen zum Generationenprojekt.* In: BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V.). *Generationendialog. Zur Bedeutung von Alt-Jung-Projekten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.* Publikation Nr. 22. Bonn 2009 (http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Publikationen/Broschuere_zum_Herunterladen.pdf).

Bertelsmann Stiftung. *Wegweiser Kommune.* Gütersloh 2014 (<http://www.wegweiser-kommune.de/?redirect=false>; Download 21.03.2014).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und auf EU-Ebene.* Gütersloh 2013-1 (http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-EED6E7D4-D8F9A772/bst/xcms_bst_dms_38430_38448_2.pdf; Download 19.04.2014).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Untersuchung von Nachhaltigkeitsstrategien auf internationaler Ebene.* Gütersloh 2013-2 (http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-EED6E7D4-D8F9A772/bst/xcms_bst_dms_39178_2.pdf; Download 19.04.2014).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft. Reinhard Mohn Preis 2013.* Gütersloh 2013-3.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken. Reinhard Mohn Preis 2011.* Gütersloh 2011.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.* Gütersloh 2007.

BgEE (Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa): *Bulletin Europäische Seniorenpolitiken – Ausgabe 2/2011 (Recherchestand Mai 2011).* Berlin/Frankfurt 2011 (http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Bulletin_Europaeische_Seniorenpolitiken/Bulletin_Europaeische_Seniorenpolitiken_Ausgabe_2_2011.pdf; Download 25.03.2014).

BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz). *Modellprojekt „ULF“ und „GEMA Gemeinsam Aktiv“.* Wien 2014 (http://www.sozialministerium.at/site/Soziales/Freiwilliges_Engagement/Modellprojekt_GEMA_Gemeinsam_aktiv/; Download 25.03.2014).

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). *Zweiter Demografie Gipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“.* Auszug aus der Gipfelbroschüre „Jedes Alter zählt“ des Zweiten Demografie Gipfels am 14.5.2013. Berlin, 2013 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/2-demografie-gipfel-selbstbestimmtes-leben-alter.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; Download 21.03.2014).

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). *Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland.*

1999 – 2004 – 2009. Berlin 2010 (http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf; Download 21.03.2014).

Bundesregierung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung). *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012.* Berlin 2012-1 (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile; Download 08.03.2014).

Bundesregierung (Bundesministerium des Innern). *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung.* Berlin 2012-2 (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/Demografie/demografiestrategie-langfassung.pdf;jsessionid=E6EB96F4D4D7FFDA1F9E72E9263D2F28.s3t1?__blob=publicationFile&v=2; Download 19.03.2014).

Bundesregierung. *Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung.* Berlin 2010 (http://www.forum-engagement-partizipation.de/?loadCustomFile=Publikationen/Nationale_Engagementstrategie_10-10-06.pdf; Download 19.03.2014).

Bundestag (Deutscher Bundestag). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300.* Berlin 2013 (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>; Download 08.03.2014).

Bundestag (Deutscher Bundestag). *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900.* Berlin 2002 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>; Download 19.03.2014).

Deutscher Städtetag, Bertelsmann Stiftung. *Ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Dokumentation einer Tagung des Deutschen Städtetages und der Bertelsmann Stiftung.* Berlin 2008 (http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/Ältere_migranten_2009.pdf; Download 25.03.2014).

Demenz-Service NRW. *Ziele der Landesinitiative Demenz-Service NRW.* Köln 2014 (<http://www.demenz-service-nrw.de/ziele.html>; Download 11.06.2014)

ensemble2générations. *Ensemble2générations. Un logement, un service, une vraie raison d'aimer* (<http://www.ensemble2generations.fr/>; Download 27.03.2014).

Europäische Kommission. *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020 endgültig.* Brüssel 2010 (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>; Download 19.03.2014).

Forum Seniorenarbeit NRW. *Neue Wege für Information, Transfer und Vernetzung.* Köln 2014 (<http://www.forum-Seniorenarbeit.de/index.phtml?La=1&sNavID=1759.172&mNavID=1759.172&object=tx|1759.1217.1&kat=&quo=2&sub=0>; Download 24.03.2014).

Freie Wohlfahrtspflege NRW. *Qualitätsinitiative gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit.* Münster 2014 (<http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/index.php/sID/1151d4c201918b63f5a7338574070480/lan/de>; Download 11.06.2014).

Generali Zukunftsfonds (Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) und Institut für Demoskopie Allensbach). *Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren*. Frankfurt 2012.

Gensicke, Thomas, Sabine Geiss, Kathrin Lopez-Diaz. *Der Freiwilligensurvey 2004. Ergebnisse und Trends für Nordrhein-Westfalen*. München 2005 (<http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/freiwilligensurvey20041.pdf>; Download 21.03.2014).

IT.NRW. *Pflegebedürftige Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach Altersgruppen 2011*. Düsseldorf 2014.

komzen (Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe). *Über uns*. Berlin 2014 (<http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/index.php/ueber-uns>; Download 25.03.2014).

komzen (Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe). *Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe 2011 – 2014. Runder Tisch. Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe in den Berliner Bezirken*. Berlin 2013 (http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/pdf/Handlungsempfehlungen_Stand_Dezember_2013.pdf; Download 26.04.2014).

KOSKON (Koordination für Selbsthilfe in Nordrhein-Westfalen). *Über uns*. Mönchengladbach 2014 (<http://www.koskon.de/ueber-uns.html>; Download 24.03.2014).

Köstler, Ursula, Frank Schulz-Nieswandt. *Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren. Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements*. Stuttgart 2010.

lagfa (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen). *Willkommen*. Gelsenkirchen 2014 (<http://www.lagfa-nrw.de/index.php?id=2>; Download 24.03.2014).

LaQ (Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW). *Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW. Ziele und Auftrag. Unsere Leistungen*. Bochum 2014 (http://www.aq-nrw.de/landesbuero-altengerechte-quartierenrw/landesbuero.html?&nav_lb=lb; Download 11.06.2014).

LaS (Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW). *Selbstverständnis*. Ahlen 2014 (<http://www.las-nrw.de/uber-uns/angebote/>; Download 24.03.2014).

LPfA (Landesstelle Pflege Angehörige Nordrhein-Westfalen). *Wir helfen pflegen! Aktuelle Meldungen*. (<http://www.lpfa-nrw.de/startseite.html>; Download 11.06.2014).

LSV (Landessenorenvertretung NRW e. V.). *Unser Angebot*. Münster 2014 (<http://www.lsv-nrw.de/6.0.html>; Download 24.03.2014).

LSV (Landessenorenvertretung NRW e. V.). *Stellungnahme der Landessenorenvertretung NRW e. V. (LSV NRW) zum Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen*. Münster 2013 (http://www.lsv-nrw.de/fileadmin/Dokumentenablage/lsv-nrw/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/Stellungnahme_der_LSV_NRW_zum_Gesetz_zur_Entwicklung_und_St%C3%A4rkung_einer_demographiefesten_tilhabeorientierten_Infrastruktur_und_zur_Weiterentwicklung.pdf; Download 11.06.2014).

Martin, Josef. *Senioren-genossenschaft Riedlingen e.V.. Mitglied im paritätischen Wohlfahrtsverband*. Riedlingen 2011 (<http://www.martin-riedlingen.de/downloads/3-SG-Info-20110530.pdf>; Download 26.04.2014).

MGFFI (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen). *Aktives Altern älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Gute Beispiele in Europa*.

Düsseldorf 2010 (<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/staatskanzlei/bericht-ueber-das-projekt/110>; Download 25.03.2014).

MGEPA (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen). *Leben im Alter*. Düsseldorf 2014 (http://www.mgepa.nrw.de/alter/leben_im_alter/index.php; Download 24.03.2014).

MGEPA (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen). *Masterplan altengerechte Quartiere.NRW. Strategie- und Handlungskonzept zum selbstbestimmten Leben im Alter*. Düsseldorf 2013 (<http://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/alter/AltengerechteQuartiere.pdf>; Download 25.03.2014).

MFKJKS (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen). *Engagiert in NRW*. Düsseldorf 2014 (<http://www.engagiert-in-nrw.de/>; Download 24.03.2014).

MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen). *Bürgerschaftliches Engagement. Umweltministerium unterstützt bürgerschaftliches Engagement. Programmaufruf „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“*. Düsseldorf 2014 (http://www.umwelt.nrw.de/ministerium/buergerschaftliches_engagement/index.php; Download 30.04.2014).

MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen). *Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf 2013 (http://www.umwelt.nrw.de/klima/pdf/131112_eckpunkte_nachhaltigkeitsstrategie_nrw.pdf; Download 19.04.2014).

Olbermann, Elke. *Entwicklung innovativer Konzepte zur sozialen Integration älterer Migranten/innen. Abschlussbericht an die Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 81*. Köln 2003 (http://www.isab-institut.de/upload/projekte/01_b_engagement/0_3_1_6_Migranten/PDF/Abschlussbericht%20Langfassung.pdf; Download 25.03.2014).

RUBICON. *Das RUBICON-Team*. Köln 2014 (<http://www.rubicon-koeln.de/index.php?id=155>; Download 11.06.2014).

SenStadtUm (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin). *HANDBUCH ZUR PARTIZIPATION. 2. Auflage*. Berlin 2012.

SMS (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz). *Sachsen füreinander – Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen*. Dresden 2013 (http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/A4_Sachsen_fuereinander_Gutachten.pdf; Download 26.03.2014).

Schulz-Nieswandt, Frank, Ursula Köstler. *Bürgerschaftliches Engagement im Alter. Hintergründe, Formen, Umfang und Funktionen*. Stuttgart 2011.

SeniorenNetzwerke Köln. *Die Servicestelle für die selbstorganisierten SeniorenNetzwerke Köln*. Köln 2014 (http://www.seniorennetzwerke-koeln.de/snw/snw_web.nsf/id/pa_servicestelle.html; Download 11.06.2014).

SGS (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin). *Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und Pflege*. Berlin 2014 (<https://www.berlin.de/sen/soziales/senioren/aeltere-migranten/index.html>; Download 25.03.2014).

Stadt Hamm. *Handlungskonzept zur Integration älterer Migrantinnen und Migranten in das Netz der Altenhilfe in Hamm*. Hamm 2010 (http://www.hamm.de/fileadmin/user_upload/Medienarchiv/Gesundheit_Soziales/Migration/Dokumente/52-522-523/52-523_Handlungskonzept_Integration.pdf; Download 26.03.2014).

Statistisches Bundesamt. *Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität*. Wiesbaden, 2014-1.

Statistisches Bundesamt. *Schwerbehinderte Menschen in NRW nach Altersgruppen 2011*. Wiesbaden 2014-2.

Statistisches Bundesamt. *Mikrozensus 2011. Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2011*. Wiesbaden 2011.

Statistisches Bundesamt. *12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden 2009. Stifterverband (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft). *Wohnen für Hilfe. Die Hochschulperle des Monats Dezember 2013*. Essen 2014 (http://stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/hochschulperle/2013/2013-12/index.html; Download 26.04.2014).

StMAS (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) 2014. *Senioren-genossenschaften*. München 2014 (<http://www.stmas.bayern.de/senioren/aktive/genossenschaften.php>; Download 26.03.2014).

StMAS (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) 2013. *Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“*. Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. München 2013 (http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf; Download 26.03.2014).

TH Nürnberg (Technische Hochschule Nürnberg). *Senioren-genossenschaften in Deutschland. Versorgungsmodell der Zukunft?* Nürnberg 2013 (http://senioren-genossenschaft.info/fileadmin/user_upload/x_Senioren-genossenschaften/da-teien/13_09_18_Entwurf_Folder_WWW_04.pdf; Download 26.03.2014).

TNS Infratest Sozialforschung. *Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen. 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse des Freiwilligen-survey, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. München 2011 (http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/freiwilligensurvey_2009_110614.pdf; Download 21.03.2014).

UNECE (United Nations Economic Commission for Europe). *2012 Vienna Ministerial Declaration: Ensuring society for all ages: Promotion quality of life and active ageing. Working Group on Ageing. Ministerial Conference on Ageing. Vienna, 19 and 20 September 2012. ECE/AC.30/2012/3*. 2012 (http://www.unece.org/fileadmin/DAM/pau/age/Ministerial_Conference_Vienna/Documents/ECE.AC.30-2012-3.E.pdf; Download 19.03.2014).

UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). *Guidance in preparing a national sustainable development strategy: managing sustainable development in the new Millennium. Background paper No. 13. DESA/DSD/PC2/BP13*. 2002 (<http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/backgrounddocs/nsdsreport.pdf>, 02.03.2013).

ULF (Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum). *ULF*. Linz 2014 (<http://www.ulf-ooe.at/>; Download 25.03.2014).

ULF (Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum). *Jahresbericht 2012*. Linz 2013 (http://www.ulf-ooe.at/spool/upload/Web_JB%202012_1.pdf; Download 26.03.14).

United Nations. *Implementation of the International Plan of Action on Ageing and related activities. A/RES/46/91*. New York 1991 (<http://www.un.org/documents/ga/res/46/a46r091.htm>; Download 19.03.2014).

United Nations. *Vienna International Plan of Action on Aging*. New York 1983 (<http://www.un.org/es/globalissues/ageing/docs/vipaa.pdf>; Download 19.03.2014).

Vereinte Nationen. *Zweite Weltversammlung über das Altern. Madrid. 8.-12. April 2002. A/CONF.197/9*. Madrid 2002 (<http://www.un.org/depts/german/conf/altern/ac197-9.pdf>; Download 19.03.2014).

Vereinte Nationen. *Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro, Juni 1992*. 1992 (http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf; Download 28.03.2014).

WfH (Wohnen für Hilfe in Deutschland). *Wohnen für Hilfe in Deutschland. Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt und Alt und Jung*. Köln 2014 (<http://www.wohnenfuerhilfe.info/>; Download: 26.04.2014).

ZWAR (ZWAR Zentralstelle NRW). *Wir über uns*. Dortmund 2014 (<http://www.zwar.org/de/wir-ueber-uns/>; Download 24.03.2014).

www.bertelsmann-stiftung.de